

FÜR DIE ZUKUNFT.
GRÜN WÄHLEN.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Saar

Wahlprogramm 2017

2

3 **Inhalt**

4	1. Ökologischer Wandel – Erhalt der Lebensgrundlagen.....	8
5	Klimaschutz - Energiewende beschleunigen.....	8
6	Gemeinsam für Mensch, Tier, Natur und Umwelt	11
7	Grüner Verbraucherschutz	18
8	2. Ökonomischer Wandel – treibende Kraft in die Zukunft	19
9	Starke Wirtschaft im stetigen Wandel.....	19
10	Nachhaltige Finanzen sichern Investitionen in die Zukunft	22
11	3. Digitalisierung der Gesellschaft	24
12	Herausforderung für unsere Zukunftsgestaltung	24
13	Wirtschaft Digital: Eine Strategie für freiheitliches und ökologisches Wirtschaftshandeln .	25
14	Netzpolitik: Ein freies und demokratisches Internet.....	28
15	4. Bildung für die Zukunft unseres Landes	29
16	5. Sozialer Wandel– Demografische Entwicklung gestalten.....	42
17	Gute Arbeit - soziale Gerechtigkeit.....	42
18	Grün für starke Regionen – Freiräume gestalten - Potentiale nutzen.	46
19	Städtebau – bezahlbarer Wohnraum.....	49
20	Integration von Geflüchteten	51
21	Gesundheitsversorgung sicherstellen	53
22	6. Mobilität und Verkehrsinfrastruktur	57
23	7. Demokratie und Recht - Innere Sicherheit.....	61
24	8. Sport und Kultur.....	67

25	9. Europa ist die Zukunft	69
26	10. Gleiche Rechte verwirklichen	71
27	Regenbogenbuntes Saarland	71
28	Frauenpolitik und Geschlechtergerechtigkeit	72
29		
30		

31 **Vorwort**

32 **Modernisierung und Nachhaltigkeit**

33 Wie soll sich das Saarland ökologisch und ökonomisch weiter entwickeln? Wie wollen wir
34 unsere Bildungs- und Kulturlandschaft ausbauen? Wie wollen wir unser Zusammenleben in
35 Zeiten der Migration und des demografischen Wandels gestalten? Wie können wir unser
36 Land erfolgreich durch die technologischen und energiepolitischen Transformationsprozesse
37 der kommenden Jahre führen. Und wie können wir den anstehenden Wandel zu einer
38 Erfolgsgeschichte für alle Saarländerinnen und Saarländer machen?

39 Wenn am 26. März 2017 der saarländische Landtag neu gewählt wird, dann haben die
40 Saarländerinnen und Saarländer die Chance mit ihrer Wahlentscheidung wichtige und
41 richtungsweisende Weichenstellungen zu treffen. Wir, die saarländischen Grünen legen
42 Ihnen mit dem vorliegenden Wahlprogramm die Eckpunkte unserer Vorstellungen von
43 unserem Land und seiner Zukunft dar. Dieses Programm unterliegt einem dynamischen
44 Prozess und gibt uns und dem Land Orientierung in einer sich schnell verändernden Zeit.

45 Eines vorweg: Damit das Saarland Zukunft hat, muss gezielt investiert werden, und es darf
46 nicht weiter nach der Rasenmähermethode gespart werden. Der von früheren Regierungen
47 aufgetürmte Schuldenberg bedroht die Chancen der heutigen und der kommenden
48 Generationen. Wir Grüne wollen das Übel an der Wurzel packen, die strukturellen
49 Schwächen des Landes beseitigen und den notwendigen Wandel vorantreiben. Dafür
50 brauchen wir eine nachhaltige Finanzpolitik, die das Land nicht nur entschuldet, sondern
51 auch gezielte Investitionen in Zukunftsbereiche, wie etwa der Bildung oder den
52 ökonomischen Strukturwandel zulässt.

53 Gleichzeitig wollen wir die öffentliche Verwaltung effizienter und kostengünstiger gestalten.
54 Unser Ziel ist ein Saarland aus eigener Kraft, das unabhängig von anderen, den Menschen
55 gute Entwicklungschancen und ein gutes Leben bieten kann.

56 Das Saarland steht vor großen Herausforderungen und Veränderungen in fast allen
57 Bereichen und Belangen unserer Gesellschaft. Tiefgreifende Transformationsprozesse
58 werden schon bald unseren Alltag, unsere Arbeit und unser Zusammenleben verändern.

59 Die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, Industrie 4.0, die technologischen
60 Veränderungen im Bereich von Kommunikation, Medien und Logistik und nicht zuletzt die
61 Frage des Datenschutzes und der Sicherheit werden uns alle betreffen und auch bewegen.
62 Die Grünen wollen diesen Wandel aktiv mitgestalten. Dort wo Digitalisierung Chancen bietet,
63 etwa durch Ressourcenschonung, effizientere Verwaltungen, im Verkehrswesen oder im
64 Gesundheitsbereich wollen wir sie fördern. Dort wo sie Besorgnisse auslöst, wollen wir sie in
65 einem breiten gesellschaftlichen Diskurs kritisch hinterfragen und adäquate Lösungen

66 suchen. Fest steht, dass das Saarland in den nächsten Jahren eine technologische
67 Revolution durchleben wird. Dafür müssen wir jetzt die Weichen stellen.

68 Auch im Bereich der Energieversorgung. Die Energiewende ist ein weiterer großer
69 Transformationsprozess für unser Land. Die Versorgung von Wirtschaft und
70 Privathaushalten mit erneuerbaren Energien dient nicht nur dem Umwelt- und Klimaschutz.
71 Erneuerbare Energien schaffen und sichern Arbeitsplätze am Energiestandort Saarland. Das
72 über Generationen erworbene saarländische Knowhow im Bereich der Energieverteilung
73 wird auch im digitalen Zeitalter von Smartgrid und Smartmetering überregional gefragt sein.

74 Digitalisierung und Energiewende werden der saarländischen Wirtschaft wesentliche
75 Modernisierungsimpulse verleihen. Sie können auch helfen den Wandel hin zu mehr
76 mittelständischen Strukturen zu forcieren. Das Saarland braucht hierzu eine neue
77 Mittelstandskultur. Wir wollen Gründer und Gründungen fördern und ein entsprechendes
78 Klima hierfür schaffen. Mittleren und kleinen Unternehmen werden wir im digitalen Wandel
79 und auch der stetig komplexer werdenden Vernetzung helfen. Die exzellente Forschung und
80 universitäre Lehre wollen wir weiter ausbauen und diese gezielt mit Unternehmen vernetzen.
81 So schaffen wir krisenfeste und moderne Arbeitsplätze für unser Land.

82 Die Modernisierung der saarländischen Wirtschaft wird auch zu einem ökologischen
83 Strukturwandel führen. Digitalisierung und Energiewende werden uns helfen die Zahl
84 umweltschädlicher Produktionsprozesse in Industrie, Logistik und Gewerbe zu verringern.
85 Der Erhalt und Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen, die Gesundheit der Menschen
86 oder etwa der Tierschutz und der Ausbau einer umweltverträglichen und gentechnikfreien
87 Landwirtschaft haben für uns bekanntlich einen sehr hohen Stellenwert. Auch dies schlägt
88 sich deutlich in unserem Programm 2017 nieder.

89 Technologischer, ökologischer und wirtschaftlicher Wandel sollen zu einer Erfolgsgeschichte
90 werden. Einer der wichtigen Schlüssel hierzu heißt Bildung. Sie ist unser wichtigstes Kapital
91 für die Zukunft. Von der Kita bis zu den Hochschulen wollen wir (nicht nur) den jungen
92 Saarländerinnen und Saarländern ein ambitioniertes Bildungsangebot machen, um ihnen
93 und damit unserem Land gute Chancen für die Zukunft zu eröffnen. Die saarländische
94 Universität spielt dabei eine herausgehobene Rolle. Wir wollen sie erheblich stärken weil sie
95 über ihre Strahlkraft hinaus, als Motor der Innovation, als bedeutende kulturelle Institution
96 und als Startchance für viele wissenschaftliche Karrieren dienen soll.

97 Parallel zum technologischen und ökonomischen Wandel vollzieht sich im demografischen
98 Wandel ein weiterer Prozess der Veränderung: Unser Gesellschaft wird immer älter,
99 während gleichzeitig unsere Bevölkerungszahl kontinuierlich sinkt. Dem wollen wir neue
100 Konzepte und attraktive Ideen zu Familienfreundlichkeit und mehr Lebensqualität
101 entgegensetzen. Das berührt auch die Frage, wie wir in unserer Gesellschaft
102 zusammenleben wollen.

103 Wir Grüne stehen für Gleichberechtigung, für gesellschaftliche Vielfalt, für
104 Minderheitenschutz und für die größtmögliche Teilhabe von Menschen an gesellschaftlichen
105 und politischen Prozessen und Entwicklungen. Unser Familienbild geht über tradierte
106 Vorstellungen und Konzeptionen hinaus. Familie ist für uns überall da, wo Menschen
107 verbindlich füreinander Verantwortung übernehmen - egal ob in klassischer oder wilder Ehe,
108 mit oder ohne Kinder, Alleinerziehende, in Patchwork oder in einer gleichgeschlechtlichen
109 Partnerschaft. Unser Ziel ist es, mit einem lebenswerten und chancenreichen Saarland
110 Anreize für Menschen zu schaffen im Land zu bleiben und gleichzeitig Menschen zu
111 bewegen, zu uns ins Saarland zu kommen.

112 Ins Saarland kommen aktuell auch Menschen, die auf der Flucht vor Krieg und Gewalt sind.
113 Wir Grüne stehen hier zu unserer humanitären Verpflichtung. Dabei sind wir uns bewusst,
114 dass die Integration vieler Menschen keine leichte Aufgabe sein wird. Aber wir sehen auch
115 die Chancen, die mit Zuwanderung verbunden sind, genauso wie wir von den
116 Schutzsuchenden und Migranten Offenheit und Integrationsbereitschaft erwarten.
117 Denjenigen, die versuchen Ängste und Verunsicherungen zu schüren, um politisches Kapital
118 aus dieser humanitären Katastrophe zu schlagen, erteilen wir eine klare Absage.

119 Wir suchen Lösungen, statt Hass und Hetze zu verbreiten. Denn der Respekt vor der Würde
120 des Menschen ist uns wichtig. Genauso nehmen wir aber auch die Verunsicherungen und
121 Ängste bei vielen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger ernst. Wir werden berechtigten
122 Sicherheitsbedürfnissen stets Rechnung tragen, immer aber auch unter strikter Wahrung
123 rechtsstaatlicher und liberaler Grundsätze.

124 Wir Grünen sind in dieser Frage weder blauäugig noch naiv. Aber wir wollen und werden
125 Haltung zeigen. Wir sind stolz auf die humanitären Anstrengungen vieler Saarländerinnen
126 und Saarländer in der Flüchtlingskrise. Eigenschaften wie Hilfsbereitschaft,
127 Gastfreundschaft, Weltoffenheit und die Werte auf denen diese beruhen, gehören mit zur
128 saarländischen Identität. Die wollen wir stärken, gerade in Zeiten des Wandels und der
129 Veränderung.

130 Und deshalb setzen wir als Grüne auf ein eigenständiges Bundesland Saarland, als einem
131 aktiven Teil der Großregion, mit starken europäischen Bezügen und starker europäischer
132 Identität.

133 Grüne waren oft der Motor für Veränderung, niemals aber ohne gangbare politische Wege
134 und Alternativen aufzuzeigen. Atomausstieg, Naturschutz, Energiewende, Kampf gegen den
135 Klimawandel, nachhaltiges Wirtschaften und vieles mehr haben das Land positiv verändert
136 und lebenswerter gemacht. So wollen wir es auch in Zukunft halten. Die Grünen im Saarland
137 wollen den kommenden Wandel verantwortlich und nachhaltig im Sinne der Menschen
138 mitgestalten.

139 Wir bitten Sie sich mit unserem Wahlprogramm 2017 auseinanderzusetzen. Lesen Sie es,
140 diskutieren Sie es in Ihren Familien und in Ihrem Freundes – und Bekanntenkreis, sprechen
141 Sie unsere Kandidatinnen und Kandidaten auf unsere politischen Ziele und Vorhaben
142 an. Und setzen Sie am 26. März 2017 ein Zeichen für eine nachhaltige und moderne Politik
143 im Saarland.

144 **Unser Leitgedanke:**

145 **Miteinander statt gegeneinander – gesellschaftlichen Zusammenhalt**
146 **verteidigen**

147 In den vergangenen Monaten war die politische Debatte in Deutschland häufig geprägt von
148 teilweise harten und mit Hass sowie gegenseitiger Verachtung ausgefochtenen
149 Auseinandersetzungen, die unter anderem von den sozialen Medien schnell verbreitet
150 wurden. Populismus, gezielte Falschbehauptungen und zum Teil auch Stigmatisierungen
151 gesellschaftlicher Gruppen sind wieder an der Tagesordnung. Darin kamen und kommen
152 nicht nur Fremdenfeindlichkeit und extreme Ablehnung von Minderheiten in verbalen
153 Entgleisungen zum Ausdruck, sondern auch körperliche Gewalt.

154 Diese zunehmende Verrohung schadet dem Zusammenhalt der Gesellschaft in unserem
155 Land. Wir hingegen setzen auf ein Mehr an Miteinander und Diskussionskultur und
156 unterbreiten konkrete Lösungsvorschläge für die Herausforderungen des Landes. Es gilt, die
157 breite demokratische Mitte zu stärken und zu fördern, die für Gerechtigkeit, Menschenwürde
158 und Gewaltfreiheit eintritt.

159 Wir werden nicht hinnehmen, dass gesellschaftliche Gruppen gegeneinander ausgespielt
160 werden. Menschenwürde ist nicht teilbar. Begründeten oder gefühlten Abstiegsängsten in
161 Zeiten globaler Unsicherheit müssen wir mit einer Politik des Zusammenhalts begegnen.
162 Viele Menschen fühlen sich von der wirtschaftlichen Entwicklung abgehängt. Soziale
163 Sicherheit und Gerechtigkeit sind Voraussetzungen für politische Stabilität. Sie müssen
164 wieder stärker in den Fokus rücken. Grundlage dafür ist ein zukunftsfähiges Saarland, in
165 dem man gut arbeiten und leben kann, nicht nur in den Städten, sondern auch in unseren
166 Dörfern im ländlichen Raum.

167 Wir wollen ein Land, das allen eine faire Chance gibt und das alle unabhängig von Religion,
168 Herkunft, Hautfarbe oder sexueller Orientierung respektiert. Wir sagen nein zu Hass,
169 Verrohung, Stimmungsmache und einer Erosion der politischen Kultur in unserem Land.
170 Dies ist die Maßgabe unseres politischen Handelns auch in diesem Landtagswahlkampf.

171

172

173

174

175 **1. Ökologischer Wandel – Erhalt der Lebensgrundlagen**

176 **Klimaschutz - Energiewende beschleunigen**

177 Die Folgen des Klimawandels sind weltweit und auch im Saarland deutlich spürbar. Neben
178 möglichen Auswirkungen auf Lebensqualität, Natur und Umwelt verursacht der Klimawandel
179 auch enorme volkswirtschaftliche Belastungen. Das Deutsche Institut für
180 Wirtschaftsforschung (DIW) schätzt die Kosten durch Klimaschäden im Saarland -
181 aufsummiert bis 2050 auf knapp 20 Milliarden Euro, wenn keine Klimaschutzmaßnahmen
182 getroffen werden.

183 Wir bekennen uns zum Industrieland Saarland. Unser Engagement für den industriellen Kern
184 unserer Wirtschaft darf uns aber nicht aus der Verantwortung für einen ambitionierten
185 Klimaschutz und die Energiewende entlassen. Laut Weltklimarat müssen die Industrieländer
186 ihre Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2050 um 80 bis 95 Prozent reduzieren, um eine
187 Erwärmung von mehr als 1,5 Grad zu verhindern.

188 Die Umstellung auf Erneuerbare Energien ist für uns seit jeher eines der wichtigsten
189 politischen Projekte. Wir werden uns mit aller Kraft für die Energiewende auf Landesebene
190 und vor Ort einsetzen.

191 Mit der Energiewende und dem Umstieg auf die Erneuerbaren Energien wird der Ausstoß
192 von Treibhausgasen wirksam verringert. Im Saarland sind bislang rund 400 MW Leistung
193 Photovoltaik installiert, doch gerade einmal 280 MW Windenergie, obgleich die
194 Landesregierung noch im Februar 2015 eine installierte Leistung von 400 MW Windenergie
195 bis Ende 2016 als realistisch angesehen hat. Um jedoch bis 2020 den erforderlichen Anteil
196 von 20 Prozent Erneuerbare Energien am regionalen Stromverbrauch zu erreichen, wäre
197 aber eine installierte Windleistung von bis zu 800 MW erforderlich. Hier hat die große
198 Koalition Ihr Ziel aus den Augen verloren.

199 Wir setzen uns dafür ein, den Ausbau der Erneuerbaren Energien an den globalen und
200 bundesdeutschen Klimaschutzziele auszurichten, verbindliche Klimaschutzziele,
201 ausgehend vom noch gültigen Masterplan Energie aus dem Jahr 2011 für das Saarland zu
202 definieren und in einem Klimaschutzgesetz festzuschreiben. Den Aktionsplan zur Umsetzung
203 konkreter Maßnahmen werden wir wieder aktivieren. Wir möchten auch den Ausbau der
204 Windkraft zwischen den Ressorts und mit den Kommunen moderieren und aktiv
205 voranzutreiben. Hierbei ist die Beratung und Aufklärung der Kommunen und die umfassende
206 Information der Bürgerinnen und Bürger unerlässlich, um Chancen aufzuzeigen und

207 Vorurteile auszuräumen. Vor diesem Hintergrund fordern wir die Einrichtung einer
208 Servicestelle Energiewende nach dem Vorbild Hessens.

209 Im Bereich der regionalen Wärmeversorgung soll der Anteil der Erneuerbaren Energien
210 ebenfalls deutlich angehoben werden bzw. verstärkt sollen dezentrale hocheffiziente Gas-
211 KWK-Anlagen gefördert werden.

212 Statt weiter an der Kohleverstromung festzuhalten und sich für deren politische
213 Begünstigung zu Lasten der Endverbraucher einzusetzen, sollten die energiewirtschaftlichen
214 Realitäten akzeptiert werden. Alte Kohlemeiler wie im Saarland werden nach und nach
215 unwirtschaftlicher und deshalb von Ihren Betreibern zur Stilllegung angemeldet werden. In
216 den nächsten Jahren werden sie durch Wind und Solarparks sowie Stromspeicher und Netze
217 mit intelligenter Architektur ersetzt werden müssen. Kurzfristig gehört hierzu die Schaffung
218 von Regelenergie-Kapazität durch Bau eines Gaskraftwerks an der Gashochdruckleitung
219 z.B. in Quierschied-Göttelborn anstelle des Kohlemeilers Weiher.

220 In kleinerem Umfang lässt sich Biomasse durch Vergärung nutzen. Den Bau je einer
221 Vergärungsanlage für die grüne Tonne und den Grünschnitt unter der Regie des EVS
222 werden wir fördern.

223 Auch wollen wir die Chancen nutzen, die der stillgelegte Bergbau bietet. Neben der Nutzung
224 alter Bergbauflächen für die Photovoltaik und Windenergie gehört hierzu vor allem die
225 Förderung eines Pumpspeicherkraftwerks im Bergwerk Saar. Die Möglichkeit der
226 Realisierung muss gegen den genehmigten Grubenwasseranstieg abgesichert werden.
227 Gleiches gilt für die Nutzung des Grubengases zur Energieverwertung.

228 Das saarländische Kommunalverwaltungsgesetz ist bezüglich einer Beteiligung der
229 Kommunen an der Energiewende sehr restriktiv. Beispielsweise wird eine Beteiligung an
230 Energiegenossenschaften faktisch ausgeschlossen. Wir werden deshalb über eine Änderung
231 des Kommunalverwaltungsgesetzes die Möglichkeiten der Kommunen, an der Energiewende
232 teilzunehmen, stärken.

233 Das Ausschreibungssystem für Erneuerbare Energien durch das neue EEG wird ab Januar
234 2017 negative Auswirkungen auf den Ausbau der Windenergie im Saarland haben. Die
235 Verwirklichung des Erneuerbaren Energien Ausbaupfades 20/20 ist auch von der weiteren
236 Ausgestaltung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes des Bundes abhängig.

237 Die große Koalition im Land und im Bund hat hier wenig ambitioniert die saarländischen
238 Interessen in der notwendigen Form einbringen können. Dies werden wir gerade im Hinblick
239 auf die saarländischen Projektierer, Genossenschaften, Verbraucher und Erzeuger von
240 erneuerbaren Energien korrigieren.

241 Die Onshore – Windkraft ist Motor und Kostenführer der Energiewende, weil sie regional im
242 Mittelspannungsnetz Strom bereitstellt. Wer sie ausbremst und stattdessen vor allem auf
243 Offshore und Trassenausbau setzt, hält die Energiewende auf und hilft, die
244 Geschäftsmodelle der Großkraftwerksbetreiber künstlich fortzuschreiben. Deshalb setzen wir
245 uns auf Bundesebene für die Rücknahme des Ausschreibungsregimes 2017 ein. Es darf kein
246 Aufhalten der Energiewende und keine Monopolisierung der Akteure geben.

247

248 **Netze umbauen – Stromspeicher fördern**

249 Innovative Speichertechnologien werden in den kommenden Jahrzehnten für die
250 Energiewende von erheblicher Bedeutung sein, da sie angesichts wachsender
251 Einspeisemengen aus Wind, Sonne, Biomasse und KWK-Anlagen eine wichtige
252 Pufferfunktion erfüllen. Dabei sind alle Optionen zu nutzen: Pumpspeicherkraftwerke
253 untertage, Batteriespeicher verschiedener Technologien, sonstige elektrochemische und
254 elektromechanische Speicher. Weiterhin sind die Netze dort, wo notwendig kosteneffizient zu
255 ergänzen: Dazu gehören z.B. Smart Grid-Technologien und regelbare Ortsnetztrafos.
256 Ergänzend gehört auch energiebewusstes rentierliches Nutzerverhalten dazu und nicht
257 zuletzt die Methanisierung überschüssiger Strommengen zur Speicherung im Erdgasnetz.
258 Teilweise müssen diese Technologien besser gefördert werden. Statt tatenlos der billigen
259 Umrüstung von veralteten Kohlemeilern zur Bereitstellung von Regelenergie zuzusehen, die
260 sehr niedrige Wirkungsgrade erbringt, sollte das Land darauf hinwirken, im Rahmen der
261 EEG-Regelungen Geschäftsmodelle für große und innovative Stromspeicher zu fördern.
262 Ebenso netzdienlich wäre die verstärkte Einbindung von Gasturbinen und BHKWs im
263 Verbund mit intelligentem Netzdesign. All dies wollen wir zeitnah in die Wege leiten, um
264 mittelfristige Ausfälle zu vermeiden.

265 **AKW Cattenom endgültig abschalten**

266 Auch der europaweite Ausstieg aus der Atomenergie ist zu einer zentralen Frage zur
267 Zukunftsfähigkeit unserer Region geworden. Aktuelle Sicherheitsgutachten zu Cattenom
268 belegen in dramatischer Deutlichkeit, dass ein Weiterbetrieb dieses Kraftwerks
269 unverantwortlich ist.

270 Wir waren und sind im Saarland Motor der Anti-AKW-Bewegung. Wir werden uns weiterhin
271 auf allen Ebenen für die Schließung des Pannenreaktors Cattenom einsetzen. Dazu gehört
272 auch, dass Klagemöglichkeiten seitens der anliegenden Bundesländer geprüft werden.

273 Das geplante atomare Endlager im lothringischen Bure stellt ein zusätzliches Nuklearrisiko
274 dar. Bislang bestehen große Zweifel, ob die dort anstehende Tonformation überhaupt für
275 eine Endlagerung geeignet ist. Wir fordern vertiefende Gutachten und werden auf allen

276 politischen Ebenen eine Einflussnahme des Saarlandes auf das Genehmigungsverfahren
277 einfordern.

278 **Forschung und Wissenschaft ausbauen**

279 Wir wollen die saarländische Hochschullandschaft in den nächsten Jahren stärker auf
280 Forschung und Entwicklung im Bereich der regenerativen Energien ausrichten. Die
281 entsprechenden Forschungsgebiete etwa im Bereich der Hochschule für Technik und
282 Wirtschaft (HTW), der Universität oder aber von Instituten und der Privatwirtschaft müssen
283 mehr gefördert werden (Doppelung).

284 Zusätzlich werden wir einen Forschungsschwerpunkt „Energieeffizienz“ und integrierte
285 Mikrosysteme der Energieversorgung einrichten und die Ausweitung der anwendungsnahen
286 Energie- und Energiespeichertechnik vorantreiben.

287 Darüber hinaus wollen wir in den Kommunen die Bereitstellung von Flächen und Immobilien
288 für Gründerzentren fördern, um die einseitige Ausrichtung der saarländischen Wirtschaft auf
289 kraftstoffgetriebenen Fahrzeugbau zu verringern. Überhaupt muss die Ansiedlungspolitik
290 stärker koordiniert werden, um Synergien und Clusterbildung zu ermöglichen.

291 **Gemeinsam für Mensch, Tier, Natur und Umwelt**

292 Die Erhaltung der biologischen Vielfalt ist eine Querschnittsaufgabe und muss auf regionaler,
293 nationaler und globaler Ebene alle Politikbereiche einbinden. Wir werden den ökologischen
294 Wandel unter breiter Beteiligung der Bevölkerung, insbesondere von Vereinen und
295 Verbänden und allen demokratischen Kräften auf den unterschiedlichen politischen Ebenen
296 zu einem Hauptthema unserer Agenda machen, für ein lebenswertes Saarland von heute,
297 morgen und übermorgen.

298 Das Saarland zählt zu den Bundesländern mit der höchsten Dichte an Verkehrsinfrastruktur,
299 an Einwohnerzahl pro Quadratmeter, an raumbedeutender Siedlungsaktivität für den
300 privaten Wohnungsbau und an Gewerbeflächen-potenzial pro Kopf. Deshalb muss schon
301 aus Landschaftsschutzgründen der Netto-Flächenverbrauch reduziert werden. Zum Schutz
302 unseres Naturerbes wollen wir mit Programmen und Projekten unter aktiver Beteiligung von
303 Akteuren der Zivilgesellschaft die Biodiversität fördern und ein landesweites
304 Biotopverbundnetz entwickeln. So soll der genetische Austausch innerhalb der
305 unterschiedlichen Lebensräume wiederhergestellt werden.

306 **Ökologische Landwirtschaft fördern**

307 Wir wollen die Ökologische Landwirtschaft stärker fördern und die zur Verfügung stehenden
308 Mittel verstärkt umschichten um bis 2020 einen Anteil von mindestens 20% ökologisch
309 bewirtschafteter Fläche zu realisieren. Den Einsatz von Glyphosat - haltigen Pestiziden

310 werden wir auf öffentlichen Flächen des Landes einstellen und andere Flächeneigentümer
311 und Flächenbewirtschafter gewinnen, dass diese die umweltschädlichen Giftstoffe nicht mehr
312 einzusetzen.

313 Dem dramatischen Sterben der Bienen wollen wir dadurch begegnen, mehr Blühflächen
314 inner- und außerhalb der Siedlungsräume zu entwickeln. Dazu gehört auch, den Zustand der
315 Streuobstwiesen zu verbessern.

316 **Ökologische Waldwirtschaft fördern**

317 Durch die Bürgerwaldreform der Vorgängerregierung sind richtungsweisende
318 Entscheidungen für den Staatswald getroffen worden. Um den Saar-Wald als bedeutendes
319 Instrument der Daseinsvorsorge zu entwickeln, werden wir das saarländische Waldgesetz
320 novellieren.

321 Das Saarländische Jagdrecht werden wir im Sinne des verstärkten Waldschutzes gegen
322 Verbissschäden weiterentwickeln.

323 Der zukünftig steigende Bedarf an Holz muss strengsten ökologischen Standards
324 unterworfen werden und darf dem Ziel Steigerung der Naturnähe und der Holzvorräte nicht
325 widersprechen. Wir sehen im Wald zukünftig erhebliche neue Beschäftigungspotenziale im
326 Rahmen einer verantwortungsvollen und zukunftsfähigen Bewirtschaftung. Dazu brauchen
327 wir weiterhin gut ausgebildete Waldfacharbeiter und Förster.

328 Im Bereich des SaarForst Landesbetriebes werden wir die eingerichteten Reviere nachhaltig
329 personalisieren und gemeinsam mit waldbesitzenden Kommunen und privaten
330 Waldbesitzern einen richtungsweisen Waldbetreuungsansatz erarbeiten. Die beiden
331 Forstbetriebsgemeinschaften, als tragende Säule der ehrenamtlichen Unterstützung des
332 privaten Waldeigentums, werden wir als solche stärken und unterstützen.

333 **Schutzgebiete mit Strahlkraft – Regionale Produkte fördern**

334 Mit unseren Nachbarn in Rheinland – Pfalz werden wir den grenzüberschreitenden
335 Nationalpark Hunsrück- Hochwald zu einem der schönsten Nationalparks Deutschlands
336 weiterentwickeln. Das Biosphärenreservat Bliesgau werden wir als ein zentrales
337 Modellprojekt für eine nachhaltige Regionalentwicklung unterstützen. Den Urwald bei
338 Saarbrücken, der bislang eher ein Schattendasein fristet, werden wir als Waldschutzgebiet
339 mit überregionaler Bedeutung in Wert setzen.

340 Die Natura 2000 – Gebiete werden wir so entwickeln, dass ein effektiver Schutz gefährdeter
341 wild lebender Pflanzen- und Tierarten zur Erhaltung der biologischen Vielfalt gewährleistet
342 wird.

343 Dies darf jedoch nicht zum Nachteil von privaten Flächeneigentümern geschehen, die wir
344 aktiv an dem Verfahren beteiligen werden. Die bisherige Nutzung der Gebiete zur
345 naturnahen Erholung der Bevölkerung wird dabei nicht eingeschränkt.

346 Im Naturpark Saar-Hunsrück werden wir die Akteure unterstützen, die eine besonders
347 naturschonende Nutzung des Parks betreiben. Naturpark Saar-Hunsrück und Nationalpark
348 Hunsrück-Hochwald wollen wir nicht als zwei unterschiedliche Gebietskulissen sehen,
349 sondern diese beiden Gebiete sinnvoll miteinander verbinden. Dies ist wiederum die
350 Grundlage für die weitere touristische Entwicklung dieses besonderen Naturraumes. Die
351 Vermarktung regionaler Produkte im lokalen Handel und der Gastronomie ist dabei eine
352 Möglichkeit, den Tourismus und das Landleben effizient und genussvoll zu kombinieren.

353 Wir stehen für eine Genusskultur, die den Wert unserer Nahrungsmittel in den Mittelpunkt
354 stellt. Im Saarland werden hochwertige regionale Lebensmittel produziert, die Genuss und
355 Nachhaltigkeit verbinden. Regionale Produkte unterstützen die regionale Wertschöpfung und
356 schützen das Klima. Deshalb werden wir die Vermarktung regionaler Produkte stärken und
357 die im Saarland bestehenden Initiativen unterstützen.

358 **Gefahr durch Grubenwasseranstieg – Schutz unseres Trinkwassers gewährleisten**

359 Seit dem 30. Juni 2012 ist der Bergbau im Saarland eingestellt. Das Ende des Bergbaus
360 bringt die Frage mit sich, was mit dem sogenannten Grubenwasser passiert, das sich unten
361 in den Gruben sammelt.

362 Entgegen früherer Pläne sollen die Schächte im Saarland komplett geflutet werden. Bisher
363 hatte die RAG erklärt, das Grubenwasser ewig abzupumpen. So wurde es mit dem Saarland
364 und dem Bund vereinbart. Nun weicht die RAG von dieser Vereinbarung ab. Denn die RAG
365 plant, alle Pumpen abzuschalten. Hierdurch würde das Grubenwasser ansteigen, bis es in
366 Emsdorf drucklos in die Saar überlaufen würde. Das wäre bei 190 Metern über dem
367 Meeresspiegel und im Jahr 2035 der Fall. Der Bergbaukonzern kann hierdurch 17-20 Mio.
368 Euro im Jahr sparen.

369 Ein Anstieg des Grubenwassers bringt einige Risiken mit sich. Hierzu gehören
370 Bodenbewegungen, Erderschütterungen, Tagesbrüche, Ausgasungen (Methan, Radon) und
371 Vernässungen. Die größte Gefahr besteht darin, dass Grubenwasser sich mit unserem
372 Trinkwasser vermischt. Grubenwasser ist hoch salzhaltig. Außerdem befinden sich unter
373 Tage giftige Stoffe, die mit dem Grubenwasser nach oben transportiert würden. Würde sich
374 Grubenwasser mit unserem Trinkwasser vermischen würde dies ungenießbar.

375 Wir wollen die bereits erteilte Genehmigung des Bergwerks Saar widerrufen, die Salami-
376 Taktik des Konzerns beenden und unabhängige Gutachten zu allen möglichen Risiken des
377 Gesamtvorhabens einholen. Hierbei müssen der Landtag, die Kommunen, die Bevölkerung,
378 die Bergbaubetroffenen und die Umweltverbände einbezogen werden.

379 Die Gefahr einer Trinkwasserverunreinigung kann niemand seriös ausschließen. Deshalb
380 steht für uns schon jetzt fest: Zum Schutz des saarländischen Trinkwassers darf es keinen
381 Grubenwasseranstieg bis ganz nach oben geben. Die RAG muss sich an die Vereinbarung
382 halten und das Grubenwasser im Saarland ewig abpumpen.

383 Laut Umweltministerium wären von den Folgen eines Grubenwasseranstiegs rund 600.000
384 Saarländerinnen und Saarländer betroffen. Für all diese Bürgerinnen und Bürger wollen wir
385 Rechtssicherheit schaffen. Wir wollen sicherstellen, dass die Bergschadensvermutung für
386 alle Schäden infolge eines Grubenwasseranstiegs gilt.

387

388 **Verlagerung und bessere internationale Verteilung für mehr Ruhe**

389 Wir fordern darüber hinaus neben der Verlagerung militärischen Flugübungsbetriebes über
390 offenes Meer und unbesiedelte Regionen eine annähernd gleichgewichtige Verteilung des
391 militärischen Übungsflugbetriebs auf alle acht Übungszonen in Deutschland. Wir wollen bei
392 der Bundesregierung darauf hinwirken, dass endlich geprüft wird, ob der Übungsbetrieb von
393 anderen Nato-Staaten zwingend in unserer Region absolviert werden muss. Auch eine
394 international gleichgewichtigere Verteilung des Flugbetriebes soll vor diesem Hintergrund zu
395 einer Verminderung der Belastung im Saarland führen.

396 **Staatsziel Tierschutz stärken**

397 Tierschutz hat im Saarland Verfassungsrang und ihm gehört dadurch ein hoher Stellenwert
398 zugesprochen. In Art. 59 a heißt es, dass Tiere „als Lebewesen und Mitgeschöpfe geachtet
399 und geschützt“ werden müssen. Auf dieser Grundlage wollen wir den respektvollen Umgang
400 mit Tieren weiter verbessern.

401 Die Vorgängerregierung hat durch uns bereits zahlreiche Vorhaben und Projekte zur
402 Verbesserung des Tierschutzes in die Wege geleitet. Wir wollen das Staatsziel Tierschutz,
403 das zum Wohl der Tiere ausgelegt ist weiter vorantreiben. Dabei ist uns wichtig, den vielen
404 haupt- und ehrenamtlichen Tierschützern wieder Gehör zu verschaffen und ihre Belange als
405 wichtigen Grundsatz in die saarländische Tierschutzpolitik aufzunehmen.

406 **Tierschutz und Landwirtschaft**

407 In der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung sollen Verbesserungen in der Tierhaltung
408 unterstützt werden, indem der Bau neuer Ställe nur noch vom Land gefördert werden soll,
409 wenn er über die gesetzlichen Mindeststandards für die Tierhaltung hinausgeht.

410 Die saarländischen Milchviehbetriebe stellen das Rückgrat der saarländischen
411 Landwirtschaft dar. Die aktuelle Milchmarktkrise und die finanziell schwierige Situation

412 machen sich auch zu Lasten der Milchtierhaltung bemerkbar. Wir unterstützen die
413 Landwirtinnen und Landwirte in ihrem Kampf für faire Preise, artgerechte Haltung und gegen
414 Überkapazitäten. Zur Durchsetzung fairer Preise fordern wir eine verbindliche,
415 nachfrageorientierte Mengenregulierung für Milch auf EU-Ebene.

416 Vorwiegend in der intensiven Haltung werden schätzungsweise pro Jahr 15.000 Kälber im
417 Saarland ohne die Vergabe von Betäubungsmitteln enthornt. Um das Leid dieser Tiere zu
418 mindern, wollen wir extensive Haltungssysteme weiter fördern und die finanzielle
419 Unterstützung zur Umstellung auf Biolandwirtschaft ausweiten.
420 Das vom Bundesrat angestoßene Verbot der ganzjährigen Anbindehaltung wollen wir weiter
421 unterstützen und die vorgesehene Übergangsfrist von zwölf Jahren kürzen.

422 Haltungsbedingungen, Fütterung und der Transport sollen den arttypischen Ansprüchen
423 Rechnung tragen und nicht allein wirtschaftliche Ziele verfolgen. Der Einsatz von
424 Medikamenten und Hormonen ist auf ein Minimum zu reduzieren.

425 Zusammen mit den Nutzerverbänden wollen wir ein Label entwickeln, das eine artgerechte
426 Haltung der Tiere durch die landwirtschaftlichen Betriebe garantiert. Dies soll für mehr
427 Transparenz bei der Auswahl von zugleich regionalen und tierschutzgerechten
428 Lebensmitteln sorgen.

429 Um strengere Kontrollen bei der Einhaltung von Mindeststandards in der Nutztierhaltung zu
430 gewährleisten, müssen wir die Veterinärbehörden besser ausstatten.

431 Wir setzen uns dafür ein, dass verbindliche Vorgaben für artgerechte Haltung, z.B.
432 Bestandsobergrenzen, Auslauf- und Weidegebot, rechtlich verankert werden.

433 **Tierschutz und Jagd**

434 Neben der Landwirtschaft muss insbesondere die Jagd zukünftig verstärkt
435 tierschutzrechtlichen Aspekten Rechnung tragen.

436 Jahr für Jahr werden Tausende von Tieren aus purer Lust an der Jagd getötet und
437 anschließend ungenutzt entsorgt. Das Tierschutzgesetz schreibt dagegen vor, dass ein Tier
438 nur aus vernünftigem Grund getötet werden darf. Ein solcher ist nicht gegeben, wenn Tiere
439 zum Objekt gesellschaftlicher Ereignisse oder zur Zielscheibe degradiert werden. Wir
440 wenden uns entschieden gegen den weiteren Abschuss nicht nutzbarer und/oder im Bestand
441 bedrohter Tierarten. Ebenso ist die Ausbildung von Jagdhunden an lebenden Tieren und der
442 Fallen- und Baujagd tierschutzrechtlich sehr bedenklich und nicht mehr zeitgemäß, was sich
443 in einem zeitgemäßen Jagdgesetz widerspiegeln muss.

444 **Exoten sind keine Haustiere**

445 Der Handel mit exotischen und teilweise für den Menschen gefährlichen Tieren nimmt
446 kriminelle Ausmaße an. Obwohl das Washingtoner Artenschutzübereinkommen
447 Regelungsinhalte definiert hat, um den weltweiten Handel mit zum Teil bedrohten Arten
448 einzuschränken, gelangen nach wie vor Millionen von Tieren in den Handel.

449 Auf Tierbörsen können auch noch so unerfahrene Besucher hochgiftige Tiere erwerben,
450 ohne ihr Alter oder ihre Sachkenntnis nachweisen zu müssen. Aus diesem Grund vegetieren
451 viele Tiere aus Wildfängen oder Nachzuchten hilflos dahin - weder in natürlicher noch
452 artgerechten Umgebung. Beim Ausbruch oder nicht sachgemäßem Umgang mit
453 gefährlichen Tieren besteht eine unmittelbare Gefährdung von Personen.

454 Wir wollen eine Ächtung des Handels mit Exoten und unterstützen entsprechende Initiativen
455 zur Beendigung dieses Handels für private Zwecke. Begründete Ausnahmen können nur die
456 dafür zuständigen Behörden erteilen. Insgesamt brauchen wir schärfere Kontrollen durch die
457 für die Überwachung des Artenschutzrechtes zuständigen Behörden und effiziente
458 Instrumente, die den Schutz von Exoten verbessern.

459 **Tiere sind keine Versuchsobjekte**

460 Im Saarland werden jährlich mehr als 20.000 Tiere in Tierversuchen benutzt und getötet. Mit
461 der Einrichtung von weiteren Sonderforschungsbereichen an der Universität des Saarlandes
462 wird die Zahl deutlich ansteigen. Damit hat das Saarland einen weit überdurchschnittlichen
463 Anteil an Versuchen aus der Grundlagenforschung. Während der Bundesdurchschnitt bei
464 35% liegt, ist er im Saarland mit 70% doppelt so hoch. In Tierversuchen werden Tiere zu
465 bloßen Objekten degradiert, ihnen werden erhebliche Schmerzen zugefügt, sie werden
466 getötet und weggeworfen. Dabei sind viele Ergebnisse der Tierversuche nicht einmal auf den
467 Menschen übertragbar oder nicht darauf gerichtet, Nutzen für den Menschen zu bringen.
468 Perspektivisch sollte auf Tierversuche ganz verzichtet werden können.

469 Wir setzen uns dafür ein, dass die Zahl der im Saarland durchgeführten Tierversuche
470 deutlich reduziert wird. So könnte mit der Einrichtung einer für tierversuchsfreie Testverfahren
471 an der Universität des Saarlandes die Forschung auf dem Gebiet der Alternativmethoden
472 weiter vorangetrieben werden, zugleich könnte die Universität damit eine Vorreiterrolle
473 einnehmen und den Wissenschaftsstandort stärken. Zudem sollen konkrete
474 Forschungsvorhaben stärker gefördert werden, wenn bei den Versuchen auf den Einsatz von
475 Tieren verzichtet wird, sodass die praktische Anwendung von bereits vorhandenen
476 tierversuchsfreien Testmethoden gestärkt wird.

477 **Kommunales Wildtierversuchverbot in Zirkussen**

478 Wir wollen unsere Appelle an die saarländischen Kommunen intensivieren, ein deutliches
479 Zeichen für den Tierschutz im Bereich der Zirkusse zu setzen und in saarländischen Städten
480 und Gemeinden keine Flächen an Zirkusbetriebe mit Wildtieren zu vermieten.

481 **Eingeschränkte Vielfalt in Zoos**

482 Im Bereich der Tierhaltung in unseren beiden zoologischen Gärten fordern wir die
483 Beendigung artwidriger Haltung bestimmter Tierarten, deren natürlicher Lebensraum
484 unmöglich in Gefangenschaft abzubilden ist. Für andere Tierarten setzen wir uns für stark
485 verbesserte Lebensbedingungen in der Gefangenschaft ein.

486 **Vermittlung von Tierschutz im Unterricht**

487 Kinder und Jugendliche sollen in Kindergärten, Schulen und in Einrichtungen zur Bildung für
488 nachhaltige Entwicklung im Bereich Tierschutz gebildet werden. Dies soll fächerübergreifend
489 stattfinden und alle Bereiche umfassen, in denen Tieren Schaden zugefügt wird, sowohl in
490 der freien Natur als auch systematisch in der industriellen Landwirtschaft.

491 **Kennzeichnungspflicht und Kastrationspflicht für Katzen**

492 Um dem illegalen Handel von Tieren wirksam zu begegnen, werden wir uns über
493 Bundesrecht für die Einführung einer Kennzeichnungspflicht für Hunde und Katzen
494 einsetzen. Die bundesweit festzustellende Vermehrung von Katzen lässt sich nur über eine
495 entsprechende Verpflichtung zu Kastration eindämmen. Diesem für Tier und Tierschützer
496 gravierenden Problem über kommunales Satzungsrecht zu begegnen (z.B. Paderborn) ist
497 rechtlich bedenklich. Ein rechtlich ordnungsgemäßes Vorgehen ist nur über eine
498 bundesrechtliche Lösung im Tierschutzgesetz erreichbar.

499 **Hundeführerschein und Hundesteuer**

500 Durch falsche Haltung und Erziehung kann potentiell jeder Hund gefährlich werden, zum
501 Schaden seiner Umgebung und sich selbst. Um hier präventiv wirken zu können, möchten
502 wir prüfen, ob jedem saarländischen Hundebesitzer die Möglichkeit gegeben werden kann,
503 über einen Sachkunde-Nachweis einen „Hundeführerschein“ zu erlangen. Mit einer solchen
504 Bescheinigung wäre zum Beispiel eine Verringerung der an die Gemeinde zu entrichtenden
505 Hundesteuer denkbar.

506 **Lobby für den Tierschutz**

507 Wir werden die staatliche Wildtierauffangstation in Eppelborn weiter stärken und den Runden
508 Tisch Tierschutz wieder zu einem Gremium machen, dessen Anliegen in der Politik echtes
509 Gehör findet. Der oder die gewählte Landesbeauftragte für Tierschutz soll auf Augenhöhe
510 zwischen Politik und Tierschutz ehrenamtlich zum Wohle der Tiere handeln und dabei durch
511 regionale Tierschutzbeauftragte unterstützt werden.

512 Gemeinsam mit unseren Tierschutzorganisationen unterstützen wir entsprechende
513 Initiativen, damit sich die öffentliche Hand an der Finanzierung eines Tierschutzes, der den

514 heutigen Herausforderungen gerecht wird, beteiligt. Dazu gehört auch eine den
515 Anforderungen gerecht werdende Ausstattung der saarländischen Tierheime.

516 **Grüner Verbraucherschutz**

517 Verbraucherinnen und Verbraucher haben einen Anspruch auf sichere Lebensmittel und
518 Produkte. In einer zunehmend globalisierten Welt ist es wichtiger denn je informierte
519 Entscheidungen auf immer komplizierteren Märkten und im Internet treffen zu können.
520 Darum wollen wir konsequent die Handlungsspielräume der Landespolitik zum Wohle der
521 Verbraucherinnen und Verbraucher nutzen.

522 **Sichere Lebensmittel und sichere Verbraucherprodukte**

523 Grüne Verbraucherpolitik bedeutet Verbraucherschutz. Insbesondere die Lebensmittel- und
524 Produktsicherheit sind uns dabei ein großes Anliegen. Die Verbraucherinnen und
525 Verbraucher haben das Recht auf sichere Lebensmittel und Verbraucherprodukte und sie
526 müssen sich dabei auf die staatliche Kontrolle verlassen können. Im Fokus stehen hierbei
527 insbesondere der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor einer Gefährdung der
528 Gesundheit sowie vor Schäden durch Irreführung und Täuschung.

529 **Überwachung stärken**

530 Wir fordern die Kontrolldichte und die Güte der Kontrolle im Saarland zu erhöhen. Wir wollen
531 weder Gammelfleisch, noch Dioxin belastete Eier auf dem Teller oder unsicheres Spielzeug
532 im Kinderzimmer.

533 Eine starke Wirtschaft benötigt eine starke Überwachung. Um den redlichen Handelsbrauch
534 zu schützen und somit auch Arbeitsplätze zu erhalten, ist es wichtig, dass eine effektive
535 Kontrolle stattfindet. Denn nur dann ist gewährleistet, dass Hersteller, die nicht ihrer
536 Sorgfaltspflicht nachkommen, entlarvt werden und zur Rechenschaft gezogen werden
537 können. Daher fordern wir eine qualifizierte, effizient arbeitende und engmaschige
538 Überwachung.

539 Um einen effektiven und zukunftsfähigen Verbraucherschutz im Saarland zu gewährleisten,
540 sollen gemeinsame Synergien genutzt werden. Aufgrund der Größe und Struktur des
541 Saarlandes ist es möglich die vorhandenen Kapazitäten zu bündeln (z.B. in den Bereichen
542 der Kontrolle und Untersuchung von Lebensmitteln, Futtermitteln, Trinkwasser, Wein,
543 Bedarfsgegenständen, Verbraucherprodukten, Wasch- und Reinigungsmitteln sowie der
544 Chemikalienüberwachung, etc.) und unter dem Dach einer gemeinsamen
545 Marktüberwachungsbehörde zu organisieren. Dadurch wird nicht nur das vorhandene
546 Potential effektiv zusammen gebracht sondern auch Doppelstrukturen abgebaut. Die
547 dadurch eingesparten Mittel sollen genutzt werden, um u.a. Rückstandskontrollen von
548 Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen des Totalherbizids Glyphosat zu veranlassen.

549 In fast allen Bundesländern sind mittlerweile sog. interdisziplinäre Kontrollteams eingerichtet,
550 die die Überwachung von Lebensmitteln und Verbraucherprodukten effektiv unterstützen und
551 die Reaktionsfähigkeit bei Krisen verstärken. Wir werden die Einrichtung eines solchen
552 interdisziplinären Kontrollteams im Saarland unterstützen und vorantreiben.

553 Des Weiteren sollte den stetig wachsenden Aufgaben der Kontrolle von Lebensmitteln,
554 Trinkwasser, Futtermitteln sowie Verbraucherprodukten etc. dadurch Rechnung getragen
555 werden, dass diese Bereiche von einem weiteren Stellenabbau ausgenommen werden.

556 **Regionale Vermarktung von Lebensmitteln**

557 Das Saarland ist nicht nur als Genießer Region bekannt sondern auch für die Produktion
558 hochwertiger regionaler Lebensmittel, die Genuss und Nachhaltigkeit verbinden. Regionales
559 Essen aus biologischem Anbau unterstützt die regionale Wertschöpfung und schützt das
560 Klima.

561 Wir Grünen wollen uns für eine stärkere Vermarktung regionaler Lebensmittel sowie für eine
562 bessere Kontrolle regional ausgelobter Lebensmittel einsetzen um die Verbraucherinnen und
563 Verbraucher vor Täuschung zu schützen. Ein wichtiges Instrument dazu stellt das
564 Schulobstprogramm dar, das wir vollumfänglich unterstützen wollen, damit wieder alle
565 Schulen und Kindertagesstätten an dem Programm teilnehmen können.

566 **Klare Lebensmittelkennzeichnung**

567 Um die Qualität beim Kauf klar zu erkennen, sind Verbraucherinnen und Verbraucher auf
568 eine unmissverständliche und verlässliche Kennzeichnung von Lebensmitteln angewiesen
569 damit sie informierte Konsumentenentscheidungen treffen können. Daher setzen wir uns für
570 klare Produktkennzeichnungen ein, die Auskunft über Herkunft und Inhaltsstoffe,
571 insbesondere auch bei veganen und vegetarischen Produkten sowie über gentechnisch
572 veränderte Bestandteile geben.

573 **2. Ökonomischer Wandel – treibende Kraft in die Zukunft**

574 **Starke Wirtschaft im stetigen Wandel**

575 **Saarland aus eigener Kraft**

576 Wir wollen eine nachhaltige Entschuldung des Landes. Die von früheren Regierungen dem
577 Land und seinen Menschen aufgebürdeten Schulden belasten vor allem die kommenden
578 Generationen und beeinträchtigen somit schon heute die Zukunftsfähigkeit des Landes.
579 Bündnis 90/ Die Grünen streben einen gerechten Länderfinanzausgleich und eine faire
580 Teilentschuldung des Landes an. Sie stehen aber im Sinne der Generationengerechtigkeit
581 zum sparsamen Haushalten und einer intelligent gestalteten Schuldenbremse.

582 Wer das Land nachhaltig entschulden will, muss jedoch die Ursachen der Verschuldung
583 bekämpfen. Sie liegen neben nicht ausgeschöpften Synergien und Sparpotenzialen der
584 öffentlichen Haushalte, Mängeln im Bereich der Steuergerechtigkeit, vor allem in den
585 finanziellen Altlasten, die den Wirtschaftskrisen der vergangenen Jahrzehnte geschuldet
586 sind.

587 Vor diesem Hintergrund streben die Grünen einen grundlegenden ökonomischen
588 Strukturwandel an, der den kommenden Generationen wirtschaftliche- und finanzpolitische
589 Stabilität sichert. Aus diesem Grunde wollen wir zukunftssträchtige Investitionen in den
590 ökonomischen Strukturwandel, wie etwa den Bildungsbereich, den Bereich der Erneuerbaren
591 Energien, des digitalen Wandels und der Mittelstandsförderung von der Schuldenbremse
592 ausnehmen.

593 **Neue Industriekultur durch Energiewende und Digitalisierung**

594 Wir sind die Partei des nachhaltigen Strukturwandels. Sie stehen zur saarländischen
595 Industrie und unterstützen sie im tiefgreifenden Wandel vom alten kohle-basierten Revier,
596 hin zur neuen vernetzten, Plattform gesteuerten Produktion und Weiterverarbeitung. Das
597 Saarland verfügt als alter Industriestandort über eine reiche Kompetenz im Bereich der
598 industriellen Wertschöpfung. Die saarländische Wirtschaftspolitik muss diese Kompetenzen
599 mit den herausfordernden Transformationsprozessen der Digitalisierung und der
600 Energiewende verknüpfen. Die Schaffung von Clustern im Automobilbereich und die
601 Zusammenarbeit zwischen Forschung und Automobilindustrie sind dabei anerkannte und
602 förderungswürdige Initiativen des Landes.

603 Gleichzeitig sollen vor allem energieeffiziente und ressourcenschonende industrielle
604 Produktionsverfahren vorangebracht werden, die Klima - und Umweltvorgaben entsprechen,
605 die Unternehmen auf der Kostenseite entlasten und einen Innovationsvorsprung vor
606 Wettbewerbern sichern können. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Einführung und
607 Umsetzung von Industrie 4.0. Hier ist die saarländische Politik als Koordinator, Taktgeber
608 und als Moderator in puncto gesellschaftlicher Akzeptanz und als Garant für sichere
609 Datennetze gefordert.

610 Mit den von uns Grünen maßgeblich mitentwickelten Industriegebiet auf dem Lisdorfer Berg
611 wurde dem Land weiterer Spielraum für diesen Transformationsprozess eröffnet. Dabei hat
612 sich gezeigt, dass hohe ökologische Standards, modernste Umwelttechnik und ein
613 großzügiger Naturlausgleich keine Hinderungsgründe bei Ansiedlung und
614 Standortentscheidung sind. Auch die An – bzw. Umsiedlung von Industriebetrieben aus
615 Wohngebieten und die gleichzeitige Ausstattung mit neuer Umwelttechnik zeigen, wie
616 Ökonomie und Ökologie erfolgreich zusammengebracht werden können.

617 **Neue Mittelstandskultur**

618 Den Strukturwandel vorantreiben bedeutet auch die Ausweitung des mittelständischen
619 Sektors als dem stabilen Rückgrat der Saarwirtschaft zu fördern. Im Vergleich zu anderen
620 Bundesländern ist im Saarland die mittelständische Kultur deutlich unterentwickelt. Grüne
621 Wirtschaftspolitik fördert nicht nur die Wertschätzung unternehmerischer Initiativen im
622 mittelständischen Bereich. Das Land braucht kreative und risikofreudige Persönlichkeiten,
623 die den Weg in die Selbständigkeit wagen. Wir wollen deshalb Startups erfolgsorientiert
624 fördern und gleichzeitig die Risiken des Scheiterns durch professionelle Unterstützung
625 nachhaltig minimieren. Der einfachere Zugang zu Kapital, die Bereitstellung und Ausbildung
626 von Fachkräften und Hilfestellung beim digitalen Wandel und Technologietransfer sind
627 Essentials Grüner Mittelstandspolitik. Insbesondere den Kleineren und Mittleren
628 Unternehmen (KMU), den Familienunternehmen, Selbständigen, Gewerbetreibenden und
629 Handwerksbetrieben gilt unser Augenmerk.

630 **Energiewende und Technologieförderung**

631 Die Energiewende ist eines der zentralen Grünen Projekte. Schon jetzt haben Grüne
632 Energien andere Energieformen in ihrer Bedeutung eingeholt - trotz aller Widerstände aus
633 Politik und Energiewirtschaft. Im Saarland haben die Grünen verhindert, dass die
634 Energiewirtschaft weiter in den Kohlekraftwerksneubau investiert und sie somit vor Milliarden
635 teuren Verlusten bewahrt. Gleichzeitig wurde unter Grüner Verantwortung der Ausbau der
636 Erneuerbaren Energien vorangetrieben. Grüne Energiepolitik beschränkt sich aber nicht nur
637 auf die regenerativen Formen der Energie- und Wärmeproduktion. Die über Generationen
638 reichende Erfahrung im Bereich der Energieverteilung macht das Saarland zum idealen
639 Standort für intelligente Netze. Die Grünen wollen die Forschung im Bereich der digitalen
640 und kommunikativen Mess - und Regeltechnik fördern und so Referenzprojekte für die
641 Entwicklung von Smart Grid und Smart Metering schaffen. Die punktgenaue
642 Bedarfsberechnung und das entsprechende Vorhalten von Energie senken nicht nur den
643 Energieverbrauch und damit Kosten für Unternehmen und private Haushalte. Ziel grüner
644 Energiepolitik ist es auch, grüne Technologien zu exportieren und damit einen Beitrag zum
645 Strukturwandel, zur ökonomischen Stabilität und mittelfristig zur Klimaneutralität zu leisten.

646 **Den Standort Saarland stärken**

647 Dem Standort Saarland wollen die Grünen wichtige Impulse verleihen. Jungen Familien und
648 Nachwuchskräften sollen aussichtsreiche Perspektiven und Anreize für ein gutes Leben im
649 Saarland geboten werden. Eine immer stärkere Rolle in der Standortpolitik spielt das
650 Marketing. Die Grünen setzen dabei auf Maßnahmen, die dem strukturellen Wandel im
651 Saarland auch thematisch gerecht werden. Vor allem die weltweit anerkannte Forschung im
652 Bereich der künstlichen Intelligenz und der Informationstechnik können dem Land als
653 positiver Werbeträger dienen. Sie sollen das Saarland im Wandel vom alten Industrievier
654 zum Land des Technologietransfers und der digitalen Vernetzung, und vom rein

655 quantitativen Wachstum hin zum qualitativ hochwertigen und nachhaltigen Wirtschaften
656 präsentieren.

657 Wichtiger Schwerpunkt der saarländischen Standortpolitik ist die Förderung der
658 Hochschullandschaft als Grundlage für Forschung, Entwicklung und Technologietransfer.

659 Hohes Bildungs- und Qualifikationsniveau, ein breites kulturelles Angebot, das vom
660 kulturellen Reichtum der Großregion profitiert und die Profilierung als europäische
661 Kernregion an der Schnittstelle zum frankophonen Raum, sind die Schlüsselbegriffe für eine
662 neue, moderne und selbstbewusste Selbstdefinition des Saarlandes und seiner
663 Bürger*innen.

664 Das Saarland mit seinem Naturreichtum, seinen Industriedenkmälern und seiner
665 wechselvollen europäischen Geschichte ist ein Land der Kontraste. Seiner touristischen
666 Erschließung wollen wir weitere Impulse verleihen.

667 **Land und Wirtschaft im Wandel**

668 Aufgrund ihrer hohen Exportorientierung nutzt die saarländische Wirtschaft die Chancen
669 einer globalisierten Welt. Sie ist dadurch einem hohen internationalen Wettbewerb
670 ausgesetzt und vom technologischen Wandel besonders stark betroffen. Alte
671 Produktionsformen, Kohle basierte und zentralisierte Energieerzeugung werden bald der
672 Vergangenheit angehören. Die Zukunft wird den digitalisierten Produktionsabläufen,
673 Plattform basierten Handels-, Vertriebs- und Dienstleistungssystem und der Green -
674 Technology im Energiebereich gehören. Die Grünen wollen den technologischen -
675 wirtschaftlichen Wandel so gestalten, dass er die Menschen mitnimmt und das Land zu
676 einem modernen zukunftsfähigen Standort macht. Dazu gehören in einer globalisierten
677 Wirtschaft die Internationalität und Weltoffenheit des Landes. Eine globalisierte und
678 digitalisierte Welt darf aber nicht mit Entfremdung oder Identitätsverlust einhergehen.
679 Nachhaltigkeit, grenzüberschreitende europäische Ausrichtung, industrielle Tradition und
680 digitale Moderne sollten die Bezugspunkte sein, die dem Land in Strukturwandel und
681 Globalisierung neue Identität stiftende Impulse geben werden.

682 **Nachhaltige Finanzen sichern Investitionen in die Zukunft**

683 **Nachhaltige Schuldenbegrenzung**

684 Der Schuldenberg im Land beläuft sich inzwischen auf rund 18 Mrd. Euro für Land und
685 Kommunen. Hinzu kommt eine immense implizite Verschuldung für die Versorgung von
686 Beamten im Ruhestand. Auch wenn wir Schulden begrenzen müssen, ist dies aber kein
687 Selbstzweck. Für uns ist sie ein Mittel zur Herstellung von Generationengerechtigkeit. An
688 diesem Ziel müssen sich alle Maßnahmen zur Schuldenbegrenzung messen lassen.

689 Das bedeutet, dass Konsolidierungsmaßnahmen, die notwendige
690 Zukunftsinvestitionen verhindern, aus unserer Sicht ungeeignet sind. Denn dies führt zu
691 höheren Kosten in der Zukunft und läuft dem eigentlichen Ziel der Schuldenbegrenzung
692 zuwider.

693 Das starre Neuverschuldungsverbot, wie es derzeit in Deutschland im Grundgesetz
694 verankert ist, vernachlässigt diesen Aspekt. Es führt in Fällen von hohen finanziellen
695 Altlasten dazu, dass der entsprechende Zinsdienst einen Großteil der Einnahmen auffrisst
696 und Investitionen in die Zukunft unterbleiben. Das ist im Saarland in den letzten Jahren
697 schmerzlich sichtbar geworden. Zukunftsbereiche, die unter unserer Verantwortung noch
698 vom Sparkurs ausgenommen wurden, beispielsweise im Bildungs- und Hochschulbereich,
699 wurden einem rigiden Sparkurs unterworfen. Darüber hinaus wächst der Investitionsstau der
700 öffentlichen Infrastruktur immer weiter.

701 Ein absolutes Neuverschuldungsverbot ist daher für uns nur dann vertretbar, wenn die
702 Altschuldenfrage gelöst ist und die Einnahmen genügend Spielraum für Zukunftsinvestitionen
703 lassen. Das ist aber derzeit im Saarland nicht der Fall. Das Land bringt ein Viertel seiner
704 Einnahmen für Zinsen für alte Kredite und die Versorgung von Beamten im Ruhestand auf.

705 Daran ändert auch der zuletzt geschlossene Kompromiss zum Bund-Länder-Finanzausgleich
706 nichts. Die aktuell scheinbar stabile Finanzsituation im Saarland beruht auf hohen
707 Steuereinnahmen sowie einem historisch niedrigen Zinsniveau und birgt daher in sich bereits
708 ein hohes Risiko. Der Kompromiss ist daher lediglich eine Sanierungshilfe, deren Wert durch
709 steigende Zinsen und steigende Pensionslasten in der Zukunft drastisch gemindert wird. Wir
710 fordern daher mit Nachdruck einen Altschuldentilgungsfonds. Solange es diesen nicht gibt,
711 plädieren wir dafür, notwendige Investitionen in die Zukunft von der Schuldenbremse
712 auszunehmen.

713 **Funktionierende Finanzverwaltung**

714 Unter unserer Verantwortung wurden zentrale Bereiche vom Personalabbau ausgenommen.
715 Das galt für die Bereiche der Bildung, der Justiz und der Finanzverwaltung. Diesen Kurs hat
716 die Große Koalition verlassen. Das ist aus unserer Sicht unverantwortlich.

717 Gerade im Bereich der Finanzverwaltung ist der Personalabbau mit Blick auf das
718 Konsolidierungsziel auch kontraproduktiv. Die Zahlen des Personalstandes im Vergleich zum
719 vorgegebenen Personalsoll, insbesondere in der Steuerfahndung und in der Betriebsprüfung,
720 zeigen die unzureichende Personalausstattung deutlich.

721 Durch den geplanten Abbau von rund 150 Stellen wird sich diese Situation noch verschärfen.
722 Hierdurch werden wichtige Steuereinnahmen verspielt. Das ist auch aus Gründen der
723 Steuergerechtigkeit nicht akzeptabel. Wir wollen den Personalabbau in der Finanzverwaltung
724 stoppen.

725 **Verwaltungsverschlinkung**

726 Während die Große Koalition den Rotstift in Bereichen angesetzt hat, die für die
727 Bürgerinnen und Bürger zentral sind, hat sie Einsparpotentiale, die ohne Nachteile für die
728 Bürgerinnen und Bürger realisiert werden könnten, ungenutzt gelassen. Hierzu gehört eine
729 Verwaltungsstrukturreform, die die Verwaltung verschlankt ohne Bürgernähe einzubüßen.

730 Im Zuge einer Strukturreform plädieren wir für eine Zusammenfassung der bisherigen fünf
731 saarländischen Landkreise zu zwei größeren und auch leistungsfähigeren Einheiten. Die
732 Landkreise Saarlouis und Merzig-Wadern würden zu einem Saar-West-Landkreis, die
733 bisherigen Landkreise St. Wendel, Neunkirchen und der Saarpfalz-Kreis würden zu einem
734 Landkreis Saar-Ost zusammengefasst. Der Regionalverband Saarbrücken wird in eine
735 dezentrale Großstadt Saarbrücken umgewandelt.

736 **Interkommunale Zusammenarbeit**

737 Im Saarland ist die Verwaltungsdichte aufgrund der oft kleinteiligen Strukturen auf
738 kommunaler Ebene im bundesweiten Vergleich besonders hoch. Über eine verbesserte
739 Abstimmung kommunaler Angebote und Infrastrukturen ließe sich die Effizienz und
740 finanzielle Nachhaltigkeit deutlich steigern ohne auf Bürgernähe zu verzichten. Gerade im
741 ländlichen Raum gehört bei schrumpfender Bevölkerung gemeinsam genutzten
742 Infrastrukturinvestitionen die Zukunft. Es gilt den Blick über den eigenen Kirchturm hinaus zu
743 schärfen. Möglichkeiten zur Zusammenarbeit bieten z.B. Gebäudemanagement,
744 Betriebshöfe, Versorgungsnetze, Sportstätten, Feuerwehren sowie Frei- und Hallenbäder.
745 Wir wollen den Kommunen Anreize geben, sich stärker zu vernetzen und ihre öffentlichen
746 Leistungen besser aufeinander abzustimmen. Die interkommunale Abstimmung sollte auch
747 nicht an der Landesgrenze enden.

748 **3. Digitalisierung der Gesellschaft**

749 **Herausforderung für unsere Zukunftsgestaltung**

750 Die Digitalisierung der Gesellschaft schreitet mit enormer Geschwindigkeit voran. Sie hat
751 schon heute alle unsere Lebensbereiche erfasst und weitreichend verändert. Von der
752 digitalen Kommunikation im privaten Bereich, über Industrie 4.0 bis hin zur 4. industriellen
753 Revolution – ohne Digitalisierung ist die Welt nicht mehr vorstellbar.

754 Für uns ist die Digitalisierung deshalb mehr als nur eine technische Entwicklung. Sie
755 verändert entscheidend viele wichtige politische Handlungsfelder und gesellschaftliche und
756 soziale Prozesse. Die digitale Transformation erfordert daher auch eine entsprechend
757 perspektivisch ausgerichtete und an den Transformationsprozessen orientierte Politik.

758 Die Digitalisierung beinhaltet Chancen und Risiken. Deshalb erfordert sie neben neuen
759 gesellschaftspolitischen Definitionen auch neue politische Rahmenbedingungen, die der
760 rasanten Entwicklung der neuen technischen Möglichkeiten Rechnung tragen. Ob es um die
761 Bedeutung von Werten wie Freiheit, Gleichheit oder Gerechtigkeit in einer digitalen
762 Gesellschaft geht, oder um die enormen Veränderungen, die vernetzte Technologien für die
763 Bereiche von Arbeit, Ökonomie, Ökologie, Sicherheit, Energiepolitik, Verwaltung, Bildung,
764 oder Gesundheit bedeuten.

765 Die Digitalisierung unserer Gesellschaft stellt einen disruptiven Wandel dar und stellt unsere
766 Gesellschaft vor enorme Herausforderungen mit vielen Chancen und auch Risiken. Dabei
767 verändert die fortschreitende Digitalisierung alle wesentlichen Teile unseres Alltages und
768 wirkt in alle Dimensionen unserer Gesellschaft wie z.B. Unternehmen, Schule, öffentlicher
769 Verkehr, Sicherheit. Der Wandlungsprozess muss so gestaltet werden, dass es keine
770 Verlierer gibt. Und dazu müssen die vielen Chancen, die der Wandel von der
771 Industriegesellschaft hin zur Digitalgesellschaft bietet, so genutzt werden, dass
772 wirtschaftliche, ökologische und soziale Innovationen entstehen. Die Möglichkeiten zur
773 Steigerung der Ressourceneffizienz spielen hierbei eine besonders große Rolle.

774 Wir wollen rechtzeitig sicherstellen, dass im Rahmen des digitalen Wandels die Teilhabe für
775 alle Teile unserer Gesellschaft chancengerecht und gleichermaßen gesichert ist. Der Zugang
776 und die Nutzung des Internets müssen daher zum soziokulturellen Existenzminimum
777 gerechnet werden. Mittel- bis langfristig muss es für jeden möglich sein, zeit- und
778 ortsunabhängig das Internet zu nutzen.

779 Damit keine gläsernen Bürgerinnen und Bürger oder Unternehmen entstehen, muss den
780 Monopolstellungen am Markt konsequent entgegengewirkt werden.

781 **Wirtschaft Digital: Eine Strategie für freiheitliches und ökologisches** 782 **Wirtschaftshandeln**

783 Unsere Digitalisierungspolitik unterstützt alle Unternehmen und Selbstständige, unabhängig
784 von Größe und Branche im Transformationsprozess der Digitalisierung. Wir ~~unterstützen und~~
785 fördern dabei die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle, die sich durch die Möglichkeiten der
786 Digitalisierung ergeben. Um die Herausforderungen des digitalen Zeitalters zu meistern,
787 helfen wir den Unternehmen dabei, z.B. Entwicklungen hin zur smart factory oder auch zum
788 „vernetzten Handwerker“ zu bewältigen. Hierbei gilt es insbesondere den Fachkräftebedarf
789 zu sichern und die Datensicherheit zu gewährleisten.

790 Wir wollen das Saarland zu einem Vorreiter bei der Entwicklung und Nutzung von „Smart-
791 Grids“ Technologien (Intelligente Netze zur Energieversorgung) machen, da der gezielte
792 Einsatz solcher Technologien eine enorme Reduzierung von Energie und Ressourcen
793 ermöglicht. Die Energie- und Ressourcenwende, kann nur mithilfe dieser Technologien

794 vollzogen werden. Dem intelligenten Zusammenspiel von Bahn-, Bus-, Fußgänger-, Fahrrad-
795 und Autoverkehr soll im Saarland die Zukunft gehören. Im Ergebnis wird eine optimale
796 Verkehrsmittel- und Routenwahl zu einer Entlastung des Straßennetzes und weniger
797 klimaschädlichen Treibhausgasen beitragen.

798 Wir unterstützen die „Sharing Economy“ (zeitlich begrenzte Nutzung von Ressourcen), eine
799 der größten Chancen für den ökologischen Wandel und ein neues Unternehmensfeld mit
800 zahlreichen Marktchancen und enormem Wachstumspotenzial. Wir brauchen dafür aber
801 klare rechtliche Normen und Rechtssicherheit für Unternehmen und Konsumentenschutz für
802 die Nutzerinnen und Nutzer.

803 Wir werden innovative und umweltschonende Mobilitätskonzepte, z.B. durch die
804 Landesinitiative Elektromobilität, durch eine Plattform „Innovative Angebote im ÖPNV“ oder
805 Modellprojekte im ländlichen Raum fördern.

806 **Gute Arbeitsbedingungen in der digitalen Arbeitswelt**

807 Die Digitalisierung wird die Arbeitswelt für viele Beschäftigte positiv verändern, da nicht mehr
808 Ort und Zeit alleine entscheidend sind, sondern individuelle Selbstbestimmung mit
809 entsprechenden Freiräumen. Sie stellt unsere Arbeitswelt aber auch vor neue
810 Herausforderungen. Insbesondere kann sie dauernde Verfügbarkeit und Mehrarbeit
811 erzeugen, welche die Grenzen zwischen Arbeits- und Privatleben aufheben. Im Zuge dieser
812 Veränderung unserer Arbeitswelt, müssen daher auch das Arbeitsrecht und die
813 Mitbestimmung entsprechend angepasst werden. Insbesondere für Solo- und Clickworker
814 muss ein angemessener Schutz bei Arbeitslosigkeit und Krankheit, sowie die Absicherung im
815 Alter sichergestellt werden. Damit unsere Gesellschaft nicht in Gewinner und Verlierer
816 gespalten wird, darf die tariflich geschützte, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung für
817 uns auch im digitalen Zeitalter nicht an Bedeutung verlieren.

818 **Digitale Grundbildung und Medienbildung ausbauen**

819 Wir wollen das Saarland als erfolgreichen High-Tech-Standort mit innovativen Produkten und
820 Dienstleistungen vorne im internationalen Wettbewerb positionieren. Dies stellt hohe
821 Anforderungen an Auszubildende und Studierende im Bereich der Technik- und
822 Medienkompetenz. Es ist daher umso wichtiger, dass Schülerinnen und Schüler bereits
823 frühzeitig im Unterricht nicht nur mit den unterschiedlichsten Medien in Kontakt kommen und
824 dabei Medienkompetenz vermittelt bekommen, sondern darüber hinaus auch eine
825 vertiefende Einführung in die Informatik erhalten. Dabei sollen die Schülerinnen und Schüler
826 über das Wissen des Computers als Arbeits- und Hilfsmittel hinaus, die Beurteilungsfähigkeit
827 der angebotenen Services und Dienste (wie z.B. Social Media, Service apps) erlangen. Die
828 digitale Grundbildung muss hierfür zukunftsweisend ausgestaltet und in allen
829 allgemeinbildenden Schularten integrativ unterrichtet werden. Mit dem Mini-Computer

830 „Calliope“ hat die Landesregierung in ein Instrument investiert, das eigentlich ein großes
831 Potential für die digitale Grundbildung hat. Allerdings fehlt es wegen der überhasteten
832 Einführung an geeigneter Fortbildung, an einem interdisziplinären Curriculum und überhaupt
833 an einer klaren Vorstellung, was „Calliope“ in der Schule zu leisten vermag. Entsprechend
834 werden wir hierzu die Kräfte des Landes in einem Innovationsprozess bündeln und
835 insbesondere die fachliche Expertise der Universität des Saarlandes einbeziehen. Die
836 digitale Grundbildung soll zukünftig als ein Kompetenzbereich Medienbildung in allen
837 Schularten, insbesondere den weiterführenden, kontinuierlich und fächerintegrativ im
838 Bildungsplan verankert werden. Dabei sollen die Schülerinnen und Schüler über das Wissen
839 des Computers als Arbeits- und Hilfsmittel hinaus die Beurteilungsfähigkeit der angebotenen
840 Services und Dienste (wie z.B. Social Media, Service Apps) erlangen.

841 **Zugang zu schnellem Internet für alle**

842 Um die erforderliche digitale Infrastruktur im Saarland zu entwickeln, müssen entsprechende
843 Anstrengungen unternommen werden. Gerade für Unternehmen im ländlichen Raum ist
844 schnelles Internet der entscheidende Standortfaktor. Der flächendeckende Ausbau der
845 Breitbandverkabelung muss intensiv vorangetrieben werden. Dabei setzen wir auf
846 kommunale Hoch- und Höchstgeschwindigkeitsnetze aus Glasfaser, wobei der Anschluss
847 von Gewerbegebieten und Schulen besonders gefördert werden muss. Um einen schnellen
848 Ausbau zu garantieren, müssen Fördermöglichkeiten durch den Bund intensiv genutzt
849 werden. Im Sinne einer Teilhabe aller Teile der Gesellschaft werden wir uns auf Bundes- und
850 EU-Ebene dafür einsetzen, die Breitbandversorgung als Bestandteil der öffentlichen
851 Daseinsvorsorge zu etablieren. Freier Zugang zum Internet im öffentlichen Raum sichert
852 nicht nur Chancengleichheit und Teilhabe, sondern stellt auch einen Standortvorteil im
853 Wettbewerb um Firmenansiedlungen und junge Familien dar.

854

855 **IKT-Allianz (Informations- und Kommunikationstechnologie)**

856 In einer Allianz wollen wir gemeinsam mit Wirtschaft und Wissenschaft ein ambitioniertes
857 Strategiekonzept für eine erfolgreiche Gestaltung des digitalen Zeitalters im Land entwickeln.
858 In einem breiten gesellschaftlichen Diskurs und mit dem Konzept „Saar Digital“ wollen wir
859 das Saarland in den nächsten Jahren zum internationalen Top-Standort für Informations- und
860 Kommunikationstechnologie (IKT) machen. Wir setzen auf die Umsetzung entsprechender
861 Projekte mit den Forschungseinrichtungen und Unternehmen, wie Maßnahmen zur IKT-
862 Sicherheit und Maßnahmen zur Umsetzung im Handlungsfeld Industrie 4.0 (Bestandteil der
863 Digitalisierung). Mit dem Konzept „Sciencebook“ wollen wir die koordinierte Entwicklung
864 einer forschungsfreundlichen digitalen Infrastruktur fördern: E-Science. Hierzu gehört u.a. die
865 Vernetzung von Forschungsinfrastruktureinrichtungen und wissenschaftlichen Verbänden
866 oder in Form von virtuellen Forschungsumgebungen, in denen Wissenschaftler und

867 Unternehmen über organisatorische und räumliche Grenzen hinweg bestmöglich
868 zusammenarbeiten können. Die Förderkulisse werden wir so gestalten, dass die Entwicklung
869 innovativer Software und Dienstleistungen mit passgenauen Fördermaßnahmen gleichwertig
870 zu klassischen Produkten gefördert werden.

871 **Institut für Digitalisierung der Gesellschaft (DDG)**

872 In einem Institut DDG soll der digitale Wandel und seine künftigen Auswirkungen für die
873 Gesellschaft hinsichtlich Chancen und Herausforderungen erforscht werden. Hierbei gilt es
874 insbesondere, diese interdisziplinär zu betreiben und die jeweiligen Relevanzen für
875 Gesellschaft, Politik und Unternehmen zu betrachten.

876 **Strategie zur erfolgreichen Gestaltung des digitalen Wandels**

877 In einem adäquaten Organisationsmodell muss das Thema Digitalisierung mit
878 entsprechenden ressortübergreifenden Kompetenzen ausgestattet und exponiert
879 repräsentiert werden. Hier werden in einer Querschnittsfunktion alle beteiligten Akteurinnen
880 und Akteure eingebunden und im notwendigen gesellschaftlichen Diskurs die
881 Digitalisierungsstrategie entwickelt, geplant und umgesetzt.

882 **Netzpolitik: Ein freies und demokratisches Internet**

883 Wir wollen, dass freie, quelloffene Software, Formate und Standards gefördert werden. Sie
884 sichern Herstellerunabhängigkeit, Portabilität sowie die Nachnutzung und bieten Chancen für
885 kleine und mittlere Unternehmen. Nutzerinnen und Nutzer müssen ihre Daten jederzeit
886 unmittelbar und unwiederbringlich löschen können sowie diese selbstverständlich
887 vollumfänglich bei den Betreibern der Plattformen anfordern können. Dabei gilt für uns der
888 Grundsatz: Meine Daten gehören mir. Dementsprechend müssen personenbezogene Daten
889 vollumfänglich geschützt werden. Auch deshalb lehnen wir u.a. die Vorratsdatenspeicherung
890 entschieden ab. Ein freies und demokratisches Internet setzt die Gleichbehandlung aller
891 Daten voraus. Deshalb wollen wir strikte Netzneutralität und lehnen ein „Zwei-Klassen-
892 Internet“ ab.. Auch Menschen mit Behinderung müssen von den Vorteilen des Netzes
893 profitieren können. Alle Inhalte und Informationen sollen deshalb in barrierefreier und
894 maschinenlesbarer Form dargestellt werden. Im Sinne der Gleichstellung ist es uns ein
895 Anliegen, im Saarland freies WLAN zumindest in und um staatliche Einrichtungen
896 anzubieten.

897 **Bürgerbeteiligung – E-Government**

898 Damit die Bürgerinnen und Bürger bei Projekten der Landesregierung besser an der
899 politischen Meinungsbildung mitwirken können, wollen wir ein Beteiligungsportal entwickeln.
900 Unter der Maxime „informieren, kommentieren, mitmachen“ sollen die Bürgerinnen und
901 Bürger unmittelbarer an Projekten und sonstigen Vorhaben beteiligt werden.

902 Auch die Verfügbarkeit bestehender Daten in der Landesverwaltung wollen wir weiter
903 verbessern. Darüber hinaus streben wir ein gemeinsames Open-Data-Portal von Land und
904 Kommunen an. Besonders fördern wir die Neuausrichtung von Verfahren und Abläufen in
905 der öffentlichen Verwaltung als eines der zentralen Projekte zur Zukunftsausrichtung der
906 Landesverwaltung in den kommenden Jahren. Dabei muss auch eine intensivere Nutzung
907 des E-Government zum Bürokratieabbau erfolgen. Die moderne Kommunikation mit den
908 staatlichen Stellen und zügige Online-Verfahren sind gerade für kleinere und mittlere
909 Unternehmen wichtig.

910 **Digitaler Verbraucherschutz**

911 Da der Verbraucheralltag immer mehr online stattfindet, gewinnt der digitale
912 Verbraucherschutz zunehmend an Bedeutung. Wir sehen Verbraucherschutz im Netz daher
913 als grundlegendes Bürgerrecht. Bei der täglichen Nutzung des Internets werden Daten
914 anonym gesammelt und weitergegeben. Verbraucher verstoßen bei der Nutzung unbewusst
915 und ungewollt gegen Urheberrechtsgesetze. Davor gilt es sie mit geeigneten Maßnahmen zu
916 schützen. Verbraucherinnen und Verbraucher dürfen beim Online-Kauf oder Erwerb digitaler
917 Güter nicht schlechter gestellt sein als offline Kunden. Sie müssen jederzeit Transparenz und
918 Kontrolle über ihre persönlichen Daten haben. Ziel unserer Verbraucherschutzpolitik ist es,
919 die Menschen in ihren Rechten im Netz zu stärken und Grundsätze für einen fairen und
920 transparenten Markt zu verankern. Soziale Netzwerke wie Facebook oder Twitter sind
921 rechtlich stärker zu verpflichten, offensichtliche Falschinformationen und Hetzmeldungen
922 über Personen oder Organisationen sofort zu löschen.

923 **4. Bildung für die Zukunft unseres Landes**

924 Bildung und Wissen entscheiden grundlegend über Teilhabe und Chancen, die junge
925 Menschen in unserer Gesellschaft erhalten. Bildung entscheidet über beruflichen Erfolg, über
926 die Möglichkeit selbstbestimmt zu leben und am gesellschaftlichen Wohlstand teilzuhaben.
927 Die umfassende Bildung aller Menschen ist die Voraussetzung für die demokratische,
928 ökologische, soziale und kulturelle Entwicklung unserer Gesellschaft.

929 Die Teilhabe an Bildung ist eine Frage der Gerechtigkeit. Wir wollen sicherstellen, dass alle
930 Kinder und Jugendlichen ihr Recht auf Teilhabe an Bildung und Ausbildung wahrnehmen
931 können und jeder seinen Fähigkeiten und Leistungen entsprechend einen optimalen
932 Bildungsabschluss erreichen kann.

933 Bildung ist für uns eine Grundvoraussetzung zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit unseres
934 Landes. Dabei hat Bildung für eine nachhaltige Entwicklung eine Schlüsselfunktion für die
935 politische Gestaltung des Globalisierungsprozesses und einer zukunftsfähigen Gesellschaft.

936 **Frühe Bildung – Wichtige Weiche für die Zukunft unserer Kinder**

937 Der Grundstein für gute und gerechte Bildungschancen wird bereits vor dem Eintritt in die
938 Schule in den frühkindlichen Bildungseinrichtungen, der Kinderkrippe und dem Kindergarten
939 gelegt. Durch den Dreiklang von Bildung, Betreuung und Erziehung werden in den
940 Kindertageseinrichtungen wichtige Weichen für die Zukunft unserer Kinder gestellt. Wir
941 wollen keine frühe Verschulung der Kindertagesstätten, sondern durch eine professionelle,
942 auf hohem Ausbildungsniveau basierende, pädagogische Betreuung eine kindgemäße,
943 umfassende Förderung aller Kinder erreichen. Einen besonderen Wert legen wir dabei auf
944 die Sprachförderung aller Kinder, Maßnahmen zur Gesundheits- und Umwelterziehung
945 sowie zur nachhaltigen Entwicklung. So wollen wir den Schatz der frühen Kindheit heben.
946 Uns geht es aber auch um die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
947 Deshalb müssen die Betreuungsangebote kontinuierlich ausgebaut werden, um den Eltern
948 im gesamten Land ein annähernd gleich hohes Niveau an Betreuungsplätzen machen zu
949 können.

950 Um den strukturellen Fachkräftemangel im Bereich der frühen Bildung zu beheben, wollen
951 wir es ermöglichen, dass auch Heilerziehungspfleger und Heilerziehungspflegerinnen
952 gleichwertig mit Erzieherinnen und Erziehern arbeiten und diese dazu auch an staatlichen
953 Fachschulen ausgebildet werden können.

954 Ein breites Angebot an qualifizierten Kitaplätzen ist ebenso eine wichtige Voraussetzung zur
955 Vorbeugung von Kinderarmut, da vor allem Kinder aus bildungsfernen Schichten von
956 frühkindliche Fördermaßnahmen profitieren. Dies gilt insbesondere auch für
957 Alleinerziehende, die überproportional vom Armutsrisiko betroffen sind. Im Idealfall sollten
958 Kitaplätze beitragsfrei sein. Dafür setzen wir uns weiterhin ein. Bei begrenzten finanziellen
959 Spielräumen des Landes muss eine sozial gerechte Verteilung der Beiträge durch eine
960 einkommensabhängige Staffelung erfolgen.

961 **Lehr und Lernbedingungen in der Grundschule verbessern**

962 Die Grundschule ist die wichtigste Schule. In ihr wird das Fundament für die weitere
963 schulische Laufbahn gelegt. Sie ist eine gemeinsame Schule für alle Kinder und leistet unter
964 zunehmend schwierigen Rahmenbedingungen eine erfolgreiche Arbeit. Besondere
965 pädagogische Herausforderungen sind dabei die Umsetzung der Inklusion, die Integration
966 von Flüchtlingskindern und der Umgang mit bildungsbenachteiligten Kindern.

967 Wir wollen die Lehr- und Lernbedingungen in der Grundschule verbessern. Das heißt in
968 erster Linie, die Klassen kleiner machen und dabei den Anteil der nicht deutsch sprechenden
969 Kinder besonders berücksichtigen. Im Idealfall soll es keine Klasse mehr geben, die mehr als
970 20 Kinder hat. Außerdem soll die Lehrerfeuerwehr weiter ausgebaut werden, um
971 Unterrichtsausfall zu vermeiden.

972 Im Hinblick auf die neu in Deutschland angekommenen Kinder und unter den allgemeinen
973 Vorzeichen des gesellschaftlichen Wandels wollen wir auch in der Grundschule neben dem
974 christlichen Religionsunterricht Ethikunterricht einführen. Entsprechend soll die universitäre
975 Ausbildung von Philosophie-/Ethik-Lehrkräften für den saarländischen Schuldienst auf das
976 Lehramt an der Primarstufe ausgeweitet und entsprechende Angebote in der Fort- und
977 Weiterbildung eingerichtet werden.

978 Wir wollen weiter das frühe Sprachenlernen in der Grundschule fördern und ausbauen. In
979 erster Linie muss sichergestellt werden, dass alle Kinder die deutsche Sprache beherrschen.
980 Darüber hinaus hat sich das frühe kindgemäße Fremdsprachenlernen bewährt. Eine
981 konsequente Hinführung zur Zweisprachigkeit mit Französisch als Verkehrssprache neben
982 Deutsch kann aber nur erreicht werden, wenn Französisch durchgängig in allen
983 Grundschuljahrgängen gelernt wird und zusätzlich an möglichst vielen Schulen von
984 französischsprachigen Lehrkräften Unterricht in den Sachfächern erteilt wird.

985 Und eine ebenso konsequente Umsetzung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf im
986 schulischen Bereich setzt ein hinreichendes Angebot an gebundenen Ganztagsgrundschulen
987 voraus. Wir wollen, dass alle Eltern, die dies wünschen, für ihre Kinder eine gebundene
988 Ganztagschule wählen können. Im Gegensatz zur freiwilligen Ganztagschule ist diese
989 gebührenfrei und hat darüber hinaus ein weitergehendes pädagogisches Konzept, das Lern-
990 Lehr- und Entspannungsphasen kindgerecht über den Tag verteilt, anstatt nur Betreuung im
991 Anschluss an den Halbtagsunterricht sicherzustellen.

992 **Gleichwertigkeit von Gemeinschaftsschule und Gymnasium**

993 Mit der Einführung des Zwei – Säulen – Modells (Gemeinschaftsschule und Gymnasium) hat
994 die Schulstrukturdiskussion im Saarland ein Ende gefunden. Die weitere Ausgestaltung des
995 Systems in Richtung Gleichwertigkeit der Schulformen und Qualitätssteigerung des
996 Unterrichts wird der Schwerpunkt zukünftiger bildungspolitischer Maßnahmen und
997 Entscheidungen sein.

998 Handlungsbedarf sehen wir zudem in der Ausgestaltung und Angleichung der
999 Funktionsstellenstruktur der Schulformen, einer einheitlichen Bewertung der
1000 Lehrerarbeitszeit sowie einer Evaluation der unterschiedlichen Belastung in den Schulformen
1001 durch Abschlussprüfungen und heterogene Lerngruppen.

1002 Am Gymnasium wollen wir die Fördermöglichkeiten weiter ausbauen und die Elternberatung
1003 stärken, um die Wiederholerquote weiter zu reduzieren. Perspektivisch wollen wir prüfen, wie
1004 an den Gemeinschaftsschulen auf das zwangsweise Sitzenbleiben verzichtet werden kann.
1005 Zur Entlastung der Schülerinnen und Schüler sollen die Lehrpläne kompetenzorientiert im
1006 Sinne einer Straffung weiter überarbeitet werden. Wir wollen, dass es an den
1007 weiterführenden Schulen keine Klasse mehr gibt mit mehr als 25 Schülerinnen und Schülern.

1008 Wir wollen die individuelle Förderung im Unterricht ausbauen und die Einrichtung von
1009 Förderprogrammen zur Aufarbeitung von Lern- und Leistungsrückständen ermöglichen.
1010 Unser Ziel ist es, die Sitzenbleiber- und Schulabbrecherquote weiter zu senken. Zur
1011 Vermeidung von Unterrichtsausfall soll die Lehrerfeuerwehr weiter ausgebaut werden. Unser
1012 Ziel ist, dass kein Unterricht mehr bis zur 6. Stunde ausfällt und alle Unterrichtsstunden bis
1013 dahin gehalten bzw. vertreten werden.

1014 **9-jähriges Gymnasium neben G8-Gymnasium anbieten**

1015 Die Einführung des 8-jährigen Gymnasiums (G 8) seit dem Schuljahr 2001/02 durch die CDU
1016 Landesregierung - gegen unseren Willen - hat dazu geführt, dass die Arbeitsverdichtung am
1017 Gymnasium zugenommen hat, der Unterricht teilweise bis in den Nachmittag reicht, die
1018 Freizeitaktivitäten der Schülerinnen und Schüler stark eingeschränkt werden und über eine
1019 hohe Stressbelastung geklagt wird. Dies gilt insbesondere für das Gymnasium in
1020 Halbtagsform.

1021 Die vermeintlichen Vorteile der Schulzeitverkürzung durch einen früheren Studienbeginn
1022 oder ein früheres Eintreten in eine Berufsausbildung sind in Bezug auf Berufsreife und
1023 Berufsorientierung, Studierfähigkeit und Studienorientierung in vielerlei Hinsicht nicht in dem
1024 erwarteten Umfang eingetreten.

1025 Manche Schülerinnen und Schüler leiden unter dem zeitlichen Druck des G 8 Gymnasiums
1026 und wünschen sich mehr Lernzeit in der Schule. Auch zahlreiche Eltern, die einen
1027 gymnasialen Bildungsgang für ihre Kinder anstreben, wollen für diese auch am Gymnasium
1028 nicht nur den schnellsten Weg zum Abitur. Diesem Elternwillen wollen wir Rechnung tragen.

1029 Wenn die Gemeinschaftsschulen und die beruflichen Oberstufengymnasien, mit der
1030 Möglichkeit nach 9 Jahren Abitur zu machen, keine Alternativen für diese Eltern sind, dann
1031 benötigen wir neben den 8-jährigen Gymnasien auch 9-jährige Gymnasien als Wahlangebot
1032 im Schulsystem unseres Landes.

1033 Wir wollen ein solches Wahlangebot bereitstellen und im Rahmen einer
1034 Schulentwicklungsplanung in den Landkreisen und dem Regionalverband Saarbrücken
1035 neben den G 8 Gymnasien auch wieder G 9 Gymnasien einrichten.

1036 Die Anzahl und die Standorte werden im Rahmen einer gemeinsamen
1037 Schulentwicklungsplanung zwischen Land und regionalen Schulträgern festgelegt.

1038 Diese Schulentwicklungsplanung muss dabei standortspezifische Gegebenheiten unter dem
1039 Gesichtspunkt der Schülerzahlentwicklung, der Schulgröße und Raumangebote sowie einer
1040 flächendeckend gleichmäßigen Verteilung der Schulformen mit gymnasialen
1041 Bildungsangeboten berücksichtigen.

1042 **Mehr gebundene Ganztagschulen und Schulsozialarbeit**

1043 Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie erweiterten Lern- und
1044 Fördermöglichkeiten durch eine Rhythmisierung des Unterrichts ist es unbedingt
1045 erforderlich das Angebot an Gebundenen Ganztagschulen deutlich auszuweiten.

1046 Nach wie vor haben die Eltern kein echtes Wahlangebot zwischen Halbtagschule
1047 und Ganztagschule. Wir wollen, dass alle Eltern, die dies wünschen, eine
1048 gebundene Ganztagschule wohnortnah wählen können. Einen besonderen
1049 Nachholbedarf sehen wir hier am Gymnasium. Wir wollen auch einzelne Gymnasien
1050 dazu bewegen, sich zu Gebundenen Ganztagschulen weiterzuentwickeln.

1051 Angesichts zunehmender Erziehungsaufgaben insbesondere benachteiligter
1052 Schülerinnen und Schüler sowie ökonomischer, sozialer und familiärer Verwerfungen
1053 benötigen die Lehrkräfte mehr professionelle sozialpädagogische Unterstützung. Es
1054 reicht nicht aus, Sozialarbeiter nur stundenweise als Berater in den Schulen zu
1055 haben. Wir wollen an jeder Schule mindestens eine feste Schulsozialarbeiterstelle
1056 zur Unterstützung der Lehrkräfte dauerhaft einrichten.

1057 **Berufliche Schulen – alle Abschlüsse sind möglich**

1058 Die berufliche Bildung hat für uns einen hohen Stellenwert. Wir wollen eine echte
1059 Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung und dazu die Durchlässigkeit und
1060 Anrechnungsansprüche innerhalb der beruflichen Schulen verbessern. Die beruflichen
1061 Schulen bieten in vielfältiger Hinsicht ein sehr differenziertes, durchlässiges und komplexes
1062 Bildungsangebot an. Die Schülerinnen und Schüler können aus einer Vielzahl von
1063 Angeboten dasjenige auswählen, das ihren Neigungen, Fähigkeiten, Interessen und
1064 Begabungen am besten entspricht Über den Weg der beruflichen Schulen können alle
1065 Abschlüsse einschließlich Abitur und zusätzlich eine Berufsorientierung erworben werden.

1066 Wir wollen die Situation der benachteiligten Jugendlichen an den Berufsschulen verbessern.
1067 Dazu muss die sozialpädagogische Betreuung und Integration von Jugendlichen mit
1068 besonderem Förderbedarf ausgebaut werden. Um frühzeitig Lernrückstände aufzuarbeiten
1069 und Jugendlichen bei der Wahl geeigneter Ausbildungsgänge und Berufe zu unterstützen,
1070 wollen wir in allen Landkreisen in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit und der
1071 Regionalagentur Rheinland-Pfalz/Saarland Jugendberufsagenturen einrichten.
1072 Berufsfachschulen, die auf den Erwerb des Mittleren Bildungsabschlusses abzielen, müssen
1073 hinsichtlich des Übergangs zu den beruflichen Gymnasien durchlässiger werden. Der
1074 Zugang zu den Beruflichen Gymnasien soll zudem auch Berufsschülerinnen und
1075 Berufsschülern eröffnet werden, die im Rahmen ihrer dualen Ausbildung den Mittleren
1076 Bildungsabschluss erworben haben.

1077 Wir werden eingehend prüfen, ob die derzeitigen Fachoberschulen mit einem dreizehnten
1078 Schuljahr ausgebaut werden können, um die Attraktivität des beruflichen Bildungsbereichs
1079 weiter zu stärken und Jugendlichen mehr Chancen für einen Hochschulzugang zu
1080 ermöglichen.

1081 Auch im beruflichen Bereich wollen wir die Lehrpläne zu kompetenzorientierten Plänen
1082 überarbeiten, um die Schülerinnen und Schüler auf die veränderten Anforderungen in ihrer
1083 Lebens- und Arbeitswelt vorzubereiten.

1084 Wir wollen weiter die strukturellen Fehlstunden an den berufsbildenden Schulen abbauen
1085 und darüber hinaus zur Vermeidung von Unterrichtsausfall dazu eine über die normale
1086 Budgetierung der Schulen hinausgehende zusätzliche Personalisierung vornehmen.

1087 **Gute Rahmenbedingungen für inklusive Schulen**

1088 Das langfristige Ziel eines gerechten, humanen auf allseitige Teilhabe ausgerichteten
1089 Schulsystems ist die Einrichtung von inklusiven Schulen. Die Rechtgrundlagen hierfür sind
1090 im Schulordnungsgesetz und in der Inklusionsverordnung zwar geschaffen worden. Doch die
1091 Umsetzung der Inklusion kann nur gelingen, wenn die entsprechenden Rahmenbedingungen
1092 hierfür vorhanden sind. Dies ist zurzeit nicht der Fall. In erster Linie gehört dazu eine
1093 angemessene Personalausstattung der Regelschulen mit Förderschullehrkräften. Wir wollen
1094 dafür sorgen, dass mehr Förderschullehrkräfte aller sonderpädagogischen Fachrichtungen
1095 sowie qualifizierte Eingliederungshelfer den Regelschulen zur Verfügung stehen. Auch
1096 wollen wir die Qualifikation der Integrationshelfer durch Weiterbildungsmaßnahmen
1097 verbessern. Bei dauerhaft bestehenden Personalengpässen wollen wir auch den
1098 Regelschullehrkräften die Möglichkeit einer sonderpädagogischen Zusatzqualifikation
1099 anbieten. Auch eine Erhöhung der Zahl der Ausbildungsstellen muss geprüft werden. In der
1100 Schulentwicklungsplanung wollen wir unter der Voraussetzung einer zurückgehenden
1101 Nachfrage Sonderschulformen, insbesondere L- Schulen schrittweise auslaufen lassen und
1102 im selben Zug Personalressourcen für den inklusiven Unterricht und die Individualisierung
1103 des Lernens zu gewinnen.

1104 **Schule als Haus des Lernens**

1105 Alle allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sollen leistungsstarke Schulen sein, die die
1106 Lernmotivation fördern, in denen die Lehrkräfte unter guten Rahmenbedingungen engagiert
1107 unterrichten. Alle am Schulleben Beteiligten sollen an der Gestaltung des Schullebens und
1108 an schulischen Entscheidungen verantwortungsvoll mitwirken können. Um die
1109 Mitbestimmungsmöglichkeiten in den Schulen grundsätzlich zu verbessern, wollen wir das
1110 Schulmitbestimmungsgesetz überarbeiten.

1111 Wir wollen eine Schule als Haus des Lebens und Lernens, mit der sich die Schulgemeinde
1112 identifiziert, die eine möglichst selbstständige Schule ohne bürokratische Gängelung ist. Im

1113 Rahmen einer stärkeren Eigenverantwortung und mehr Selbstständigkeit sollen die Schulen
1114 über ein eigenes auskömmliches Budget verfügen, über das sie frei entscheiden können. In
1115 die Berechnung und Zuteilung des Budgets müssen die besondere Profilbildung und
1116 Leistungsstärke der Schule sowie ein Sozialindex einfließen. In dieser Schule herrscht ein
1117 Klima des gegenseitigen Respekts, der Toleranz und der Wertschätzung. Die Pädagogik ist
1118 darauf ausgerichtet, individuelle Begabungen von Schülerinnen und Schülern zu erkennen
1119 und gleichermaßen zu fördern und zu fordern. In dieser Schule sollen Projekte und
1120 fächerübergreifender Unterricht den traditionellen Fachunterricht ergänzen.
1121 Gesundheitserziehung mit den Aspekten Ernährung und Bewegung sind dabei ebenso
1122 wichtig wie Medienerziehung, Internetnutzung, Umgang mit sozialen Medien und
1123 Datenschutz.

1124 Neben einem möglichst breiten Schulsportangebot wollen wir verbindliche
1125 Qualitätsstandards für eine gesunde Schulverpflegung mit einem angemessenen Anteil an
1126 Biokost festlegen. Die Kürzung des Schulobstprogramms werden wir zurücknehmen und in
1127 Höhe des ursprünglichen Umfangs wieder aufstocken.

1128 Auch die Sprachförderung aller Schülerinnen und Schüler ist uns wichtig.
1129 Sprachförderkonzepte an Schulen sind zu entwickeln und umsetzen, um die mehrsprachigen
1130 Kenntnisse von Schülerinnen und Pädagoginnen für Sprachbildung nutzbar zu machen.
1131 Derzeit bleiben mehrsprachige Kenntnisse noch oft ungenutzt, da eine Koordinierung von
1132 Inhalten und Ressourcen fehlen. Die Entwicklung derartiger Konzepte schafft Wertschätzung
1133 für bestehende Mehrsprachigkeit der Kinder und Pädagoginnen. Die Umsetzung der
1134 Konzepte soll mehr und besseres Sprachenlernen der Schülerinnen ermöglichen.
1135

1136 Auf Basis der Mehrsprachigkeitsforschung werden bestehende "Sprachfördermaßnahmen"
1137 evaluiert und Kriterien für wirkungsvolle Sprachbildung in Bildungseinrichtungen erarbeitet.
1138 Derzeit noch bestehende Forschungslücken (z.B. Lernzuwachs je nach Alter, Kenntnissen
1139 im Erst- oder Zweitspracherwerb) werden durch entsprechende Forschungsvorhaben
1140 geschlossen. Maßnahmen zur Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse in den
1141 Bildungseinrichtungen müssen wissenschaftlich fundiert werden.
1142 Sprachbildung meint alle Maßnahmen an Bildungseinrichtungen, die Lernende zum Lernen
1143 der deutschen Sprache befähigen.

1144 **Bildung für nachhaltige Entwicklung**

1145 Wir wollen, dass in allen Schulen und Kindertagesstätten eine altersangemessene
1146 Pädagogik der Nachhaltigkeit praktiziert wird. Kinder und Jugendliche sollen lernen
1147 eigenverantwortliche Entscheidungen zu treffen und ihr Handeln danach zu beurteilen,
1148 inwiefern dadurch auch nachfolgende Generationen und globale Probleme betroffen sind.
1149 Auf der Grundlage der Ziele der Vereinten Nationen zur Bildung für eine nachhaltige

1150 Entwicklung wollen wir uns an der Umsetzung eines nationalen Aktionsplans des
1151 Bundesministeriums für Bildung und Forschung beteiligen.

1152 Nachhaltige Bildung ist eng mit politischer Bildung verknüpft. Politische Bildung in der Schule
1153 findet einerseits im Fach Sozialkunde statt, andererseits aber auch in Fächern wie Erdkunde,
1154 Geschichte und Wirtschaft, mitunter auch fächerübergreifend in Projekten. Wir wollen eine
1155 Stärkung der politischen Bildung erreichen im Sinne einer Erziehung zum mündigen
1156 Staatsbürger mit systematischen Kenntnissen über unser demokratisches System und
1157 Kompetenzen für verantwortungsvolles politisches Handeln. Die politische Bildung junger
1158 Menschen ist eine wesentliche Präventionsmaßnahme zur Abwehr demokratiefeindlicher,
1159 extremistischer, gewaltbereiter, insbesondere religiös geprägter Ideologien. Politische
1160 Bildung ist bedeutsam zur Stärkung der Demokratieerziehung in der Schule, der sich alle
1161 Fächer verpflichtet fühlen müssen. Wir wollen die politische Bildung ausbauen. Eine wichtige
1162 Unterstützung hierbei leistet die Landeszentrale für politische Bildung.

1163 **Digitale Bildung**

1164 Im Zeitalter der Digitalisierung ist es wichtig, dass alle Schulen eine gute Ausstattung mit
1165 modernen funktionsfähigen Medien haben und diese auch im Unterricht eingesetzt werden.
1166 Alle Schulen, insbesondere die beruflichen Schulen, müssen auf die Veränderungen in der
1167 Berufs- und Arbeitswelt durch die Digitalisierung reagieren. Der Einsatz von Computern und
1168 Tablets im Unterricht, die Nutzung von Lernplattformen und Open Educational Resources
1169 bieten große Chancen die Lernmotivation steigern, den Unterricht abwechslungsreicher und
1170 fächerübergreifender zu gestalten und individuelle Lernprozesse zu fördern. Zur Förderung
1171 der digitalen Bildung wollen wir an zahlreichen Schulen eine besondere Ausstattung
1172 vornehmen (z. B. Tablet - Klassen) und Pilotprojekte durchführen, die geeignet sind, später
1173 auf weitere Schulen übertragen zu werden. Die angekündigten bzw. bereits eingerichteten
1174 Projekte dazu unterstützen wir. Sie sollen weiter ausgebaut werden und mit entsprechenden
1175 Lehrerfortbildungsprogrammen begleitet werden. Dabei soll auch auf die Risiken und
1176 Nebenwirkungen der zunehmenden Digitalisierung verwiesen werden.

1177 Digitales Lernen kann auch nicht die Beziehungsarbeit in der Schule ersetzen. Es kann aber
1178 dazu beitragen, dass jeder die Möglichkeit hat, sein Wissen zu erweitern und individuell
1179 seine Talente zu entfalten.

1180 **Gute Schulen – Gute Personalausstattung**

1181 Alle Schulen benötigen eine gute Personalausstattung mit qualifizierten Lehrkräften, um die
1182 gestiegenen Anforderungen und Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen. Deshalb
1183 lehnen wir Stelleneinsparungen im Lehrerbereich ab wie sie die Landesregierung aufgrund
1184 der demografischen Entwicklung beschlossen und anfangs auch umgesetzt hat. Erst durch
1185 die Flüchtlingssituation hat sich dieser Kurs geändert, und es ist zu einer Aufstockung der

1186 Lehrerplanstellen gekommen. Dennoch sollen durch die derzeitige Landesregierung auch
1187 weitere Stelleneinsparungen vorgenommen werden, nur der Zeitraum ist von 2020 bis auf
1188 2022 verlängert worden. Wir wollen auch darüber hinaus keinen Personalabbau im
1189 Lehrerbereich, denn Qualitätsverbesserungen, Flüchtlingsintegration und Inklusion bleiben
1190 eine Daueraufgabe in der Schule.

1191 Der künftige Lehrkräftebedarf hat sich an einem mittel- und langfristigen
1192 Personalentwicklungskonzept zu orientieren. Bei vorausberechenbaren Engpässen an
1193 Fachlehrkräften im Hinblick auf eine gute Unterrichtsversorgung muss eine Überprüfung der
1194 Ausbildungskapazitäten an der Universität und an den Studienseminaren erfolgen. Zur
1195 dauerhaften Sicherstellung des Nachwuchses an Grundschullehrkräften wollen wir die
1196 Kürzung der Zahl der Studienplätze für das Lehramt der Primarstufe wieder zurücknehmen
1197 und wie bisher 60 statt 30 Studienplätze pro Semester zur Verfügung stellen.

1198 Um Wettbewerbsnachteile des Saarlandes gegenüber anderen Bundesländern bei der
1199 Einstellung von neuen Lehrkräften zu vermeiden und bestehende Ungerechtigkeiten
1200 auszugleichen wollen wir die Absenkung der Eingangsbesoldung wieder abschaffen.

1201 Außerdem es dringend erforderlich, im Bereich der Lehrgesundheit ein Programm zur
1202 Verbesserung der Situation einzuleiten. Angesichts einer Zunahme der physischen und
1203 psychischen Belastung der Lehrkräfte, zum Teil verbunden mit einem Anstieg der
1204 Frühpensionierungen, benötigen wir ein qualifiziertes und verlässliches
1205 Gesundheitsmanagement, bestehend aus professioneller Beratung und Maßnahmen zur
1206 Prävention, Arbeitsentlastung und Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess.

1207 **Ausbau der Weiterbildung**

1208 Lernen ist eine lebenslange Aufgabe. Deshalb ist es unverzichtbar, dass die schulische und
1209 berufliche Erstausbildung im Erwachsenenalter fortgesetzt wird. Alle Menschen müssen
1210 Zugang zu Weiterbildungseinrichtungen haben. Weiterbildung entscheidet über die
1211 Sicherheit des Arbeitsplatzes, über Einkommenserhalt und -verbesserung sowie über
1212 berufliche sowie persönliche Entwicklungsmöglichkeiten. Wir wollen eine vielfältige
1213 Weiterbildungslandschaft mit unterschiedlichen Anbietern. Dazu gehören die
1214 Volkshochschulen, die berufsbildenden Schulen, die Hochschulen, die freien Träger und die
1215 Bibliotheken. Wir setzen uns für den Ausbau der Weiterbildung ein. Dazu müssen die
1216 Möglichkeiten der Teilnahme und dein Ausbau der Angebote verbessert werden. Wir wollen,
1217 dass alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für anerkannte Weiterbildungsmaßnahmen
1218 für die Dauer einer Arbeitswoche jährlich freigestellt werden können. Wir wollen auch die
1219 Weiterbildungsangebote für Menschen in Erziehungszeiten, Arbeitslose und für
1220 Sozialhilfeempfänger verbreitern. Gerade Menschen, die durch Arbeitslosigkeit oder
1221 fehlenden Arbeitsplatz zeitweise von betrieblicher Weiterbildung ausgeschlossen sind,

1222 benötigen qualifizierte Weiterbildungsangebote für eine erfolgreiche Wiedereingliederung in
1223 den Arbeitsmarkt.

1224 **Hochschul- und Wissenschaftsstandort Saarland**

1225 Bildung und Forschung sind Grundvoraussetzungen zur Bewältigung der sozialen,
1226 kulturellen, ökologischen und ökonomischen Zukunftsfragen. Hochschulen sind zentrale Orte
1227 des Denkens, des Lernens, des Lehrens, des Forschens und der Erneuerung. Der
1228 Hochschul- und Wissenschaftsstandort Saarland steht heute in einem zunehmend härteren
1229 internationalen Wettbewerb um Studierende und Dozenten, um Forschungsaufträge und
1230 Fördermittel. Unsere Hochschulen mit ihren unterschiedlichen Profilen haben bewiesen,
1231 dass sie im Wettbewerb mit anderen Hochschulen bestehen können und sogar Spitzenplätze
1232 einnehmen können. Dies gilt insbesondere für die Informatik, die Nanotechnologie,
1233 Biowissenschaften, Medizin und den Europaschwerpunkt.

1234 **Exzellenz und Hochschulautonomie**

1235 Wir wollen, dass Exzellenz in der Spitze von Forschung und Lehre ebenso möglich
1236 ist wie eine qualitätsvolle Lehre in der Breite. Dazu benötigen die Hochschulen ein
1237 hohes Maß an Autonomie, um ihre strategische Ausrichtung unter demokratischer
1238 Einbeziehung aller Hochschulgremien verantwortungsvoll zu gestalten.

1239 Im Außenverhältnis wollen wir eine sinnvolle Steuerung durch die Landesregierung,
1240 die ihre Steuerungsfunktion mit der größtmöglichen Gestaltungsfreiheit der
1241 Hochschulen zu verbinden hat. Im Innenverhältnis wollen wir die Strukturen so
1242 verändern, dass transparente demokratische Entscheidungsprozesse unter
1243 Beteiligung aller Hochschulmitglieder möglich sind.

1244 Zur Autonomie der Hochschulen gehören für uns Globalhaushalte mit Mehrjährigkeit und
1245 Deckungsfähigkeit, die mit Berichtspflichten und klaren Rahmenbedingungen einhergehen.
1246 Öffentliche Finanzierung und privat- finanzierte Drittmittelforschung sind für uns an klare
1247 Transparenzbedingungen gebunden. Um die inhaltliche und strategische Ausrichtung der
1248 Hochschulen, insbesondere der Universität im Rahmen der Autonomie auch stärker ins
1249 öffentliche Bewusstsein zu rücken und mit den Ansprüchen und Anforderungen der
1250 Landespolitik zu verzahnen, ist dem Landtag im Zweijahresrhythmus ein Bericht
1251 vorzulegen. Die Aufsichts- und Beratungsfunktionen von Senat und Universitäts- bzw.
1252 Hochschulrat wollen wir in Bezug zur Wahl des Universitätspräsidenten neu regeln, um
1253 zukünftig gegenseitige Blockaden zu vermeiden. Im Rahmen einer gemeinsamen
1254 Abstimmung von Rat und Senat soll auf der Ebene der Stimmenverteilung dem Senat ein
1255 größeres Gewicht beigemessen werden.

1256 **Statt Sparkurs – Bessere Finanzierung**

1257 Um handlungsfähig zu sein, benötigen unsere Hochschulen eine auskömmliche verlässliche
1258 Finanzierung.

1259 Wir stellen uns entschieden gegen den Sparkurs der Landesregierung im Hochschulbereich,
1260 der dazu geführt hat, dass an der Universität des Saarlandes ein Rückgang der
1261 Studierenden zu verzeichnen ist. Erkennbar ist dies auch an den Abwanderungen von
1262 Studierenden nach dem Bachelorstudium an Universitäten außerhalb des Saarlandes zur
1263 Aufnahme des Masterstudiums.

1264 Mit dem eingeschlagenen Sparkurs ist die Landesregierung dabei, die Hochschullandschaft
1265 im Saarland herunterzuwirtschaften. Die zusätzlichen Mittel, die die Hochschulen noch unter
1266 Grüner-Mitregierung erhielten, wurden gestrichen. Das bedeutet einen Verlust von zehn
1267 Millionen Euro für die Saar-Uni und 1,8 Millionen Euro für die HTW. Um handlungsfähig zu
1268 sein, benötigen unsere Hochschulen eine auskömmliche, verlässliche Finanzierung.

1269 Wir wollen den Sparkurs der Großen Koalition beenden. Um die Leistungsfähigkeit der
1270 Hochschulen dauerhaft sicherzustellen und auch ein gutes Studienangebot
1271 aufrechtzuerhalten, wollen wir die Grundfinanzierung stärken. Außerdem muss das Land die
1272 Tarif- und Energiekostensteigerungen übernehmen.

1273 Die Landesregierung riskiert mit diesem Sparkurs einen nachhaltigen Imageverlust für den
1274 Hochschulstandort Saarland. Wir brauchen ein attraktives Studienangebot, um junge
1275 Menschen ins Saarland zu holen und auch hier zu halten. Dies wirkt ebenso einer negativen
1276 demografischen Entwicklung im Saarland entgegen.

1277 Nachgewiesenermaßen rechnen sich die Investitionen in unsere Hochschulen auch
1278 volkswirtschaftlich. Wissenschaftliche Berechnungen haben ergeben, dass jeder in die
1279 Hochschulen investierte Euro sich volkswirtschaftlich in Höhe des 1,6- bis 1,8-fachen
1280 auszahlt. Unsere Hochschulen stellen ebenso einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor dar mit
1281 positiven ökonomischen Effekten im Bereich der Nachfrage nach Gütern und
1282 Dienstleistungen sowie dem studentischen Konsum.

1283 Wir wollen die akademische Grundversorgung einer Landeskinderuniversität – die Hälfte der
1284 Studierenden kommt aus dem Saarland - erhalten, um nicht zuletzt auch vielen jungen
1285 Menschen aus dem Saarland den sozialen Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen. Durch die
1286 Abschaffung der Studiengebühren, die wir in unserer Regierungszeit durchgesetzt haben, ist
1287 ein wesentliches Ziel für mehr Bildungsgerechtigkeit erreicht worden.

1288 **Studienbedingungen verbessern**

1289 Wir wollen die Qualität der Lehre steigern und setzen uns ein für attraktive
1290 Studienbedingungen. Dazu gehören studienbegleitende Tutorien, ein nutzerfreundliches
1291 Bibliotheksangebot, moderne Technikausstattung und Räume sowie ein gutes

1292 Betreuungsverhältnis zwischen Hochschullehrenden und Studierenden. Auch die Attraktivität
1293 des Arbeitsplatzes Hochschule muss gesteigert werden. Dies gilt für alle Arbeitsplätze in
1294 Lehre, Forschung und Verwaltung. Die Arbeitsbedingungen sind zu verbessern und den
1295 Beschäftigten muss über die zahlreichen befristeten Verträgen hinaus eine Perspektive
1296 gegeben werden. Insgesamt wollen wir den Anteil der befristeten Verträge verringern. Da
1297 Frauen in den Führungsgremien der Hochschulen immer noch unterrepräsentiert sind, ist
1298 insbesondere auf die familienfreundliche Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse zu achten.
1299 Zielvorstellung für uns bleibt die Geschlechterparität in Forschung, Lehre und Verwaltung.

1300 **Öffnung der Hochschulen – Chancen der Digitalisierung nutzen**

1301 Unsere Hochschulen müssen sich auch zunehmend öffnen für Menschen mit
1302 unterschiedlichen Zugangsvoraussetzungen und Biografien. Dazu können differenzierte
1303 Lehr- und Lernangebote vom klassischen Präsenzstudium bis hin zum Distance - Learning
1304 einen Beitrag leisten. Im Rahmen einer zunehmenden Digitalisierung im Bildungsbereich
1305 sollen verstärkt Möglichkeiten der Online- Vorlesungen mit entsprechenden
1306 Interaktionsmöglichkeiten, beispielsweise durch Chats, Foren und Testfragen eingerichtet
1307 werden. Digitale- und Präsenzlehre können miteinander kombiniert werden, so können auch
1308 Präsenzveranstaltungen durch Onlinekurse ergänzt werden. Hier liegen Chancen für die
1309 Hochschulen, Kosten einzusparen aber auch Einnahmen zu erzielen. Außerdem können
1310 durch Onlineangebote mehr Möglichkeiten geschaffen werden, berufsbegleitendes Lernen
1311 oder Weiterbildungen zu organisieren und den Zugang zur Hochschulbildung einem breiten
1312 Interessentenkreis zu öffnen.

1313 **Innovationsstrategie für Strukturwandel - Internationalisierung**

1314 Wir wollen wissenschaftliche und technische Innovationen unserer Hochschulen nicht als
1315 Selbstzweck, sondern in eine Strategie integrieren, die einen positiven Einfluss auf das
1316 Saarland, seine Gesellschaft, seine Wirtschaft und seine Umwelt hat. Wir brauchen eine
1317 Innovationsstrategie zur Beschleunigung des Strukturwandels mit einer Priorisierung
1318 zentraler auch grüner Zukunftsthemen. Dazu gehört die ressourcenschonende Produktion
1319 unserer Wirtschaft und Industrie ebenso wie der Ausbau und die Nutzung der erneuerbaren
1320 Energien und der Querschnittsbereich der Nachhaltigkeit. Die durch exzellente Forschung an
1321 der Universität entstandenen renommierten Forschungsinstitute müssen stärker in eine
1322 mittel- und langfristige Profilierungsstrategie des Landes eingebunden werden.

1323 Wir werden den Hochschulentwicklungsplan der Landesregierung, der im Grunde eine
1324 Dokumentation der Sparkonzeption unserer Hochschulen bis 2020 darstellt, überarbeiten.
1325 Auf der Basis einer besseren finanziellen Grundausstattung wollen wir den Wissenschafts-
1326 und Forschungsstandort Saarland über das Jahr 2020 hinaus zukunftsfest, wettbewerbsfähig
1327 und nachhaltig zum Motor des Strukturwandels im Saarland machen.

1328 Die Internationalisierung unserer Hochschulen ist integrativer Bestandteil der
1329 interdisziplinären Campus – Idee. Partnerschaften und Kooperationen mit Hochschulen der
1330 Großregion und internationalen Hochschulen müssen ebenso selbstverständlich sein wie der
1331 Austausch von Studierenden und Lehrenden.

1332 Neue, innovative Studiengänge sind durch eine stärkere Bündelung und Kombination von
1333 Fachwissen über die Landesgrenzen hinaus kostenneutraler für die Gesamtregion
1334 anzustoßen. Das gleichzeitige Studieren an mehreren Hochschulen der Region soll
1335 ermöglicht werden.

1336 **Beendigung des Sanierungsstaus an Hochschulgebäuden**

1337 Qualitativ hochwertige Forschung und Lehre können nicht in maroden
1338 Hochschulgebäuden praktiziert werden. Wenn unsere Hochschulen ein modernes
1339 Aushängeschild und ein Standortfaktor für die Wissenschaft und die Wirtschaft
1340 unseres Landes sein sollen, dann muss der Sanierungsstau, der mittlerweile bis zu
1341 400 Millionen Euro beträgt, dringend beseitigt werden. Aufgrund der Tatsache, dass
1342 seitens der Landesregierung lediglich 45 Prozent der Budgets zur
1343 Hochschulsanierung abgerufen worden sind, ist es dringend erforderlich, die
1344 Bauherrenfunktion vom Land auf die Hochschulen zu übertragen, damit anstehende
1345 Baumaßnahmen schneller abgewickelt und zügig umgesetzt werden können.

1346 Das große Versagen der Landesregierung ist besonders am seit drei Jahren nicht
1347 bezugsfertigen HTW Hochhaus zu erkennen. Beim Streit um die Auslastung und
1348 Konzeption des Gebäudes, insbesondere um Brandschutzfragen, wird deutlich, dass
1349 die Landesregierung mehr als 10 Millionen Euro verloren hat und die Studierenden
1350 unterm Strich in ausgelagerten Standorten stets die Leidtragenden sind. Das in
1351 öffentlich privater Partnerschaft (ÖPP) durchgeführte Bauprojekt ist hinsichtlich der
1352 Kostenentwicklung, der Steuerung und der effizienten Verbesserung der
1353 Studienbedingungen gescheitert. Wir wollen vergleichbare Bauprojekte in Zukunft
1354 unter staatliche Kontrolle stellen und durch entsprechende Bundes- und Landesmittel
1355 selbst finanzieren.

1356 **Botanischen Garten nicht aufgeben**

1357 Nach der Schließung des **Botanischen Gartens** durch die Landesregierung setzen wir uns
1358 ein für die Wiedereröffnung als Bildungs- und Kulturort. Dies heißt zunächst, die bisher
1359 bestehende Infrastruktur zu bewahren und das Kernpersonal des Botanischen Gartens an
1360 der Universität zu halten. Wir sind offen für neue Finanzierungskonzepte und
1361 Standortkooperationen, wie zum Beispiel mit dem Saarbrücker Zoo oder dem Deutsch-
1362 Französischen Garten. Das Saarland darf nicht das einzige Bundesland ohne Botanischen
1363 Garten bleiben.

1364 **5. Sozialer Wandel– Demografische Entwicklung gestalten**

1365 **Gute Arbeit - soziale Gerechtigkeit**

1366 Menschen müssen unabhängig vom Alter, Herkunft, Geschlecht oder Behinderung darauf
1367 vertrauen dürfen, dass sie solidarische Hilfe erhalten. Eckfeiler grüner Sozialpolitik sind
1368 Nachhaltigkeit, Chancengerechtigkeit, Teilhabegerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit und
1369 Generationengerechtigkeit.

1370 Im Saarland sind überdurchschnittlich viele Menschen von Armut betroffen. Während
1371 bundesweit rund 15,4 Prozent aller Bürgerinnen und Bürger arm sind, liegt die Quote laut
1372 Bericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (2016) hierzulande bei 17,5 Prozent. Dabei
1373 ist das Armutsrisiko in den letzten Jahren noch um 1,7 Prozent angestiegen.

1374 Laut Armuts- und Reichtumsbericht für das Saarland sind besonders Kinder und Jugendliche
1375 sowie Erwerbslose von Armut betroffen. Danach liegt die Armutsrisikoquote bei den unter 18-
1376 Jährigen bei 20 Prozent. Am häufigsten von Armut betroffen sind die Kinder von
1377 Alleinerziehenden und Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund. Wesentliche Gründe
1378 dafür, dass junge Menschen relativ häufig von Sozialhilfe leben müssen, sind
1379 Arbeitslosigkeit, geringes Einkommen, ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse und
1380 Trennung der Eltern. Diese Kinder und Jugendliche sind daher auf die
1381 Bewältigungsstrategien und Entwicklungen der Einkommenslage ihrer Eltern angewiesen.
1382 Vor diesem Hintergrund müssen Maßnahmen gegen Kinderarmut auf der politischen Agenda
1383 höchste Priorität haben.

1384 **Teufelskreis der Armut durchbrechen**

1385 Wir wollen verhindern, dass Armut sich weiter vererbt und den Teufelskreis der Armut
1386 durchbrechen. Jedes Kind braucht faire und gerechte Chancen. Entscheidend dafür ist eine
1387 möglichst frühe und gute Bildung und Förderung. Kinder, die schon in der Krippe oder im
1388 Kindergarten eine gute Bildung und Förderung erhalten, haben es später leichter und
1389 größere Chancen auf beruflichen Erfolg. Deshalb wollen wir die Angebote frühkindlicher
1390 Betreuung und Erziehung weiter massiv ausbauen und mit einem qualitativ hochwertigen
1391 Bildungsangebot verknüpfen.

1392 Arme Kinder leben oft in beengten Wohnverhältnissen und vernachlässigten Stadtteilen. In
1393 Armut lebende Kinder haben generell ein höheres Risiko, krank zu werden und liegen häufig
1394 in ihrer körperlichen und physischen Entwicklung zurück. Armut erlaubt es den Kindern also
1395 nicht, ihre Potentiale und Ressourcen angemessen zu entwickeln. So steigt die Gefahr, dass
1396 sich Entwicklungsdefizite herausbilden, die später nur schwer oder gar nicht beseitigt werden
1397 können. Daher gilt: Je früher mit passenden Bildungsangeboten begonnen wird, desto
1398 besser.

1399 **Flächendeckende individuelle Förderung**

1400 Gerade für Kinder mit Migrationshintergrund und aus bildungsfernen Familien müssen
1401 Förderprogramme, insbesondere zur Sprachförderung, so früh wie möglich flächendeckend
1402 durchgeführt werden. Alle Kinder sollen unabhängig vom Einkommen der Eltern individuell
1403 und besser gefördert werden. Dabei streben wir mittelfristig Gebührenfreiheit an. Die Bildung
1404 unsrer Kinder, insbesondere die frühkindliche Bildung in der Kindertagesstätte darf nicht vom
1405 Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Bereits jetzt müssen Gebühren durch soziale Staffelung
1406 so ausgestaltet sein, dass sich Eltern nicht aus finanziellen Gründen gegen die Betreuungs-
1407 und Bildungsangebote für ihre Kinder entscheiden.

1408 Im schulischen Bereich muss in erster Linie das Angebot an gebundenen Ganztagschulen
1409 ausgeweitet werden. Im Gegensatz zu den freiwilligen Ganztagschulen sind die
1410 gebundenen Ganztagschulen für die Eltern gebührenfrei. Sie leisten somit ebenso einen
1411 Beitrag für mehr soziale Gerechtigkeit im Land aber auch zur besseren Vereinbarkeit von
1412 Familie und Beruf. Durch eine Ausweitung des Angebots können beispielsweise auch mehr
1413 Alleinerziehende einer Berufstätigkeit nachgehen und aus der Armutsfalle herauskommen.

1414 Der beste Schutz vor Armut ist gute Erwerbsarbeit für einen guten Lohn. Sie ist der
1415 Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe und Anerkennung. Wir setzen uns ein für den Erhalt
1416 und die Schaffung guter Arbeitsplätze, die ein existenzsicherndes Einkommen
1417 gewährleisten. Wir kritisieren eine Zunahme des Missbrauchs der Leiharbeit und des
1418 Niedriglohnssektors, Scheinselbstständigkeiten und dauerhaft befristete
1419 Beschäftigungsverhältnisse, die zu Lohndumping führen.

1420 **Perspektiven für Langzeitarbeitslose**

1421 Während für temporär Erwerbslose der Weg in den ersten Arbeitsmarkt oberste Priorität hat,
1422 muss es für die Problemgruppe der Langzeitarbeitslosen besondere Förderwege geben. Im
1423 Saarland sind rund 40 Prozent der Menschen ohne Beschäftigung bereits seit einem Jahr
1424 oder länger auf Jobsuche. Leben sie von der sozialen Stütze, erhöht dies die Gefahr, dass
1425 sie in Armut abdriften. Laut dem Armuts- und Reichtumsbericht liegt die Armutsrisikoquote
1426 bei Erwerbslosen bei 58,6 Prozent (2014). Wir setzen uns ein für einen öffentlich geförderten
1427 Arbeitsmarkt nach dem Passiv - Aktiv – Modell. Damit wird ermöglicht, dass
1428 Langzeitarbeitslose in soziale Projekte auf Landes- und Kommunalebene eingebunden und
1429 sozialversicherungspflichtig beschäftigt werden.

1430 **Teilhabe für alle - Inklusion vorantreiben - Barrieren abschaffen**

1431 Wir brauchen einen neuen sozialpolitischen Aufbruch, bei dem Hartz IV, durch eine
1432 bedarfsorientierte Grundsicherung abgelöst wird. Diese besteht aus zwei gleichberechtigten
1433 und sich ergänzenden Komponenten: der Existenzsicherung und der Teilhabegarantie an
1434 öffentlichen Leistungen.

1435 So setzen wir uns dafür ein, dass durch eine angemessene Finanzausstattung der
1436 Kommunen, diese in die Lage versetzt werden, durch die Sozialkarte den Zugang zu
1437 öffentlichen Gütern möglichst kostenfrei zu gewährleisten. Kindergarten- und Schulesen,
1438 öffentlicher Personennahverkehr, der Zugang zu Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie zu
1439 Sportangeboten und Angeboten in Vereinen sollen kostenfrei bzw. ermäßigt ermöglicht
1440 werden.

1441 Wir verstehen diese Grundsicherung als einen Rechtsanspruch für Bedürftige und nicht als
1442 Almosen. Niemand soll aus Scham oder Angst in Armut leben müssen.

1443 Perspektivisch wollen wir für Kinder eine bedingungslose Grundsicherung, die jedem Kind
1444 unabhängig von seinem sozialen Umfeld, das sozioökonomische Grundeinkommen
1445 garantiert. Durch die Kindergrundsicherung wird die Ehe- und Familienförderung
1446 zusammengefasst und auf die Kinder konzentriert.

1447 Wir wollen, dass alle Menschen am gesellschaftlichen Leben umfassend und
1448 uneingeschränkt teilnehmen können. Von diesem Anspruch sind selbstverständlich
1449 Menschen mit Behinderung eingeschlossen. Jede Ausgrenzung schadet der Gesellschaft
1450 insgesamt und ist ein Gerechtigkeitsdefizit. Auch von Deutschland wurde die UN-Konvention
1451 über die Rechte von Menschen mit Behinderung ratifiziert. Danach haben behinderte
1452 Menschen ein Recht darauf, von Anfang an gemeinsam mit nicht behinderten Menschen zu
1453 leben, zu lernen, zu arbeiten und zu wohnen. Deshalb wollen wir alle Rechtsregelungen
1454 dahingehend überprüfen und überarbeiten, dass sie nicht nur dem Geist der UN
1455 Behindertenrechtskonvention entsprechen, sondern auch in der Praxis im Rahmen eines
1456 Aktionsplanes umgesetzt werden können. Alle Maßnahmen sind regelmäßig zu evaluieren
1457 und gemeinsam mit Behindertenverbänden und Interessengruppen weiterzuentwickeln.
1458 Insbesondere sind erfolgreiche Modellprojekte zur Inklusion in KITAs und Schulen zu
1459 verstetigen. Um Inklusion insgesamt auf dem Arbeitsmarkt voranzutreiben, ist ein Ausbau
1460 von Integrationsbetrieben unerlässlich.

1461 Barrierefreiheit muss universell definiert und als Gestaltungsmaxime für das gesamte
1462 öffentliche Leben beachtet werden.

1463 **Gegen Ausgrenzung: Selbstbestimmte Teilhabe für Menschen mit Behinderung im**
1464 **Saarland**

1465 Menschen mit Behinderung haben aus Sicht der saarländischen Grünen das Recht auf
1466 gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe in allen Bereichen des gesellschaftlichen
1467 Lebens. Jede Ausgrenzung schadet der Gesellschaft im Saarland insgesamt und ist ein
1468 Gerechtigkeitsdefizit das wir nicht akzeptieren. Der Anspruch auf umfassende Inklusion
1469 entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention muss zeitnah umgesetzt werden.
1470 Barrierefreie Gemeinwesen, Strukturen und Angebote sind hierfür ebenso notwendig wie

1471 bedarfsgerechte Unterstützungsleistungen. Das Gleichstellungsgesetz für Menschen mit
1472 Behinderung wollen wir so fortentwickeln, dass es den Anforderungen an echte
1473 gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe Rechnung trägt.

1474 **Hilfen am individuellen Bedarf ausrichten**

1475 Die Verwendung der Gebärdensprache und anderer Kommunikationshilfen wie barrierefreie
1476 Internetseiten oder ausreichende Medienangebote sind selbstverständliche Voraussetzung
1477 für Teilhabe und müssen deshalb weiter gefördert und ausgebaut werden. Alle Hilfen für
1478 Menschen mit Behinderung wollen wir am individuellen Bedarf ausrichten. Sie sollen so
1479 lange wie möglich in ihren gewohnten Umgebungen bleiben können. Für uns gilt die
1480 Zielvorgabe „ambulant vor stationär“ auch für Menschen mit hohem Hilfebedarf oder für älter
1481 werdende Menschen mit Behinderung. Eine enge Zusammenarbeit zwischen den
1482 Kommunen, örtlichen Angebotsträgern, Experten, Vereinen und den Verbänden ist für dieses
1483 Ziel Voraussetzung.

1484 **Tatsächliche Wahlfreiheit ermöglichen**

1485 Wir müssen Barrieren auf dem Arbeitsmarkt absenken und durch Alternativen zur
1486 Beschäftigung in Werkstätten tatsächliche Wahlfreiheit für Menschen mit Behinderung
1487 ermöglichen. Wir wollen gemeinsam mit den Kommunen dafür sorgen, dass Menschen mit
1488 Behinderungen ihre Rechtsansprüche auf Teilhabe möglichst wohnortnah realisieren
1489 können. Die Angebote der Frühförderung werden wir ausweiten und verbessern. Die
1490 Inklusion von Kindern mit Behinderung in Kindertagesstätten, Schulen sowie
1491 außerschulischen Betreuungseinrichtungen wollen wir schrittweise angehen und nachhaltig
1492 umsetzen.

1493 **Barrieren beseitigen**

1494 Durch die Beseitigung von räumlichen und kommunikativen Barrieren sowie die
1495 Bereitstellung von Seh- und Hörhilfen und ggf. weiterer Assistenz wollen wir die Teilhabe von
1496 Menschen mit Behinderungen auch am kulturellen Leben deutlich steigern.

1497 **Aktionsplan novellieren**

1498 Wie dies in der Praxis gelingen kann, ist im Rahmen des Aktionsplans zur Umsetzung der
1499 UN-Behindertenrechtskonvention im Saarland fortzuschreiben. Den vorliegende Plan von
1500 2012 wollen wir kritisch überarbeiten und aktualisieren. Die vorhandenen und zu
1501 ergänzenden Maßnahmen dieses Planes sind im Sinne der behinderten Menschen fachlich
1502 zu evaluieren und mit konkreteren Ziel- und Zeitvorgaben zu versehen. Dokumente liegen
1503 noch nicht vor

1504 **Grün für starke Regionen – Freiräume gestalten - Potentiale nutzen.**

1505 Das Saarland ist vom demografischen Wandel stärker betroffen als andere Bundesländer.
1506 Dies gilt insbesondere für den ländlichen Raum. Die Schrumpfung ganzer Regionen ist die
1507 Folge eines ökonomischen Wandlungsprozesses. Der Strukturwandel wird verstärkt durch
1508 die Abwanderung junger Menschen, die es aufgrund von Bildungs- oder Karrierechancen in
1509 die Städte zieht.

1510 Im Schnitt verloren bzw. verlieren die saarländischen Landkreise, laut Zahlen des
1511 Bundesinstitutes für Bau, Stadt- und Raumforschung (BBSR), zwischen 2010 und 2030 über
1512 9 Prozent ihrer Bevölkerung. Bei den Erwerbstätigen ist der Rückgang der saarländischen
1513 Landkreise noch höher. Vor allem die eher ländlich strukturierten Landkreise außerhalb der
1514 Saarschiene wie Neunkirchen, St. Wendel und der Saarpfalzkreis werden
1515 überdurchschnittlich Einwohner und Erwerbstätige verlieren.

1516 Bis zum Jahr 2030 wird die Einwohnerzahl des Saarlandes nach diesen Prognosen von
1517 zurzeit knapp einer Million auf rund 890.000 sinken. Bis 2060 ist ein Rückgang der
1518 Bevölkerung im Vergleich zu heute um rund ein Drittel auf unter 700.000 Personen möglich.
1519 Aber nicht allein die Einwohnerzahl wird sich verschieben. Durch den Geburtenrückgang auf
1520 der einen Seite aber steigende Lebenserwartung andererseits kommt es auch zu einer
1521 Veränderung der Altersstruktur in der Bevölkerung. Der Anteil der Senioren wird deutlich
1522 steigen, was Auswirkungen auf die infrastrukturelle, soziale und ökonomische Entwicklung
1523 des Saarlandes hat.

1524 Wir wollen die besonders betroffenen ländlichen Räume unseres Landes langfristig fördern.
1525 Wir wollen sie so weiterentwickeln, dass sie auch unter den Bedingungen des sozialen
1526 Strukturwandels gleichermaßen attraktiv für junge und ältere Menschen bleiben. Diese
1527 Regionen dürfen nicht gegenüber anderen benachteiligt und abgehängt werden. Dabei sind
1528 uns die Bereiche Infrastruktur, Mobilität, Siedlungs- und Wohnraumgestaltung sowie die
1529 ökonomische, ökologische und soziale Entwicklung im Gemeinwesen besonders wichtig.

1530 **Willkommen-zurück-Kultur! Grüne Impulse für ein junges Land**

1531 Um als Standort für gutes Leben und Arbeiten erfolgreich zu sein, müssen wir uns vor allem
1532 darum bemühen, junge Menschen, die das Land etwa zum Studium verlassen haben, wieder
1533 zur Rückkehr zu bewegen. Das kann gelingen, wenn wir für sie attraktive
1534 Rahmenbedingungen, wie hochwertige Arbeitsplätze, eine gute technische Infrastruktur, wie
1535 z.B. die Breitbandversorgung, aber auch soziale Versorgungseinrichtungen und moderne
1536 Bildungs- Betreuungs- und Freizeitangebote bereithalten.

1537 Deshalb brauchen wir eine Willkommen-zurück-Kultur für junge Fachkräfte und deren
1538 Familien. Die Kommunen müssen finanziell und konzeptionell in die Lage versetzt werden,
1539 attraktive Angebote für junge Menschen zu machen, die sie zum Bleiben, insbesondere aber

1540 auch zum Zurückkehren bewegen. Ein Schwerpunkt soll dabei auf die so genannten weichen
1541 Standortfaktoren, wie soziale und kulturelle Einrichtungen, Vereinsaktivitäten und
1542 Freizeitangebote gelegt werden.

1543 Uns geht es insgesamt um die Stärkung der Attraktivität des ländlichen Raumes zur
1544 Erhöhung der Lebensqualität durch eine gute soziale und technische Infrastruktur, die den
1545 Bedürfnissen aller Bewohner ob junge oder alte Rechnung trägt.

1546 **Bildung, Betreuung und Ausbildung**

1547 Wir wollen für alle Kinder ein qualitativ hochwertiges, wohnortnahes Bildungs- und
1548 Betreuungsangebot in Kita und Schule gewährleisten. Darüber hinaus brauchen Kinder und
1549 Jugendliche sinnvolle und attraktive Beschäftigungs- und Freizeitmöglichkeiten.

1550 Deshalb wollen wir auch kleinere Schulstandorte, und weiterführende Schulen im ländlichen
1551 Raum langfristig erhalten.

1552 Diese Schulen sollen als kulturelle Zentren und multifunktionale Stätten weiterentwickelt
1553 werden. Im Idealfall werden sie ein sozialer Austauschort für alle Generationen in der
1554 Kommune. Weiterführende Schulen können ebenso Ausbildungspartnerschaften mit
1555 mehreren Betrieben und lokalen Unternehmen abschließen und so an Attraktivität gewinnen.

1556 Um dauerhaft bedarfsgerechte Angebote für Kinder und Jugendliche sicherzustellen, ist ein
1557 besserer Austausch der Angebote und eine gute Vernetzung der Akteure auf kommunaler
1558 Ebene, im Landkreis, den Schulen und den Sport- und Kulturvereinen herzustellen.

1559 **Pflege und Unterstützungsangebote**

1560 Pflegebedürftige und ältere, mobilitätseingeschränkte Menschen haben in ländlichen
1561 Regionen oft nur unzureichend Zugang zu Pflege- und Unterstützungsangeboten. Bisher ist
1562 die Pflege dort meist darauf ausgerichtet, dass sie von Angehörigen übernommen wird.
1563 Durch Abwanderung, längere Erwerbstätigkeit, zunehmende Berufstätigkeit, insbesondere
1564 von Frauen, wird dies aber immer seltener möglich sein. Hinzu kommt aktuell ein Mangel an
1565 qualifizierten Pflegekräften, der in Zukunft noch deutlicher zu Tage treten wird.

1566 Wir wollen neue Wohnformen, wie Senioren- und Pflegewohngemeinschaften,
1567 Hausgemeinschaften oder Mehrgenerationenwohnen stärker fördern. Zudem setzen wir uns
1568 dafür ein, dass auch auf Landesebene ein qualifiziertes Beratungsangebot zu technischen
1569 und finanziellen Fördermöglichkeiten für barrierefreie Umbaumaßnahmen angeboten wird.
1570 Die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum muss durch eine engere Vernetzung der
1571 verschiedenen Gesundheitsakteure und ihrer jeweiligen Kompetenzen sichergestellt werden.
1572 Dazu gehört die Förderung flexiblerer Versorgungsformen wie etwa mobile Praxisteams oder
1573 Fahrdienste zu Arztbesuchen.

1574 **Nahversorgung mit Lebensmitteln und Dienstleistungen**

1575 Zur Attraktivität eines Lebensumfeldes gehören auch ortsnahe Einkaufs- und
1576 Versorgungsmöglichkeiten mit den Waren des täglichen Bedarfs. Die Konzentration von
1577 großen Einkaufsmärkten am Rande der Zentren hat nicht nur im ländlichen Raum, sondern
1578 auch in unseren Innenstädten schmerzliche Lücken in der Versorgungsstruktur hinterlassen.
1579 Einer solchen Entwicklung wollen wir aktiv entgegenwirken, indem wir den Wildwuchs von
1580 neuen Einkaufszentren auf der „Grünen Wiese“ landesplanerisch eindämmen und
1581 gleichzeitig die Ortskerne wieder zu stärken: Innenentwicklung muss wieder vor
1582 Außenentwicklung gehen.

1583 Wir werden Dorfladeninitiativen unterstützen, die in ländlichen Regionen ein grundlegendes
1584 Versorgungsbedürfnis abdecken und die Einrichtung von Versorgungszentren nach dem
1585 DORV-Konzept prüfen, in denen sowohl Güter des täglichen Bedarfs aber auch öffentliche
1586 und private Dienstleistungen wie Bank- und Postgeschäfte, Verwaltungs- und medizinische
1587 Dienstleistungen angeboten werden..

1588 **Technische Infrastruktur**

1589 Auch vor dem Hintergrund des demographischen Wandels brauchen wir einen
1590 grundlegenden Richtungswechsel in der Infrastrukturpolitik. Statt neue Straßen zu bauen,
1591 müssen wir den qualitativ hochwertigen Erhalt der vorhandenen Infrastruktur sichern. Wir
1592 wollen durch die Erstellung eines Infrastrukturberichts eine lückenlose Bestandsaufnahme
1593 der Infrastruktur des Landes, um eine bessere Ermittlung der notwendigen Investitionen
1594 sowie konsequentere und transparentere Planung entsprechender Maßnahmen
1595 vorzunehmen.

1596 Außerdem brauchen wir endlich schnelle und leistungsfähige Datenautobahnen vor allem in
1597 ländlichen Regionen. Damit der ländliche Raum nicht abgehängt wird, bedarf es staatlicher
1598 Zuschüsse und einer echten Breitbandinitiative des Landes. Wir wollen die
1599 Breitbandversorgung zur Daseinsvorsorge machen.

1600 Die Finanzierung eines zeitnahen Breitbandnetzausbaus in allen Gemeinden des Saarlandes
1601 soll mit einem Landesprogramm gefördert werden.

1602 Der öffentliche Nahverkehr muss zur Sicherstellung der Mobilität für alle Bürgerinnen und
1603 Bürger besonders im ländlichen Raum stärker gefördert werden. Wir treten ein für
1604 Vernetzungskonzepte die den Individualverkehr mit dem ÖPNV ökologisch und ökonomisch
1605 sinnvoll verbinden und geben der Finanzierung eines bürgerfreundlichen ÖPNV Vorrang vor
1606 dem Bau neuer Straßen.

1607 **Landesentwicklungsplan „Siedlung“ ergänzen**

1608 Aufgrund des negativen demografischen Wandels ist die Bevölkerungszahl des Saarlandes
1609 seit Jahren rückläufig. Dennoch verzeichnen wir einen zunehmenden Flächenverbrauch. Pro
1610 Tag wird hektarweise neues Land erschlossen, beispielsweise für Gewerbe- und
1611 Einkaufsflächen. Das hat weitreichende ökologische wie auch ökonomische Folgen. Denn es
1612 gehen nicht nur unzerschnittene Landschaftsräume verloren, die wichtig für die Flora und
1613 Fauna sind, sondern auch Potenziale für die Ortskerne. Durch Ansiedlungen auf neu
1614 erschlossenen Flächen wächst der Leerstand vor allem in ländlichen Gebieten, was zu einer
1615 zunehmenden Verödung der Ortskerne führt.

1616 Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, brauchen wir im Saarland eine langfristig
1617 angelegte, nachhaltige Landesplanung. Um Kompetenzen in diesem Bereich zu bündeln,
1618 muss die Verantwortung für die Landesentwicklungsplanung künftig in einem Ministerium
1619 und nicht wie bislang an unterschiedlichen Stellen liegen. Da für eine nachhaltige
1620 Landesentwicklung sowohl ökologische als auch wirtschaftliche und soziale Aspekte
1621 berücksichtigt werden müssen, sollen die bislang existierenden Pläne für Umwelt und
1622 Siedlung in einen einzigen Plan zusammengeführt werden.

1623 Kern eines solchen Landesentwicklungsplans muss es sein, den Flächenverbrauch durch
1624 eine feste Zielmarke zu begrenzen, um die Innenverdichtung voranzutreiben, statt
1625 Naturräume zu zerstören. Kommunenübergreifende Einzelhandelskonzepte und eine
1626 gezielte Bekämpfung innerörtlicher Leerstände durch finanzielle Förderung sollen dazu
1627 beitragen, attraktive ländliche Räume zu erhalten. Einhergehen muss dies mit einem
1628 konsequenten Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, um alle Kommunen des
1629 Saarlandes gut an das ÖPNV-Netz anzuschließen. Um die Wettbewerbsfähigkeit von
1630 Betrieben in ländlichen Gebieten zu erhalten, setzen wir uns für eine Stärkung der
1631 Vermarktung regionaler Produkte ein. In diesem Zuge muss auch die Vernetzung der
1632 Biolandwirtschaft mit dem Gastronomie- und Tourismussektor verbessert werden.

1633 **Städtebau – bezahlbarer Wohnraum**

1634 Der Trend zu mehr Singlehaushalten und zu mehr Wohnraum pro Person wird sich weiter
1635 verfestigen. Zwar wird aufgrund der sinkenden und überalternden Bevölkerungsstruktur mehr
1636 leerstehender Wohnraum zur Verfügung stehen, jedoch entspricht der Wohnraum oft nicht
1637 den heutigen Ansprüchen.

1638 Im Saarland sind viele Gebäude vor allem im ländlichen Raum überaltert bzw.
1639 sanierungsbedürftig. Wir wollen Bau- und Umbaumaßnahmen unter Berücksichtigung von
1640 Barrierefreiheit und Energieeinsparung gezielt fördern. Unser Ziel ist es auch, dass
1641 körperlich beeinträchtigte und/oder sozial benachteiligte Bürgerinnen und Bürger möglichst
1642 lang in ihrem gewohnten Umfeld leben können.

1643 Dazu wollen wir niedrigschwellige Beratungsangebote für Fördermittel, z.B. der KFW
1644 („Altersgerecht umbauen“) sowie für energetischen Sanierungsmaßnahmen ausweiten und
1645 in Gemeindeerneuerungsprogramme integrieren.

1646 Um den Flächenverbrauch zu reduzieren, wollen wir ein Leerstands- und Baulückenkataster
1647 für jede Kommune erstellen. Außerdem wollen wir Nutzungskonzepte für brachliegende
1648 Grundstücke im Rahmen der Dorf- und Stadtentwicklung initiieren und die Bauleitplanung auf
1649 eine Umnutzung und Sanierung von leerstehenden Gebäuden ausrichten.

1650 **Wohnraum muss bezahlbar bleiben**

1651 Wohnraum muss aber auch unter sozialen Gesichtspunkten bezahlbar bleiben. Die Frage,
1652 ob man etwa in den Kommunen des Landes zu akzeptablen Bedingungen wohnen kann
1653 oder nicht, soll nicht vom Geldbeutel abhängen, sondern von den persönlichen Bedürfnissen.

1654 Eine Wohnungspolitik, die nicht nur vermögende Menschen im Blick hat, geht alle an. Sie
1655 betrifft nicht nur Menschen im Sozialleistungsbezug, sondern viele Menschen, die über
1656 geringe Einkommen verfügen, aber aus dem Raster der herkömmlichen Definition des
1657 sozialen Wohnungsbaus rausfallen. Wohnungsbau und die Weiterentwicklung der
1658 Wohnviertel darf sich nicht nur auf die begehrten Innenstadtlagen fokussieren, sondern muss
1659 auch die Entwicklungspotenziale der Peripherie im Blick haben. Deshalb muss das Land
1660 seiner Verantwortung gerecht werden und die Bundesmittel zum sozialen Wohnungsbau von
1661 über 6 Millionen Euro jährlich an die Kommunen zum Bau neuen Wohnraums mit
1662 Sozialbindung weitergeben. Gleichzeitig wollen wir neue Wohnformen, wie
1663 generationenübergreifende Baugemeinschaften stärker mit Beratungsangeboten
1664 unterstützen. So fordern wir die Einrichtung einer Beratungsstelle für neue Wohnformen im
1665 Alter. Wir wollen zudem, dass das Land künftig aktiv Flächenpolitik betreibt und eigene
1666 Flächen für soziale Wohnungsbauinitiativen für Familien mit Kindern, für ältere Menschen
1667 oder Menschen mit Behinderung zur Verfügung stellt.

1668 **Sozialer Wohnungsbau**

1669 Im Saarland mangelt es zwar auf den ersten Blick nicht an Wohnraum. So gibt es 21.000
1670 Wohnungen mehr als Haushalte. Allerdings steuert das Land auf einen deutlichen Mangel an
1671 preisgünstigen Sozialwohnungen zu. Denn der Bedarf nach solchem Wohnraum wird unter
1672 anderem bedingt durch die steigende Altersarmut und die Flüchtlingssituation künftig deutlich
1673 zunehmen. Gleichzeitig verzeichnen wir im Saarland aber einen dramatischen Rückgang an
1674 Sozialwohnungen. Von 4.000 im Jahr 2007 sind im Jahr 2016 gerade einmal noch 1.100
1675 übrig geblieben.

1676 Aus diesen Gründen müssen wir zum einen die Landeszuwendungen für den Bereich des
1677 sozialen Wohnungsbaus deutlich erhöhen. Zum anderen brauchen wir ein effektives
1678 Fördersystem, um Anreize für Unternehmen zu schaffen, nachhaltig in die Sanierung von

1679 Bestandswohnungen mit Sozialbindung und in den Neubau solcher Wohnungen zu
1680 investieren. Die Vergabe zinsverbilligter Darlehen, wie sie im Saarland praktiziert wird, hat
1681 sich als untaugliches Fördersystem erwiesen. Wir sprechen uns dafür aus, dieses System
1682 grundlegend umzustellen, und Investoren Zuschüsse für die Sanierung beziehungsweise
1683 den Neubau von Sozialwohnungen zu gewähren.

1684 Flankierend dazu wollen wir uns mit Initiativen auf Bundesebene für eine Rückkehr zur
1685 Wohnungsgemeinnützigkeit einsetzen, um ein bundesweit funktionierendes
1686 Marktanreizsystem zu schaffen. Im Rahmen eines solchen Systems sollen
1687 Wohnungsgesellschaften, Unternehmen und Privatanbietern eine steuerliche Förderung
1688 erhalten, sofern sie Wohnungen gemeinnützig zur Verfügung stellen.

1689 **Integration von Geflüchteten**

1690 Die aktuelle Fluchtbewegung aus den Bürgerkriegsregionen des Nahen Ostens und
1691 sonstigen Krisenregionen ist eine der größten Herausforderungen der letzten Jahrzehnte. Im
1692 Jahr 2015 haben rund eine Million Menschen Zuflucht in Deutschland gesucht, davon etwa
1693 13000 im Saarland. Siebzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges, der nicht nur
1694 Millionen Menschen das Leben kostete, sondern viele entwurzelte und zur Flucht aus der
1695 Heimat zwang, ist es für uns grundgesetzlich geboten und eine humanitäre Verpflichtung, vor
1696 Krieg, Folter und Tod geflüchtete Menschen aufzunehmen und ihnen eine Perspektive in
1697 Deutschland zu bieten.

1698 Um dieses Ziel zu erreichen, sind alle gefragt und gefordert: Politik, Wirtschaft,
1699 Zivilgesellschaft und selbstverständlich die Menschen, die bei uns Zuflucht suchen und bei
1700 uns bleiben möchten. Auch sie müssen wesentlichen Beitrag zur Integration selbst leisten.
1701 Offenheit, Integrationswillen und Leistungsbereitschaft sind dabei wesentliche
1702 Voraussetzungen für einen gelingenden Integrationsprozess. Dies gilt aber auch
1703 gleichermaßen für unsere Seite.

1704 Die Grundlage unseres Zusammenlebens ist das Grundgesetz. Seine Werte gelten für alle,
1705 die in Deutschland leben, für Einheimische genauso wie für Menschen, die jetzt zu uns
1706 gekommen sind. Auf dieser Basis kann Integration zum Erfolg werden."

1707 **Große Anstrengung und große Chancen**

1708 Wir unterschätzen keineswegs die notwendigen Anstrengungen, die das erfordern wird. Wir
1709 sehen aber auch große Chancen für unser Land. Um dem Negativtrend des demografischen
1710 Wandels entgegenzuwirken, dem Fachkräftemangel zu begegnen und die Zukunft unserer
1711 Sozialsysteme zu sichern, brauchen wir Zuwanderung in unser Land.

1712 **Echte Integration – Bildung und Sprache**

1713 Uns geht es darum, möglichst schnell geflüchtete Menschen in unsere Gesellschaft zu
1714 integrieren. Arbeit und Bildung sind der Schlüssel zur Integration. Dazu ist das Beherrschen
1715 der deutschen Sprache eine wesentliche Voraussetzung. Deshalb wollen wir das Angebot an
1716 Sprachkursen ausweiten und dazu mehr Personal bereitstellen sowie eine entsprechende
1717 Infrastruktur aufbauen. Wir wollen nicht, dass Geflüchtete mehrere Monate auf ein
1718 Sprachkursangebot warten müssen.

1719 In den Schulen muss ebenso zur Sprachförderung ausreichendes Lehrpersonal zur
1720 Verfügung gestellt werden. Dazu müssen dauerhaft zusätzliche Lehrerstellen geschaffen
1721 werden, die nicht der Schuldenbremse zum Opfer fallen und später wieder gestrichen
1722 werden. Wir wollen auch in Klassen mit Flüchtlingskindern den Klassenteiler absenken, um
1723 günstige Lernbedingungen für alle Kinder zu schaffen. So sollen an Grundschulen höchstens
1724 20 Kinder und an weiterführenden Schulen höchstens 25 Kinder in einer Klasse unterrichtet
1725 werden.

1726 **Ausbildung und Beschäftigung: Die Fachkräfte von morgen ausbilden**

1727 Ausbildung und Beschäftigung sind für uns eine wesentliche Voraussetzung zu gelingender
1728 Integration: Schule, Betrieb und Hochschule schaffen nicht nur einen neuen Alltag, sondern
1729 auch berufliche Perspektiven und sind oft der erste Schritt in ein neues Leben in einer neuen
1730 Heimat. Dass viele der ankommenden Flüchtlinge zur Beschäftigungslosigkeit gezwungen
1731 sind, obwohl sie gerne etwas Sinnvolles tun würden, sorgt hingegen für Verdruss,
1732 Spannungen und Perspektivlosigkeit. Integration wird dadurch erschwert.

1733 Deshalb müssen die Menschen, die bei uns angekommen sind, schnellstmöglich einer
1734 geregelten Beschäftigung nachgehen können, dies kann auch eine ehrenamtliche Tätigkeit
1735 sein.

1736 Bildungsangebote für Erwachsene müssen ausgebaut und verbessert werden. Für
1737 Jugendliche und junge Erwachsene muss der Zugang zu Ausbildung und Hochschule
1738 deutlich erleichtert werden. Dazu gehört die Erleichterung und Beschleunigung der
1739 Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse ebenso wie der Ausbau der
1740 Berufsberatung durch die Agentur für Arbeit und die Handwerks- bzw. die Industrie- und
1741 Handelskammer. Das Angebot an berufsbezogenen Deutsch-Kursen wollen wir deutlich
1742 ausbauen ebenso wie die Schaffung ehrenamtlicher oder gemeinnütziger
1743 Beschäftigungsmöglichkeiten für Geflüchtete.

1744 **Abschiebung – Härtefallkommission**

1745 Abgelehnte Asylbewerberinnen und -bewerber haben die Möglichkeit, einen Härtefallantrag
1746 zu stellen, wenn humanitäre oder persönliche Gründe gegen ihre Abschiebung sprechen. Ein
1747 Härtefall kann beispielsweise vorliegen, wenn diesen Menschen ein empfindliches Leid in
1748 ihrem Heimatland drohen würde. Mit solchen Anträgen befasst sich eine eigens dafür

1749 eingerichtete Härtefallkommission. Es ist eine Frage des Respekts und der Fairness
1750 gegenüber geflüchteten Menschen, dass sie mit ihrem Anliegen bei einer solchen
1751 Expertenkommission Gehör finden und entsprechende Anträge fachkundig bewertet werden.
1752 In der Vergangenheit wurden im Saarland jedoch bereits mehrfach Abschiebungen
1753 vollzogen, bevor die Kommission Fälle abschließend bewertet hat. Ein solches Vorgehen ist
1754 vollkommen inhuman und stellt eine Missachtung der Arbeit der Kommission dar.

1755 Um dies künftig zu vermeiden und allen Antragsstellern die gleiche Chance auf eine faire
1756 und fachkundige Bewertung ihres Anliegens zu geben, setzen wir uns für eine Änderung der
1757 Härtefallkommissionsverordnung ein. In ihr soll rechtlich festgeschrieben werden, dass keine
1758 Abschiebungen erfolgen dürfen, bevor die Kommission über den jeweiligen Antrag
1759 abschließend entschieden hat.

1760 **Professionelle Koordination - Integrationsbericht**

1761 Die Integration von Geflüchteten in unsere Gesellschaft ist eine Querschnittsaufgabe, die auf
1762 vielen Schultern lastet. Dennoch und gerade deshalb braucht die Organisation dieser
1763 Integrationsaufgabe eine professionelle Koordinierung.

1764 Mit der derzeitigen Zersplitterung der Zuständigkeiten wird die Lösung dieser Aufgabe
1765 erschwert. Wir wollen deshalb die Bündelung der integrationsrelevanten Zuständigkeiten in
1766 einem Ministerium. Parallel dazu wollen wir die Installation von Integrationsbeauftragten in
1767 den Kommunen, zumindest aber in den Landkreisen und dem Regionalverband.

1768 Um die Entwicklung der Integrationsbemühungen im Land transparent zu machen, soll alle
1769 zwei Jahre ein Integrationsbericht der Landesregierung vorgelegt werden, der im Landtag
1770 debattiert.

1771 **Gesundheitsversorgung sicherstellen**

1772 **Der Mensch im Mittelpunkt – Für eine moderne Gesundheitspolitik im Saarland**

1773 Für die saarländischen Grünen steht der Mensch im Mittelpunkt des Handelns – besonders
1774 in der Gesundheits- und Pflegepolitik. Wir wollen einen gerechten Zugang zu hochwertiger
1775 Gesundheits- und Pflegeversorgung sowie Prävention für alle Menschen – ungeachtet von
1776 Herkunft, Aufenthaltsstatus, Geschlecht, Einkommen oder Alter. Und wir wollen die
1777 Arbeitsbedingungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Gesundheitsberufen
1778 verbessern sowie dafür sorgen, dass die Pflegeberufe gestärkt und die Interessen der
1779 Beschäftigten besser vertreten werden. Der Pflege- und Gesundheitssektor ist eine
1780 Zukunftsbranche, deren Bedeutung durch die demographische Entwicklung weiter
1781 zunehmen wird. Allerdings fehlt es vielerorts bereits heute an Fachkräften. Darauf gilt es zu
1782 reagieren.

1783 **Personalausstattung und Arbeitsbedingungen verbessern**

1784 Die sich seit Jahren aufgrund von gesundheitspolitischen Fehlsteuerungen verschärfenden
1785 Arbeitsverdichtung und Überlastung des Pflegepersonals wollen wir wirksam bekämpfen. In
1786 kaum einem anderen europäischen Land müssen Pflegekräfte im Krankenhaus so viele
1787 Patientinnen und Patienten versorgen wie in Deutschland. Probleme bei der
1788 Patientensicherheit und weitere Infektionen mit gefährlichen Keimen können die Folge dieser
1789 enormen Arbeitsbelastung sein. Deshalb bestehen wir auf einer bedarfsgerechten
1790 Ausstattung von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen mit Fachkräften sowie der
1791 Einhaltung und Überwachung von gesetzlichen und tariflichen Arbeitszeitregelungen.
1792 Kurzfristig fordern wir die Definition verbindlicher Standards für eine bedarfsgerechte
1793 Personalbesetzung in der Pflege.

1794 **Zukunftsfähige medizinische Versorgung für Stadt und Land**

1795 Eine flächendeckende, wohnortnahe und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung zu
1796 sichern, ist das Ziel grüner Gesundheitspolitik im Saarland. Das Recht auf Gesundheit darf
1797 nicht vom Wohnort abhängig sein. Demographischer Wandel und Honorarsituation führen zu
1798 Lücken in der hausärztlichen Infrastruktur. Wir als Grüne wollen den Beruf des Hausarztes
1799 wieder attraktiv machen. Zudem wollen wir die Gründung von Medizinischen
1800 Versorgungszentren (MVZ) fördern, die Angebote der Gesundheitsförderung und der
1801 Gesundheitsversorgung unter einem Dach vereinen und so das Herzstück der Versorgung
1802 vor Ort bilden können. Kommunen wollen wir in die Lage versetzen die örtliche medizinische
1803 Versorgung zu verbessern, indem sie Praxisräume bereitstellen oder Anschubfinanzierung
1804 bei der Niederlassung gewähren. So kann eine adäquate Versorgung auch des ländlichen
1805 Raums langfristig erhalten bleiben. Das Recht auf eine freie Arztwahl ist dabei ebenso zu
1806 gewährleisten wie eine gute fachärztliche Infrastruktur. Zugleich wollen wir eine
1807 flächendeckende Versorgung mit Apotheken sicherstellen.

1808 Wir setzen uns generell für ein integriertes Versorgungssystem ein, das die Arbeit der
1809 Gesundheitsdienste vor Ort, von ambulant tätigen Ärztinnen und Ärzten, anderen
1810 Heilberufen sowie von stationären medizinischen Einrichtungen wie Krankenhäusern und
1811 Rehakliniken miteinander verzahnt.

1812 **Palliativversorgung sicherstellen**

1813 Immer mehr Sterbende können ihr Leben nicht mehr in der vertrauten häuslichen Umgebung
1814 beenden. Ein flächendeckendes Angebot an stationärer und ambulanter palliativer
1815 Versorgung sowie angemessener psychologischer Begleitung ist für uns daher ein wichtiges
1816 Anliegen. Wir legen Wert darauf, dass unabhängig vom Ort des Sterbens eine qualifizierte
1817 Schmerztherapie für die Betroffenen sichergestellt wird. Im Sinne der Hospizidee wollen wir

1818 ausreichend viele Einrichtungen zu schaffen, die den Betroffenen in der unterschiedlichsten
1819 Form die verbleibende Lebenszeit erleichtern.

1820 **Für eine zukunftsfähige Krankenhausstruktur**

1821 Viele Krankenhäuser schreiben roten Zahlen. Wir Grüne fordern daher eine Reform der
1822 Investitionsfinanzierung für Krankenhäuser. Das bisherige System hat auch im Saarland
1823 dazu geführt, dass aufgrund fehlender Investitionsmittel Krankenhäuser Kürzungen bei den
1824 Personalkosten vornehmen, die voll zu Lasten der Kranken, aber auch des Personals gehen.
1825 Die Budgetierung der Krankenhäuser, die Personal- und Qualitätsabbau zur Folge hat, muss
1826 korrigiert werden. Unser Ziel ist es, die Investitionsmittel der Krankenhäuser zu erhöhen und
1827 ihnen die Möglichkeit zu geben, selbst über die Verwendung zu entscheiden.

1828 Wir werden uns für eine entsprechende Änderung der bundesgesetzlichen
1829 Rahmenbedingungen stark machen, die eine an Qualitätskriterien und Versorgungszielen
1830 orientierte Krankenhausplanung ermöglicht. Krankenhäuser sollen Versorgungszentren im
1831 Rahmen einer integrierten Versorgungslandschaft werden. Die wohnortnahe Grund- und
1832 Notfallversorgung muss erhalten bleiben, spezialisierte Versorgung und
1833 Hochleistungsmedizin können dagegen konzentriert angeboten werden. Wir treten dafür ein,
1834 dass die überwiegend gemeinnützige Trägerstruktur im Saarland in ihrer Vielfalt erhalten
1835 bleibt und eine Privatisierung von Krankenhäusern verhindert wird.

1836 **Für mehr Qualität in Krankenhäusern**

1837 Zur Stärkung der Interessen und Erhöhung der Sicherheit der Patientinnen und Patienten
1838 setzen wir uns für eine bessere Qualitätssicherung in Krankenhäusern ein. Bei
1839 Behandlungsfehlern darf die Beweislast nicht mehr bei den Betroffenen liegen, sondern
1840 muss auf den durchführenden Anbieter übertragen werden.

1841 Die steigende Bedrohung durch resistente Keime (MRSA, ESBL) insbesondere in
1842 Krankenhäusern sehen wir als eine zentrale gesundheitspolitische Aufgabe. Neben der
1843 Bekämpfung der Ursachen – wie dem hohen Antibiotika-Einsatz in der Massentierhaltung
1844 und dem zu freizügigen Einsatz in der Humanmedizin – wollen wir dafür Sorge tragen, dass
1845 die Hygiene in den Krankenhäusern deutlich verbessert wird. Entsprechend des
1846 niederländischen Modells wollen wir neben dem Screening von Risikopatienten strengere
1847 Hygienestandards und eine bessere Personalausstattung zur Pflicht machen.

1848 Unsere Gesundheitspolitik setzt auf mündige, gut informierte und optimal versorgte
1849 Patientinnen und Patienten. Ihre Sicherheit wollen wir weiter erhöhen. Dafür ist es
1850 notwendig, dass sich auch in unseren Kliniken der Umgang mit Fehlern verändert. Wir wollen
1851 Methoden zur Anwendung bringen, die sich in anderen Risikobereichen bewährt haben und
1852 anerkannt sind. Deshalb wollen wir für saarländische Kliniken die Einführung des Critical
1853 Incident Reporting System (CIRS) fördern. Mit dem System wird die Bereitschaft der

1854 Mitarbeiter gefördert, Fehler anonym anzugeben. Die Daten werden analysiert und damit
1855 Fehlerquellen verringert, zum Nutzen der Patientinnen und Patienten und letztlich auch der
1856 Kliniken.

1857 **Bessere Angebote für psychisch kranke Menschen**

1858 Auch psychisch kranken Menschen muss ein uneingeschränkter Zugang zu medizinischen
1859 Angeboten ermöglicht werden. Geschlossene psychiatrische Stationen, die es auch im
1860 Saarland trotz Psychiatriereform immer noch gibt, sind zu überprüfen und dort, wo dies
1861 beispielsweise durch einen erhöhten Personaleinsatz möglich ist, zu öffnen.

1862 **Drogenpolitik: Prävention statt Verbote – Aufklärung statt Kriminalisierung**

1863 Wir Grüne stehen für eine aufgeklärte und verantwortungsvolle Drogen- und Suchtpolitik
1864 unter Beachtung eines strikten Jugendschutzes. Kinder und Jugendliche müssen nicht nur
1865 über die Risiken von süchtig machenden Stoffen informiert, sondern auch in der Gesellschaft
1866 gestärkt werden und lernen, Nein zu sagen. Dafür ist ein enges Zusammenspiel zwischen
1867 Schulen und Eltern nötig sowie geschultes Personal notwendig.

1868 **Nikotin- und Alkoholprävention**

1869 Wir setzen uns weiterhin für einen konsequenten Vollzug des Nichtraucherschutzgesetzes
1870 ein. Bestrebungen, den Nichtraucherschutz im Saarland aufzuweichen, lehnen wir strikt ab.
1871 Wir brauchen zudem verstärkt Präventionsprojekte gegen übermäßigen Alkoholkonsum,
1872 insbesondere bei Jugendlichen. Tabak- und Alkoholwerbung jeglicher Art wollen wir aus der
1873 Öffentlichkeit verbannen - denn der Gesundheitsschutz der Bevölkerung, insbesondere von
1874 Jugendlichen, hat für uns höchste Priorität. Räumliche und zeitliche Alkoholkonsum und -
1875 verkaufsverbote oder die Wiedereinführung von Sperrzeiten für die Gastronomie lehnen wir
1876 hingegen ab.

1877 **Cannabis - regulieren statt kriminalisieren**

1878 Die bisherigen restriktiven Regelungen zum Umgang mit Cannabis führen zu
1879 Kriminalisierung und unkontrollierter Abgabe der Droge. Daher fordern wir ein Umdenken
1880 und unterstützen den Vorschlag unserer Bundestagsfraktion zur Einführung eines Cannabis-
1881 Kontrollgesetzes. Sollte sich auf Bundesebene in absehbarer Zeit die Gesetzeslage für den
1882 Erwerb, Besitz und Konsum von Cannabis nicht in unserem Sinne verbessern, setzen wir
1883 uns für einen Modellversuch im Saarland zur legalen Abgabe durch öffentlich-rechtliche
1884 Stellen unter Berücksichtigung des Jugend- und Verbraucherschutzes ein. Kurzfristig wollen
1885 wir die sogenannte „Geringe Menge“ für Cannabis nach dem Vorbild Bremens auf 15 Gramm
1886 festsetzen. Ebenso möchten wir die Therapiemöglichkeiten mit Cannabis innerhalb der
1887 medizinischen Anwendung positiv begleiten und weiter ausbauen. Eine Landesregierung
1888 unter grüner Beteiligung wird über ihre Mitwirkungsrechte an der Bundesgesetzgebung

1889 konkrete Verbesserungen für Cannabiskonsumentinnen und Cannabiskonsumenten initiieren
1890 bzw. befürworten. Insbesondere die Ungerechtigkeiten im Verkehrsrecht in Bezug auf
1891 Cannabiskonsum wollen wir abschaffen.

1892 **Präventions- und Beratungskonzepte anbieten – Drogentote reduzieren**

1893 Andere Suchterscheinungen, wie die Abhängigkeit von Computerspielen, Glücks- oder
1894 Wettspielen, stellen uns vor neue Herausforderungen. Wir wollen daher dafür sorgen, dass
1895 Präventions- und Beratungskonzepte gezielt entwickelt und angeboten werden. Für
1896 Konsumentinnen und Konsumenten anderer Substanzen werden wir nach dem Vorbild
1897 anderer europäischer Länder Konzepte wie „Hilfe statt Strafe“ und „Drug-Checking“, also
1898 risikominimierende Maßnahmen wie Substanzanalysen, umsetzen, um die Betroffenen
1899 besser zu Prävention und Gesundheitsschutz beraten zu können. Deshalb setzen wir uns für
1900 den Ausbau örtlicher Präventionsangebote und insbesondere für die verstärkte Förderung
1901 des Drogenhilfezentrums ein. Die Zahl der Drogentoten im Saarland war im Jahr 2016 so
1902 hoch wie seit 20 Jahren nicht mehr, daher möchten wir die landesrechtlichen
1903 Voraussetzungen für die Einrichtung von Drogenkonsumräumen erweitern, die der
1904 Gesundheits-, Überlebens- und Ausstiegshilfe für Drogenabhängige und Suchtkranke
1905 dienen.

1906

1907

1908 **6. Mobilität und Verkehrsinfrastruktur**

1909 **Zukunft braucht einen starken öffentlichen Personen Nahverkehr**

1910 Mobilität ist ein wichtiger Pfeiler einer modernen Gesellschaft. Wir brauchen eine
1911 leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur für urbane und ländliche Räume. Um diese möglichst
1912 klimafreundlich und energie- und flächeneffizient zu gestalten, benötigen wir ein nachhaltiges
1913 Mobilitätskonzept.

1914 Dazu ist eine koordinierte Mobilitätsplanung erforderlich, die eine deutliche Verbesserung
1915 des öffentlichen Verkehrs zum Ziel hat und zudem den Fuß- und Radverkehr stärkt.

1916 Wir wollen das saarländische Verkehrssystem so umbauen, dass die Verkehrswege durch
1917 die Zusammenführung von Wohnen, Arbeiten und Freizeit kürzer werden. Der Einsatz neuer
1918 Informationstechnologien kann ebenso zur Optimierung der Verkehrsflüsse beitragen wie
1919 eine bessere Auslastung des Individualverkehrs. Wir wollen energie- und emissionsparende
1920 Technologien fördern und dabei zunehmend eine Verlagerung des Individualverkehrs auf
1921 öffentliche Verkehrsmittel erreichen.

1922 **Das öffentliche Verkehrssystem soll für das Saarland zum Herzstück der Mobilität**
1923 **werden**

1924 Als zentrale Region in der Mitte Europas, die über vielfältige Beziehungen zu ihren Nachbarn
1925 verfügt, muss das Saarland seine Chance nutzen, sich als Vorreiter einer
1926 grenzüberschreitenden, nachhaltigen und attraktiven Mobilität zu positionieren.

1927 Wir wollen ein schienengebundenes und vernetztes Nahverkehrskonzept mit einem echten,
1928 integralen Taktfahrplan („Saarland-Takt“) für das gesamte Land mit enger Taktfolge („S-
1929 Bahn). Wir benötigen zugleich eine Neuausrichtung des Tarifsystems, eine fairere und
1930 nutzerfreundlichere Gestaltung des Wabensystems, ein landesweites Ticket für Jugendliche
1931 und junge Erwachsene - sowie Übergangstarife zu allen unseren Nachbarn. Industrie- und
1932 Gewerbegebiete wollen wir an das öffentliche Verkehrssystem anbinden sowie attraktive
1933 Verkehrsverbindungen über die Landesgrenzen hinweg realisieren, wie z. B. eine Tram-Train
1934 Saar-Moselle.

1935 Wir setzen uns ein für die Reaktivierung von Bahnstrecken, insbesondere der Strecke
1936 zwischen Homburg und Zweibrücken, der Hochwaldbahn, der linken Saartalstrecke und der
1937 Primstalstrecke zwischen Dillingen und Lebach.

1938 **Ein attraktiver und leistungsfähiger ÖPNV aus einem Guss**

1939 Mit einer ÖPNV-Offensive für Stadt und Land wollen wir zu einem leistungsfähigen
1940 Gesamtsystem des öffentlichen Verkehrs im Saarland beitragen. Wir brauchen einen
1941 nutzerfreundlichen, verlässlichen und preiswerten öffentlichen Nahverkehr.

1942 Wir wollen daher eine Reform, die organisatorisch, finanziell und rechtlich zu einem echten
1943 Mobilitätsverbund für das Saarland führt, in dem sowohl das Land als auch die Landkreise,
1944 der Regionalverband und die Kommunen vertreten sind.

1945 **Überregionale Bahnanbindung des Saarlandes: Ankoppeln statt abkoppeln**

1946 Das Saarland wird zunehmend vom Eisenbahnverkehr abgekoppelt. Die Verbindungen in die
1947 Wirtschaftszentren Rhein-Main, Rhein-Neckar und Rhein-Ruhr sowie nach Metz und
1948 Straßburg werden immer weiter abgebaut. Eine gute Bahnanbindung ist für den
1949 Wirtschaftsstandort Saarland jedoch von entscheidender Bedeutung, gerade um negative
1950 Auswirkungen des demografischen Wandels zu begrenzen. Auch ökologische, soziale und
1951 touristische Aspekte verlangen eine bessere Erreichbarkeit des Saarlandes mit Zügen des
1952 Fern- aber auch des Nahverkehrs.

1953 Wir wollen das Saarland wieder besser ankoppeln an den Bahnknoten in Mannheim durch
1954 eine stündliche Verbindung und die Metropolen Paris, Frankfurt, Stuttgart mit einer

1955 zweistündigen Fernverkehrsanbindung erreichen. Das gleiche gilt für den Kölner Raum und
1956 weitere Ziele in Norddeutschland.

1957 Wir wollen, dass das Saarland nicht erst im Jahr 2029 in die DB Fernverkehrsoffensive
1958 einbezogen wird, sondern schon früher an einem Integrationsmodell mit Fern- und
1959 Nahverkehr beteiligt wird.

1960 Wir setzen uns dafür ein, dass der Bund seiner grundgesetzlichen Verpflichtung nachkommt,
1961 eine gute Anbindung im Eisenbahnfernverkehr sicherstellt und dass der rechtliche Rahmen
1962 durch ein Fernverkehrssicherstellungsgesetz geschaffen wird.

1963 **Mehr Güterverkehr auf die Bahn**

1964 Wir wollen wieder mehr Güterverkehr von der Straße auf die Schienen verlagern. Der Trend
1965 der letzten Jahre muss wieder umgekehrt werden. Dazu müssen leistungsfähige Ladestellen
1966 und Umschlagbahnhöfe für den Güterverkehr der Zukunft geschaffen werden.

1967 Wo sich große Bahnunternehmen zurückziehen, schaffen kleine und mittelständische
1968 Unternehmen im Saarland Ersatz und Arbeitsplätze. Wir wollen diese Initiativen unterstützen
1969 und setzen uns daher für den Erhalt und Ausbau des regionalen Schienennetzes und lokaler
1970 Güterverkehrsstellen ein.

1971 In Zukunft spielt der intermodale Umschlag zwischen Straße und Schiene mit Containern
1972 eine immer größere Rolle. Daher wollen wir private Initiativen, wie z. B. das
1973 grenzüberschreitende Terminal in Überherrn fördern, sowie die Sicherung und den Ausbau
1974 der bestandsbedrohten Güterverkehrsstrecken, etwa im Prims-, Rossel- und Bisttal,
1975 unterstützen.

1976 Für Gewerbeansiedlungen und vorhandene Standorte setzen wir auf eine alternative
1977 Verkehrserschließung unter Nutzung des vorhandenen Schienennetzes und neuer
1978 Güterbahnhöfe oder Gleisanschlüsse. Wir wollen ein Förderprogramm für Gleisanschlüsse,
1979 damit Industrie und Wirtschaft wieder einen einfacheren Zugang zum Schienennetz
1980 bekommen.

1981 **Zukunft braucht Rad- und Fußverkehr**

1982 Für uns gehören Menschen in den Mittelpunkt von Verkehrspolitik. Laut einer Studie des
1983 Umweltbundesamtes aus dem Jahr 2015 wünschen sich 82 Prozent der Deutschen den
1984 Ausbau von Fuß- und Radwegen.

1985 Die Nutzung des Fahrrads im Alltag bietet ein großes Potenzial, um die Umwelt zu entlasten
1986 und den Verkehrslärm zu reduzieren. Bundesweit liegt das Saarland bei der Nutzung des
1987 Fahrrads im Alltagsverkehr auf dem letzten Platz. Dies wollen wir ändern.

- 1988 Die Bedingungen für einfaches, bequemes und vor allem sicheres Alltagsradfahren müssen
1989 deutlich verbessert werden.
- 1990 Das gilt vor allem für das Radwegenetz, das in Qualität und Quantität noch große Lücken
1991 aufweist. Um diese zu schließen, muss verstärkt auf die zur Verfügung stehenden
1992 Bundesmittel zugegriffen werden, die bislang nicht ausgeschöpft worden sind.
- 1993 Außerdem muss die Verknüpfung des Fahrrads mit dem öffentlichen Verkehr verbessert
1994 werden. Die Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln soll durchgängig und
1995 durchgehend kostenlos möglich sein, damit auch Berufspendler die Möglichkeit bekommen,
1996 kostengünstig und umweltfreundlich zu ihrem Arbeitsplatz zu kommen.
- 1997 Wir setzen uns ein für den Bau von Radschnellwegen, den Ausbau öffentlicher
1998 Lademöglichkeiten für Pedelecs und E-Bikes und ein einfach zu nutzendes
1999 Beschwerdemanagement, über das Schäden und Unzulänglichkeiten am Radwegenetz
2000 gemeldet werden können.
- 2001 Die Sicherheit für Radfahrer wollen wir erhöhen, etwa durch Schutzstreifen,
2002 Fahrbahnmarkierungen und bei Bedarf auch durch Geschwindigkeitsbegrenzungen für den
2003 motorisierten Verkehr.
- 2004 Die Einführung von Grünpfeilen für Radnutzerinnen und Radnutzer sowie eine
2005 Ampelschaltung, die sich auch an der Geschwindigkeit von Radfahrern orientiert, soll für
2006 einen attraktiveren Fahrradverkehr in der Stadt sorgen. Der Bau von Fahrradabstellanlagen
2007 und Fahrradboxen soll gefördert werden.
- 2008 Bei den Planungen zur Verkehrsinfrastruktur muss eine Verbesserung der
2009 Rahmenbedingungen des Fußverkehrs deutlich stärker berücksichtigt werden. Die
2010 gemeinsame Führung von Fuß- und Radwegen sehen wir kritisch, weil Radfahrende
2011 akustisch kaum zu orten sind und sich viele Fußgänger auf diesen Wegen verunsichert
2012 fühlen. Daher treten wir für eine stärkere Entflechtung dieser Verkehrsarten ein.
- 2013 Für die Stärkung des Fußverkehrs wollen wir darüber hinaus die Fußgängerfreundlichkeit der
2014 Ampelschaltungen verbessern und die Anzahl von Querungshilfen, insbesondere an
2015 Bushaltestellen, erhöhen.
- 2016 **Zukunftsfähiger Straßen-, Luft- und Schiffsverkehr**
- 2017 Das Saarland verfügt grundsätzlich über ein ausreichend ausgebautes Straßennetz, weshalb
2018 der Schwerpunkt auf dessen Erhalt gelegt werden soll. Neubauprojekte und deren
2019 Planungen lehnen wir ab, sofern es an volkswirtschaftlichem und gesellschaftlichem Nutzen
2020 fehlt.

2021 Wir setzen uns für eine verbesserte Auslastung des motorisierten Individualverkehrs ein;
2022 hierzu wollen wir beispielsweise die Nutzung von Carsharing-Angeboten fördern.

2023 Um für die Zukunft gerüstet zu sein, muss der motorisierte Individualverkehr verringert
2024 werden und mit neuen, zukunftsweisenden Antriebstechnologien seinen Beitrag zur
2025 Erreichung von Emissions- und Klimaschutzziele leisten. Wasserstoff- und
2026 Brennstoffzellentechnologien im Zusammenhang mit Elektromobilität können hierfür wichtige
2027 Beiträge leisten. Die Entwicklung dieser Technologien wollen wir unterstützen.

2028 Wir setzen uns für eine Steigerung der Wirtschaftlichkeit des Flughafens Saarbrücken ein
2029 und wollen dessen Subventionierung weiter reduzieren.

2030 Die öffentliche Verkehrsanbindung an den Flughafen Saarbrücken und die anderen
2031 Flughäfen in der Großregion wollen wir verbessern.

2032 Die Bundeswasserstraßen sollen in ihrem Bestand erhalten bleiben, insbesondere die
2033 Gündinger Schleuse, die die touristische Anbindung an die französischen Kanäle sicherstellt.
2034 Der Ausbau von Schleusen mit Laufwasserkraftwerken ist zu prüfen.

2035 **7. Demokratie und Recht - Innere Sicherheit**

2036 **Polizeipräsenz stärken – Kriminalität bekämpfen**

2037 Wir wollen eine starke und bürgernahe Polizei. Die Polizei ist ein Eckpfeiler der inneren
2038 Sicherheit in unserem Land. Sie hat eine wichtige Schutzfunktion und hat gleichermaßen
2039 Kriminalität zu bekämpfen und ebenso die Bürgerrechte zu wahren. Dabei soll sie sich durch
2040 Bürgernähe und Flexibilität auszeichnen, um den gestiegenen Anforderungen gerecht zu
2041 werden. Dazu müssen unsere Polizistinnen und Polizisten gut ausgebildet werden aber auch
2042 im Einsatz für unsere Sicherheit und Rechte mit der entsprechenden Schutzkleidung
2043 ausgestattet sein. Wir wollen, dass unsere Polizei besser vor Gewalttätern geschützt wird
2044 und werden deshalb die Polizeischutzausstattung so verbessern, dass sie den modernsten
2045 Sicherheitsanforderungen entspricht. Auch im Bereich der Büro- Kommunikations- und
2046 Informationstechnik muss die Ausstattung dringend verbessert werden. Zudem müssen die
2047 Beschaffungsmaßnahmen besser koordiniert und kontrolliert werden.

2048 Um die Aufgaben der Polizei besser bewältigen zu können und Belastungen zu reduzieren,
2049 aber auch zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger wollen wir das
2050 Polizeipersonal aufstocken und jährlich 120 neue Kommissaranwärterinnen und – anwärter
2051 einstellen. Die Einrichtung eines Polizeilichen Ordnungsdienstes (POD) kann die
2052 regelmäßige Einstellung von jungen Polizeikräften nicht ersetzen. Sie soll eine einmalige
2053 Ausnahme zur Unterstützung der Polizeiarbeit in bestimmten Bereichen sein aber nicht
2054 weiter ausgebaut werden. Stattdessen benötigen die eingestellten Personen eine sichere
2055 Berufsperspektive in Richtung einer unbefristeten Beschäftigung.

2056 Um die Bürgernähe der Polizei zu gewährleisten ist eine grundsätzliche Überprüfung der
2057 Sparmaßnahmen im Rahmen der Polizeireform notwendig. Dazu gehört auch die geplante
2058 Nachtschließung aller B-Inspektionen im Land. Wir wollen nicht, dass die Polizeipräsenz in
2059 der Fläche weiter ausgedünnt wird.

2060 Wir machen uns für eine „bunte“ Polizei stark, die in ihrer Zusammensetzung sukzessive
2061 auch die sich verändernde Gesellschaft abbildet. Sie benötigt deshalb für ihre Arbeit
2062 verstärkt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund und Erfahrungen aus
2063 anderen Kulturkreisen.

2064 Wir treten dafür ein, dass Polizistinnen und Polizisten durch ein entsprechendes Schild an
2065 ihrer Uniform identifizierbar sind. Dies dient nicht nur dem Schutz von Bürgerinnen und
2066 Bürgern vor etwaigen Übergriffen, sondern auch dem Schutz der Polizistinnen und Polizisten
2067 vor falschen Anschuldigungen.

2068 Keine noch so ausgefeilte Videoüberwachung kann gut ausgebildete Polizistinnen und
2069 Polizisten ersetzen. Videoüberwachung verhindert keine Straftaten und ist darüber hinaus
2070 datenschutzrechtlich höchst bedenklich. Deshalb wollen wir eine Videoüberwachung in ganz
2071 beschränkten engen Grenzen halten und lehnen einen flächendeckenden Ausbau in
2072 Richtung eines Überwachungsstaates ab.

2073 Die im Zusammenhang mit der Terrorbekämpfung vorgesehene Zusammenarbeit von
2074 Bundeswehr und Polizei sehen wir kritisch. Bundeswehrsoldaten sind nicht für den Einsatz
2075 im Inneren ausgebildet, insbesondere nicht für den Umgang mit terroristischer Gefahr. In
2076 solchen Gefahrensituationen ist die Expertise von geschultem Polizeipersonal unerlässlich.
2077 Deshalb wollen wir die im Grundgesetz festgeschriebene Trennung zwischen Bundeswehr
2078 und Polizei aufrechterhalten. Die Unterstützung der Bundeswehr muss in besonderen
2079 Situationen auf die reine Amtshilfe, insbesondere im logistischen Bereich beschränkt bleiben.

2080 Wir treten ein für die wirksame Kontrolle privater Sicherheitsdienste. Daher müssen die
2081 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller privaten Sicherheitsdienste für ihre schwierigen und
2082 verantwortungsvollen Aufgaben gut ausgebildet und qualifiziert sein. Wir sehen einen
2083 fundamentalen Unterschied zwischen Polizei und privaten Sicherheitsdiensten.

2084 **Datenschutz stärken**

2085 Daten, vor allem personenbezogene Daten, sind das Gold des 21. Jahrhunderts. Das
2086 Sammeln und die Verarbeitung von Daten ist ein Milliarden schweres Geschäft. Firmen wie
2087 Google oder Facebook sind bekannte Firmen, die mit der Auswertung von
2088 personenbezogenen Daten Milliarden umsetzen. Aber auch der Staat und die öffentlichen
2089 Verwaltungen sammeln und verarbeiten personenbezogene und andere Daten.

2090 Über persönliche Daten muss jede und jeder selbst bestimmen! Deshalb setzen wir uns für
2091 den Grundsatz des Schutzes und der Sparsamkeit im Umgang mit Daten ein.

2092 Der umfassende Schutz persönlicher Daten ist eine Leitlinie grüner Politik. Wir wollen die
2093 Bürgerinnen und Bürger wirksam davor schützen, dass ihre Daten ohne ihr Wissen
2094 gespeichert, weitergegeben oder verkauft werden. Folglich lehnen wir eine unbegründete
2095 Speicherung personenbezogener Daten strikt ab. Die Bürgerinnen und Bürger müssen
2096 wissen, wer was wann und wo speichert und übermittelt. Grüne Datenschutzpolitik bedeutet:
2097 „Meine Daten gehören mir!“. Deshalb ist es wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger die
2098 Kontrolle über ihre Daten behalten, nicht jedem Internetanbieter ihre persönliche Daten
2099 übermitteln. Somit darf die Weitergabe von Daten nicht ohne vorherige Einwilligung der
2100 Nutzerinnen und Nutzer geschehen. Eine bessere Information über die Risiken, die mit der
2101 Weitergabe persönlicher Daten verbunden ist, muss deshalb verstärkt umgesetzt werden.
2102 Außerdem muss es möglich sein, den Weg der eigenen Daten leichter nachzuverfolgen, die
2103 Weitergabe zu unterbinden und ihre Löschung zu verlangen.

2104 Die Internet-Anbieter dürfen die Bürgerinnen und Bürger nicht länger vor die Wahl stellen,
2105 entweder auf den Schutz ihrer Daten oder auf den Zugang zu wichtigen
2106 Internetanwendungen zu verzichten. Wir wollen echte Wahlmöglichkeiten schaffen, die den
2107 Wunsch der Bürgerinnen und Bürger nach einem stärkeren Schutz ihrer privaten Daten
2108 respektieren, durch verhältnismäßige Nutzungseinschränkungen statt Total-Ausschluss oder
2109 auch durch angemessene Bezahlösungen.

2110 Die neue europäische Datenschutzgrundverordnung wird zeitnah in Landesrecht umgesetzt
2111 werden. Dabei werden wir strikt darauf achten, dass weitergehende landesrechtliche
2112 Standards des Datenschutzes bei der Umsetzung nicht verloren gehen. Denn Politik hat die
2113 Aufgabe die Privatsphäre als Menschenrecht zu schützen.

2114

2115

2116 **Demokratischer Verfassungsschutz**

2117 Wir wollen einen demokratischen, freiheitlichen und rechtsstaatlichen Grundsätzen
2118 verpflichteten Verfassungsschutz. Die Trennung zwischen Polizei und Geheimdiensten ist
2119 ein wichtiges Element unserer demokratischen Gesellschaft und darf nicht aufgeweicht
2120 werden. Wir wollen einen Verfassungsschutz, der über ausreichende Sachmittel und
2121 Personal verfügt, um seine Aufgaben verantwortungsvoll zu erfüllen. Dabei soll er sich auf
2122 die reale Gefahrenabwehr für Staat und Gesellschaft konzentrieren, insbesondere auf
2123 gewaltorientierte, extremistische und terroristische Bedrohungen unserer freiheitlichen
2124 demokratischen Grundordnung. Deshalb zählt die Aufklärungsarbeit zu den Hauptaufgaben
2125 des Verfassungsschutzes.

2126 Bei der notwendigen Bekämpfung von Kriminalität, auch der organisierten Kriminalität, hat
2127 für uns grundsätzlich die Polizei Vorrang vor den Geheimdiensten.

2128 Eine effektive parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes ist für uns unabdingbar.
2129 Im zuständigen Ausschuss für Verfassungsfragen haben zwar alle im Parlament
2130 vertretenden demokratischen Parteien Sitz und Stimme. Wir wollen darüber hinaus prüfen,
2131 inwiefern der Ausschuss mit weitergehenden Rechten im Sinne einer stärkeren Kontrolle des
2132 Verfassungsschutzes ausgestattet werden kann.

2133 Überprüfen wollen wir ebenso die Strukturen und die Wirksamkeit eines eigenen
2134 Landesamtes für Verfassungsschutz. Im Hinblick auf Synergieeffekte, Effizienz, Kooperation
2135 und Kostenersparnis sollen dabei Konzepte für einen gemeinsamen Verfassungsschutz mit
2136 anderen Bundesländern entwickelt werden.

2137 Wir werden uns besonders für eine Stärkung der Bürgerrechte im Bereich der Überwachung
2138 des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs („G-10-Gesetz“) einsetzen. Bei der Mitteilung schon
2139 durchgeführter Überwachungsmaßnahmen an Betroffene – Voraussetzung für jeden
2140 nachträglichen Rechtsschutz! – klaffen Recht und Wirklichkeit auseinander. Wir wollen daher
2141 eine Pflicht zur statistischen Analyse, die Diskrepanzen zwischen dem Ausmaß der
2142 Überwachung und dem Ausmaß tatsächlicher Mitteilungen transparent macht. Wir wollen,
2143 dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Rechte auch tatsächlich wahrnehmen können.

2144 **Informationsfreiheit**

2145 Wir Grüne fordern einen tatsächlichen Zugang zu Informationen, die in öffentlichen Stellen
2146 vorhanden sind. Denn erst der Informationszugang ermöglicht ein demokratisches Kontroll-
2147 und Mitgestaltungsrecht für alle Bürgerinnen und Bürger.

2148 Wir wollen die im Saarländischen Informationsfreiheitsgesetz vorhandenen
2149 Ausnahmetatbestände einer kritischen Prüfung unterziehen, den Informationszugang im
2150 Rahmen privatisierter öffentlicher Aufgaben deutlich verbessern und keine abschreckenden
2151 Gebühren. In diesem Rahmen möchten wir die Bürgerinnen und Bürger offensiv über ihr
2152 Recht auf Informationszugang aufklären und die Verwaltungen für den immer noch recht
2153 neuen Grundsatz der Aktenöffentlichkeit verstärkt sensibilisieren.

2154 Wir Grüne wollen zudem eine umfängliche aktive Veröffentlichungspflicht der Landes- und
2155 Kommunalverwaltungen implementieren und diese durch ein landesweites digitales Open-
2156 Data-Portal sukzessive umsetzen. Denn frei zugängliche Informationen der Verwaltungen
2157 fördern einerseits Transparenz und Bürgernähe und tragen so zum Abbau eines
2158 Demokratiedefizits bei, andererseits stärken sie die wirtschaftliche Innovationskraft, wenn
2159 Unternehmen auf diese Informationen zugreifen können.

2160 **Bürgerbeteiligung**

2161 Eine starke Demokratie lebt von der Akzeptanz und der Beteiligung der Bürgerinnen und
2162 Bürger. Die Menschen wollen sich einmischen – nicht nur am Wahltag, sondern jeden Tag!
2163 Wir GRÜNE setzen uns für mehr Bürgerbeteiligung im Land und den Kommunen ein – damit
2164 die Interessen aller berücksichtigt werden.

2165 Daher wollen wir, dass die Elemente der direkten Demokratie im Saarland zu einem echten
2166 und praktikablen Mitwirkungsrecht für die Bürgerinnen und Bürger umgestaltet werden. Zwar
2167 wurden im Jahr 2013 die Regelungen zur Volksgesetzgebung im Saarland etwas verbessert,
2168 von einem echten Mitwirkungsrecht kann aber immer noch nicht die Rede sein.
2169 Insbesondere ist es ein enormes Hemmnis, dass für die Sammlung der erforderlichen
2170 Unterschriften für ein Volksbegehren der Amtseintrag vorgeschrieben ist. Wir wollen, dass
2171 die Bürgerinnen und Bürger für ihre Unterschrift nicht die Amtsstuben ihrer Gemeinden
2172 aufsuchen müssen, sondern freie Unterschriftensammlungen z.B. auf der Straße und in
2173 Fußgängerzonen ermöglichen. Denn freie Unterschriftensammlungen fördern das politische
2174 Leben, das bürgerschaftliche Engagement und die öffentlichen Diskussionsprozesse und
2175 leisten so einen wichtigen Beitrag zu demokratischen Entscheidungsprozessen. Mit der
2176 Verfassungsänderung im Jahr 2013 wurden zwar auch Volksbegehren über die Verfassung
2177 selber zugelassen, ausgeschlossen sind hiervon aber ausgerechnet die Regelungen über
2178 die Volksgesetzgebung selbst. Wir wollen, dass künftig auch Volksbegehren über diese
2179 Regelungen zulässig sein sollen – unter denselben Voraussetzungen wie sonstige
2180 Volksbegehren über die Verfassung. Zudem wollen wir eine umfassende Information der
2181 Bürgerinnen und Bürger. Dazu soll ihnen mindestens zwei Wochen vor dem Volksentscheid
2182 mittels einer Benachrichtigungskarte Termin, Ort und Gegenstand des Volksentscheids
2183 mitgeteilt werden. Zusätzlich soll jeder Haushalt ein ausführliches Informationsblatt über die
2184 Inhalte des Volksentscheids und den Auffassungen der Initiatoren und des Landtages
2185 erhalten.

2186 Nicht nur auf Landesebene, sondern auch vor Ort in den Kommunen müssen die direkt-
2187 demokratischen Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung reformiert werden. Gerade dort, wo es
2188 um das unmittelbare Lebensumfeld geht, in den Kreisen, Gemeinden und Städten, wird
2189 Demokratie als attraktive Chance zur Beteiligung und Mitsprache spürbar. Die Bürgerinnen
2190 und Bürger wollen mitentscheiden, ob z.B. ein neues Gewerbegebiet angesiedelt, ein neues
2191 Wohnbaugebiet ausgewiesen oder ein Schwimmbad geschlossen wird. Bürgerbegehren und
2192 Bürgerentscheide sind im Saarland jedoch noch keine wirkungsvollen Instrumente, um
2193 Bürgerinnen und Bürger zur Mitbestimmung zu motivieren. Seitdem diese Instrumente im
2194 Saarland - als einem der letzten Bundesländer - eingeführt wurden, hat es nur wenige
2195 Bürgerbegehren gegeben, kaum eines war erfolgreich. Einen echten Bürgerentscheid gab es
2196 noch nie. Bürgerbegehren über bestimmte Themen, wie etwa die Bauleitplanung, sind im
2197 Saarland im Gegensatz zu anderen Bundesländern gar nicht möglich. Unnötige formale
2198 Hürden müssen daher abgebaut werden. Wir wollen die Bürgerbeteiligung deutlich
2199 verbessern und bürgerfreundlicher gestalten. Umweltthemen sowie Bau- und
2200 Planungsverfahren dürfen - wie in anderen Bundesländern auch - vom Bürgerentscheid nicht

2201 ausgeschlossen werden. Das Unterschriftenquorum muss gesenkt werden. Für den Erfolg
2202 von Bürgerentscheiden soll eine einfache Mehrheit ausreichen.

2203 **Justiz**

2204 Wir wollen eine Justiz, die effizient organisiert ist und den wirksamen und hochwertigen
2205 Rechtsschutz für alle Bürgerinnen und Bürger in den Vordergrund stellt.

2206 Der Zugang zu Recht und Justiz muss allen Bürgerinnen und Bürgern offenstehen. Deshalb
2207 wenden wir uns gegen eine halbherzige Justizstrukturreform, bei der lediglich Rumpfgerichte
2208 mit willkürlich verteilten Restzuständigkeiten übrig bleiben. Die Zentralisierung von
2209 Gerichtsstandorten ist nur vertretbar, wenn dadurch keine Hemmschwelle geschaffen wird,
2210 die die Bürgerinnen und Bürger an der Durchsetzung eigener Rechte hindern wird.

2211 Wir wollen die hohe Qualität der saarländischen Rechtsprechung beibehalten. Deshalb wird
2212 es mit uns keine Umverteilung von Zuständigkeiten einzelner Amtsgericht geben, durch die
2213 funktionierende und effiziente Arbeitseinheiten auseinander gerissen werden und
2214 Fachwissen verloren geht. Eine Reform darf weder auf dem Rücken der Rechtssuchenden
2215 noch auf dem Rücken der in der Justiz beschäftigten Personen ausgetragen werden.
2216 Deshalb verbietet sich ein Vorhaben, bei dem auch weiterhin Personal abgebaut wird. Wir
2217 wollen eine Effizienz- oder Qualitätssteigerung, die zu einer angemessenen und
2218 zeitgemäßen Verfahrensdauer führt und keinen Zustand, der die saarländische Justiz zum
2219 Nachteil aller Bürgerinnen und Bürger über Jahre hinweg blockieren wird.

2220 Wir werden die Vernetzung der sozialen Dienste der Justiz mit dem Strafvollzug weiterentwickeln und
2221 uns dafür einsetzen, dass die Resozialisierung als Vollzugsziel stärker in den Mittelpunkt rückt. Ferner
2222 werden wir dafür eintreten, dass die Projekte der ambulanten Sanktionsalternativen, die im Saarland
2223 eine hervorragende Arbeit leisten, erhalten bleiben. Um einen effektiven Rechtsschutz zu
2224 gewährleisten, im Justizvollzug den Resozialisierungsauftrag erfüllen zu können und z. B. im
2225 Rahmen von e-justice den Herausforderungen der Zukunft gewachsen zu sein, bedarf es
2226 den Personalabbau zu stoppen und einer adäquaten Personalausstattung. Hierfür wollen wir
2227 uns einsetzen.

2228 Der rechtspolitischen Tendenz, jedem gesellschaftlichen Problem durch die Schaffung neuer
2229 Straftatbestände und der Heraufsetzung von Strafrahmen zu begegnen, werden wir auf der Ebene
2230 des Bundesrats entgegen treten. Außerdem werden wir uns für eine Bundesratsinitiative zur
2231 Abschaffung der anlasslosen Vorratsdatenspeicherung stark machen und dafür Sorge tragen, dass
2232 das Saarland im Bundesrat Vorlagen zur Ausweitung der Vorratsdatenspeicherung nicht zustimmt

2233 **Militärischen Fluglärm endlich wirksam reduzieren**

2234 Die Belastungen durch den Lärm von militärischen Flugübungen für die Bürgerinnen und
2235 Bürger vor allem im Nordsaarland sind enorm. Das Saarland und die Westpfalz tragen als

2236 eine von acht Flugübungszonen deutschlandweit die Hauptlast am militärischen Flugbetrieb.
2237 Dabei werden teilweise Lärmwerte von über 80 Dezibel erreicht. Dieser Lärm macht nicht nur
2238 nachweislich krank, sondern er schadet auch der Tourismuswirtschaft im Nordsaarland. In
2239 Deutschland fehlen aber bisher Grenzwerte für Fluglärm oder Maßgaben für lärmreduzierte
2240 Flugroutenplanungen.

2241 Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Betroffenen besser geschützt werden: Sowohl
2242 durch die Festlegung von Grenzwerten als auch durch strengere Regeln etwa bezüglich der
2243 Flughöhe oder der Ferien- und Nachtruhezeiten.

2244 **8. Sport und Kultur**

2245 **Sport**

2246 Sport macht Spaß, steigert die Lebensfreude, fördert die Gesundheit und stärkt das soziale
2247 Miteinander. Für uns GRÜNE erfüllt Sport auch die gesellschaftliche Aufgabe, Menschen aus
2248 allen sozialen Schichten, unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, Herkunft,
2249 Religion, Weltanschauung oder sexueller Orientierung zusammen zu bringen. Deshalb
2250 müssen Sportsstätten barrierefrei sein.

2251 Für uns GRÜNE ist jede Art der sportlichen Betätigung wichtig, ob selbstorganisiert oder im
2252 Verein. Eine moderne Sportpolitik muss dieser Vielfalt gerecht werden. Der Sportverein ist
2253 für viele Saarländer*innen nach wie vor die erste Adresse, wenn es um Sport geht. Ohne
2254 Vereinssport ist der Kinder- und Jugendsport, sind Integration und Inklusion und die
2255 Förderung von Leistungssport nicht denkbar. Das ehrenamtliche Engagement ist in diesem
2256 Bereich besonders wertvoll. Wir wollen die Sportvereine und -verbände bei ihren sozialen
2257 Aufgaben unterstützen und setzen uns für jedwede Verbesserung in der ehrenamtlichen
2258 Arbeit ein. Viele Menschen gestalten ihren Sport aber auch individuell und nutzen dafür u.a.
2259 den öffentlichen Raum und die Natur. Wir möchten dem nichtorganisierten Sport mehr
2260 Möglichkeiten zur Entfaltung geben. Daher sollen bei der Planung und Erneuerung
2261 öffentlicher Anlagen und Plätze die Interessen von Sportler*innen eine wichtige Rolle spielen
2262 und gehört werden. Wir setzen uns für mehr Rad- und Wanderwege sowie Fitnessparcours
2263 für Menschen jeden Alters ein. Auch den Spitzensport möchten wir fördern. Er kann eine
2264 Vorbildfunktion für die Gesellschaft einnehmen. Sportliche Großveranstaltungen in diesem
2265 Segment sind für das Saarland wünschenswert – sie fördern die Attraktivität und
2266 Standortqualität der Region.

2267 Sport ist wichtig für die kognitive, motorische und soziale Entwicklung von Kindern und
2268 Jugendlichen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass der Spaß am Sport bereits in den
2269 Kindergärten und Kitas vermittelt wird. Wir wollen den Ausbau von altersgerechten
2270 Bewegungs-, Spiel- und Sportangeboten an Kitas, Schulen, aber auch im außerschulischen
2271 Bereich vorantreiben. Wir setzen uns für tägliche Bewegungszeiten an den Schulen ein und
2272 halten die Wiedereinführung der dritten Sportstunde für wünschenswert. Ebenso wichtig ist

2273 die Kooperation von Vereinen mit den Schulen, die wir im Rahmen spezieller
2274 Projektförderungen im Ganztagsbereich weiter ausbauen wollen. Nachholbedarf besteht
2275 zudem auch bei den Sportstätten im Land. Insbesondere bei den Schwimmbädern ist die
2276 Situation dramatisch. Immer mehr Schwimmbäder fallen dem Sparzwang der Kommunen
2277 zum Opfer und immer weniger Kinder lernen heute noch schwimmen. Wir machen uns für
2278 ein Bäderkonzept stark, das flächendeckende einfache Schwimmmöglichkeiten für Jung und
2279 Alt gewährleistet. Besonders einsetzen werden wir uns für mehr Lehrschwimmbecken.
2280 Sportstätten sollen wohnortnah oder gut erreichbar sein, damit sie ohne größeren Aufwand
2281 in Anspruch genommen werden können.

2282 **Kultur**

2283 Das Saarland hat kulturell viel zu bieten: Festivals, das Staatstheater, Chöre, Orchester,
2284 Bibliotheken und eine aktive freie Szene mit Theater-, Musik-, Musical- und
2285 Gesangsvereinen. Die Kunsthochschule und die Musikhochschule bilden hochspannende
2286 Kerne und sind zu stärken. Wir GRÜNE stehen für Kultur, die alle Menschen einbezieht. Es
2287 sind gerade auch die freien Kulturträger, die kleinen Theater-, Musik- und Gesangsvereine,
2288 die mit relativ bescheidenen Mitteln und großem Engagement für ein breites und attraktives
2289 kulturelles Angebot auch im ländlichen Raum sorgen. Um sie zu unterstützen, dürfen auch in
2290 Zeiten von öffentlichen „Haushaltsnotlagen“ die Kulturausgaben nicht immer wieder gekürzt
2291 werden. Kunst und Kultur gehören zu den elementaren "Lebensmitteln" einer humanen
2292 Gesellschaft. Kulturpolitik kann nur gemeinsam mit den Kommunen gelingen. Wir GRÜNE
2293 setzen uns deshalb dafür ein, dass Kulturförderung zu einer kommunalen Pflichtaufgabe
2294 wird, zu deren Erfüllung wir die Kommunen auch mit den entsprechenden Finanzmitteln
2295 ausstatten wollen.

2296 Um Kulturpolitik aus einem Guss zu ermöglichen, wollen wir die verschiedenen
2297 Landesaktivitäten in den Bereichen Kultur und Industriekultur zentral in einem Ministerium
2298 bündeln. Die Industriekultur im Saarland wollen wir weiter stärken. Sie bietet viel Potenzial,
2299 auch für die touristische Entwicklung. Wir Grüne wollen ein neues Denkmalschutzgesetz, um
2300 den Landesdenkmalrat in seiner Bedeutung gegenüber der Behörde zu stärken. Besonders
2301 am Herzen liegt uns auch die Erinnerungskultur. Sie ist ein wichtiger Eckpfeiler unserer
2302 Demokratie und fördert Toleranz und Miteinander. Gedenkstätten und Gedenkinitiativen
2303 müssen auskömmlich finanziert werden, damit sie den gesellschaftlichen Veränderungen
2304 und Herausforderungen begegnen können. Dabei gilt unsere Aufmerksamkeit in besonderer
2305 Weise der Erinnerung an die Verfolgung und Vernichtung von Menschen in der Nazizeit. Wir
2306 begrüßen alle Initiativen, die vor Ort das Gedächtnis auch an einzelne Menschen
2307 wachzuhalten versuchen.

2308 Gute Kultur gibt es nur, wenn sich die Lebens- und Arbeitssituation der Künstler*innen
2309 verbessert. Wir setzen uns dafür ein, dass es an saarländischen Spielstätten und „sonstigen
2310 Einrichtungen der Kunst“ ordentliche Beschäftigungsverhältnisse und soziale Absicherung

2311 für die Künstler*innen gibt, um ihnen ein auskömmliches Einkommen zu ermöglichen. Kinder
2312 und Jugendliche sollen einen eigenen Zugang zu Kreativität und Kultur erlangen. Wir wollen
2313 sie zu einer aktiven Medienarbeit anregen, damit sie sich auch mit gesellschaftlich
2314 relevanten Themen auseinandersetzen. Deshalb werden wir Künstler*innen ermutigen und
2315 finanziell unterstützen, in Schulen Angebote kultureller Bildung zu machen. Gerade in
2316 (echten) Ganztagschulen kann solchen Projekten Raum gegeben werden. Deshalb stützen
2317 wir zum einen die flächendeckende Einführung von echten Ganztagschulen. Zum anderen
2318 werden wir die Gemeinwesenarbeit in den einzelnen Gemeinden des Landes und in
2319 einzelnen Stadtbezirken unterstützen. Kulturelle Teilhabe muss allen Menschen ermöglicht
2320 werden, unabhängig von Herkunft, Einkommen, Wohnort, Alter oder körperlichen
2321 Einschränkungen. Nur dann kann Kultur auch ihre integrative Wirkung entfalten.
2322 Insbesondere interkulturelle Projekte und Angebote leisten einen wichtigen Beitrag zur
2323 Integration, stärken den Zusammenhalt der Gesellschaft und geben Impulse für die
2324 Weiterentwicklung der Künste.

2325 Die Bibliotheken spielen eine wichtige Rolle für die Leseförderung, für die Versorgung mit
2326 Literatur und weiteren medialen Angeboten sowie als Zentren der Kommunikation und der
2327 Begegnung. Sie dienen der Erfüllung des Grundrechts auf Informationsfreiheit und
2328 unterstützen damit einen gleichberechtigten Wissenszugang in unserer demokratischen
2329 Gesellschaft. Wir GRÜNE setzen uns deshalb für ihre Absicherung und Stärkung ein.

2330 **9. Europa ist die Zukunft**

2331 Das saarländische Herz schlägt europäisch und international. Wir erleben vor der Haustür
2332 wie unser Kontinent zusammenwächst. Dort wo über Jahrhunderte Hass, Feindschaft und
2333 Krieg herrschten, leben die Menschen jetzt miteinander in Freundschaft. Unsere Großregion
2334 (Saarland, Rheinland-Pfalz, Lothringen, Luxemburg, Wallonien mit der Deutschsprachigen
2335 und Französischen Gemeinschaft Belgiens) vereinfacht den Alltag der mehr als elf Millionen
2336 Menschen, die selbstverständlich über offene Grenzen zum Einkaufen fahren, für eine
2337 schöne Aussicht auf die andere Seite wandern, Freund*innen besuchen oder essen gehen.
2338 Längst lernen, lieben, studieren oder arbeiten wir in einem vereinten Europa. Die Großregion
2339 steht für offene Grenzen und ist Labor für neue Wege der Zusammenarbeit, die über
2340 europäische Töpfe auch entsprechend gefördert werden.

2341 Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass das Saarland weltoffen bleibt und auch in
2342 schwierigen Zeiten zum Projekt Europa steht. Wer in einer globalisierten Welt
2343 mitentscheiden will, braucht eine starke Europäische Union. Ein Rückfall in nationalstaatliche
2344 Kategorien gefährdet den Wohlstand, den inneren Frieden und die Entwicklungschancen
2345 unseres Landes, und damit die Zukunft der kommenden Generationen. Natürlich läuft nicht
2346 alles gut in Europa. Der Brexit ist ein historischer Rückschlag und die Flüchtlingskrise hat
2347 gezeigt, dass Europa nicht immer eine gemeinsame Lösung für die Herausforderungen
2348 unserer Zeit hat. Daran müssen wir gemeinsam arbeiten statt uns von Europa abzuwenden.

2349 Wir setzen uns für ein faire und solidarische Flüchtlingspolitik ein und sind entschlossen,
2350 Europa besser zu machen: demokratischer, gerechter, ökologischer. Wir bieten den
2351 Populisten Paroli, die unser friedliches Zusammenleben in Europa kaputt machen wollen.
2352 Wir GRÜNE wollen, dass die Menschen von der zentralen Lage des Saarlandes in Europa
2353 profitieren. Europapolitik ist für uns Querschnittsaufgabe, die alle Politikfelder betrifft.

2354 So machen z.B. Feinstaub, Pestizide, Gensaatgut und radioaktive Stoffe nicht an Grenzen
2355 halt. Wir setzen uns für hohe Umweltschutzstandards in der Europäischen Union ein. Sie
2356 sind Innovationstreiber für eine zukunftsfähige Wirtschaftsweise. Unser Engagement für ein
2357 besseres Europa ist auch der Grund, warum wir das geplante europäische
2358 Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP), das fertig verhandelte europäische
2359 Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) und das Mehrstaaten-Dienstleistungsabkommen
2360 TiSA, in ihrer jetzigen Ausgestaltung ablehnen. Freihandel und wirtschaftlicher Austausch
2361 sind eine wichtige Grundlage für Wohlstand, aber weder Demokratie, noch Arbeits- und
2362 Sozialstandards oder Verbraucher- und Umweltschutz dürfen dabei auf der Strecke bleiben.
2363 Demokratie braucht Transparenz – auch in der EU. Die europäische Energiewende steht
2364 ganz oben auf unserer Agenda. Wir erleben im Saarland, was die Folge nationaler
2365 Energiepolitiken in Europa ist: Während wir aus der Atomenergie aus- und in Erneuerbare
2366 einsteigen, bleibt der Pannenmeiler Cattenom am französischen Netz. Das muss sich
2367 dringend ändern!

2368 In der Agrar- und Ernährungspolitik wollen wir GRÜNE ebenfalls neue Wege gehen. Bereits
2369 jetzt machen im Saarland zahlreiche regional verankerte, bäuerlich-ökologisch, tier- und
2370 umweltfreundlich wirtschaftende Betriebe vor, dass eine andere Landwirtschaft möglich ist.
2371 Diese Form der Landwirtschaft muss mit den notwendigen Investitionen unterstützt werden.
2372 Wir kämpfen wir für eine gentechnikfreie Großregion und unterstützen die
2373 Direktvermarktung.

2374 Über 213.000 Menschen pendeln Tag für Tag zur Arbeit über die Grenzen in der Großregion.
2375 Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass der ÖPNV gestärkt wird. Dazu wollen wir ein
2376 gemeinsames Fahrplan- und Preisinformationssystem einrichten mit dem mittelfristigen Ziel
2377 eines echten Verkehrsverbunds in der Großregion. Um in einem anderen Land arbeiten zu
2378 können, sind aber auch Sprachkenntnisse wichtig. Unser Ziel ist es, die Mehrsprachigkeit im
2379 Saarland zu stärken. Dafür wollen wir mehr muttersprachliche Fachkräfte einstellen, um in
2380 allen Kindertagesstätten erste Französisch-Kenntnisse vermitteln zu können. Wir setzen uns
2381 dafür ein, dass Französisch ab dem Schuljahr 2018/19 flächendeckend an allen
2382 Grundschulen ab der 1. Klasse vermittelt wird. Französisch soll selbstverständlich Englisch
2383 nicht ersetzen, sondern den Kindern und Jugendlichen als Zusatzqualifikation bei ihrer
2384 späteren Stellensuche dienen. Unsere Devise für die Zukunft ist deshalb nicht entweder
2385 oder, sondern sowohl als auch. Hochschulkooperationen wie die „Universität der
2386 Großregion“ (Saarbrücken, Lothringen, Luxemburg, Lüttich, Trier und Kaiserslautern) sind
2387 wichtig, damit die jüngere Generation weiterhin zum Projekt Europa steht. Wir GRÜNE

2388 setzen uns dafür ein, dass die gegenseitige Anerkennung von Studiums- und
2389 Ausbildungsleistungen in Europa weiter vorangetrieben wird.

2390 Durch den Brexit stehen Standortentscheidungen für wichtige EU-Institutionen an, die sich
2391 derzeit noch in Großbritannien befinden. Dies betrifft z.B. die Europäische Bankenaufsicht
2392 (EMA) und die Europäische Arzneimittelbehörde (EMA). Durch die besondere Lage des
2393 Saarlands mitten im Herzen Europas setzen wir uns dafür ein, dass eine dieser
2394 europäischen Institutionen in Saarbrücken angesiedelt wird.

2395 Wir wollen eine europäische Demokratie, in der alle Europäer*innen Einfluss nehmen und
2396 politisch mitwirken können. Deshalb wollen wir die Europäische Bürgerinitiative (EBI)
2397 bekannter machen und prüfen, ob sie perspektivisch zu einem Instrument einer echten
2398 europäischen Volksinitiative ausgebaut werden kann. Den Interregionalen Parlamentarierat
2399 (IPR), eine Vernetzung der Parlamentarier*innen in der Großregion, wollen wir weiter
2400 stärken.

2401 Auch die polizeiliche Zusammenarbeit in der Großregion und in Europa wollen wir GRÜNE
2402 verbessern. Wir wollen keine anlasslose Datensammlung, die die Freiheit der Bürger*innen
2403 einschränkt. Stattdessen müssen vorhandene Strukturen genutzt und rechtzeitig und
2404 vollständig alle wichtigen Informationen über Verdächtige weitergegeben werden. In der
2405 Großregion leistet das gemeinsame Zentrum der Polizei und Zollzusammenarbeit in
2406 Luxemburg, in dem Deutschland, Frankreich, Luxemburg und Belgien zusammenarbeiten,
2407 einen wichtigen Beitrag zum grenzüberschreitenden Informationsaustausch. Um die
2408 Zusammenarbeit weiter zu verbessern, muss es personell aufgestockt werden, um eine 24
2409 Stunden-Besetzung sowohl unter der Woche als auch an Wochenenden zu gewährleisten.

2410 Wir schauen gerne über den Tellerrand und sind weiterhin überzeugt von der Devise „Global
2411 denken – lokal handeln“. Deshalb unterstützen wir den Fairen Handel. Er sorgt dafür, dass
2412 Kleinproduzent*innen einen Mindestpreis erhalten, Kinderarbeit verboten ist, der ökologische
2413 Landbau gefördert wird und eine soziale Prämie für Gemeinschaftsprojekte wie z.B.
2414 Trinkwasser oder Schulbau, gezahlt wird. Wir wollen möglichst viele Städte, Gemeinden und
2415 Landkreise dazu animieren, sich um das Fairtrade-Label bewerben. Unser Ziel ist mittelfristig
2416 ein „Fairtrade Saarland“ und eine „Fairtrade Großregion“.

2417 **10. Gleiche Rechte verwirklichen**

2418 **Regenbogenbuntes Saarland**

2419 Wir wollen die rechtliche Stellung nichtehelicher Lebensgemeinschaften verbessern und
2420 dafür sorgen, dass Rechte und Pflichten nicht länger in einem krassen Missverhältnis
2421 stehen. Das Lebenspartnerschaftsgesetz war dabei ein Meilenstein, um Schwule und
2422 Lesben als selbstverständliche Teile unserer Gesellschaft anzuerkennen. Wir wollen nun
2423 jedoch die volle Gleichstellung in allen Bereichen. Wir bekennen uns daher klar zur Ehe für

2424 alle und zum vollen Adoptionsrecht. Hierzu gehört auch die Abschaffung des
2425 Blutspendeverbots für Männer, die Sex mit Männer haben, wie der gleichberechtigte Zugang
2426 zur assistierten Reproduktion. Alle Liebenden verdienen die gleichen Rechte. Das Saarland
2427 darf sich bei der Öffnung der Ehe nicht weiter zurückhalten, wie es die Große Koalition im
2428 Bundesrat tut. Analog zur Verfassung des Saarlandes muss auch das Grundgesetz im
2429 Hinblick darauf geändert werden, dass niemand aufgrund seiner sexuellen Orientierung
2430 benachteiligt werden darf.

2431 Die Schule kann und muss einen wichtigen Beitrag zur Identitätsbildung leisten. Denn
2432 gerade queere Jugendliche stehen unter einem großen Druck und sind immer noch
2433 Diskriminierung und Gewalt ausgesetzt. Wir haben deswegen eine Überarbeitung der
2434 Richtlinien für den Sexualkundeunterricht in die Wege geleitet, um so einen
2435 diskriminierungsfreien Umgang mit Sexualität zu unterstützen. Wir wollen uns weiter dafür
2436 einsetzen, dass im Schulalltag die Vielfalt der Lebensformen berücksichtigt werden. Denn
2437 niemand darf ausgegrenzt und diskriminiert werden. Darüber hinaus wollen wir die Aus- und
2438 Fortbildung für Beratungslehrkräfte in diesem Bereich voranbringen. Wir streben auch an, in
2439 unseren Schulen offizielle Anlaufstellen für schwule und lesbische Schülerinnen und Schüler
2440 einzurichten.

2441 Darüber hinaus wollen wir die psychosozialen Dienste umfassend qualifizieren – vornehmlich
2442 in ländlichen Regionen. Gleichzeitig ist die wichtige gesellschaftliche Arbeit des Lesben- und
2443 Schwulenverbandes (LSVD) besser zu unterstützen. Menschen, die aufgrund
2444 gesellschaftlicher und politischer Verfolgung ins Saarland flüchten, müssen geschützt
2445 werden. Wir wollen, dass queere Flüchtlinge im Saarland die Chance bekommen, in Freiheit
2446 zu lieben. Hierzu wollen wir das Beratungs- und Integrationsprogramm umfassend
2447 anpassen.

2448 Die Verfolgung von Homosexuellen auf Grundlage des ehemaligen § 175 StGB war keine
2449 legitime Strafverfolgung. Vielmehr verletzen die Urteile die Betroffenen in ihren Grundrechten
2450 und sind daher Unrecht. Menschen, die nach § 175 StGB aufgrund ihrer sexuellen
2451 Orientierung verurteilt wurden, müssen endlich entschädigt werden. Neben der
2452 strafrechtlichen Verfolgung erfolgte auch eine soziale Repression, die sämtliche
2453 Lebensbereiche durchzog. Wir wollen, dass das Saarland Aufklärung leistet und durch ein
2454 Mahnmal der Opfer gedenkt.

2455 **Frauenpolitik und Geschlechtergerechtigkeit**

2456 Wir GRÜNE setzen uns wie keine andere Partei für eine geschlechtergerechte Gestaltung
2457 unserer Gesellschaft ein. Das bedeutet für uns, dass jede*r die Möglichkeit haben muss,
2458 dass Leben nach den eigenen Vorstellungen zu gestalten, ohne in vorgeformte
2459 Geschlechterrollen gedrängt zu werden. Für uns ist Geschlechtergerechtigkeit deshalb eine

2460 Querschnittsaufgabe für alle Politikbereiche. Eine moderne demokratische Gesellschaft darf
2461 keinen einzigen Menschen aufgrund seines Geschlechts benachteiligen.

2462 Wir geben 100 % für die Hälfte der Macht

2463 Die Hälfte der Macht und der Verantwortung den Frauen – das ist unser Ziel. Denn nur so
2464 können sich bestehende Machtsysteme in Wirtschaft und Politik ändern. Die Frauenquote ist
2465 der Schlüssel für eine gerechte Repräsentation von Frauen in den Entscheidungsgremien
2466 von Politik und Wirtschaft. Die Realität in den Führungsetagen der Wirtschaft ist von einem
2467 Frauenanteil von 50 Prozent allerdings noch weit entfernt. Auch wenn die Frauenquote von
2468 30 Prozent, die der Bundestag beschlossen hat, ein Anfang ist, reicht uns das keinesfalls
2469 aus. Deshalb wollen wir uns durch eine gezielte Frauenförderung dafür stark machen, dass
2470 das Saarland vorbildlich vorangeht, was Frauen in Führungspositionen anbetrifft, sei es in
2471 der Wirtschaft, in der öffentlichen Verwaltung oder in der Justiz. Das
2472 Landesgleichstellungsgesetz ist ein wichtiges Instrument, um die Gleichstellung von Frauen
2473 und Männern durchzusetzen. Wir wollen darin eine entsprechende Quotenregelung
2474 festlegen. Wir machen uns außerdem dafür stark, dass ein fester Prozentsatz der
2475 Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsfördermittel für Frauenprojekte reserviert wird.

2476 **Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit**

2477 Wie Zahlen des Statistischen Bundesamts zu den Einkommensverhältnissen in Deutschland
2478 belegen, sind wir immer noch weit entfernt von einer echten Gleichstellung von Frauen und
2479 Männern auf dem Arbeitsmarkt. Frauen haben im Jahr 2015 im Bundesdurchschnitt rund 21
2480 Prozent weniger als Männer verdient. Die Gründe für dieses Lohngefälle sind längst nicht nur
2481 darin zu finden, dass Frauen im Vergleich zu Männern häufiger in schlecht bezahlten
2482 Branchen oder in Teilzeit arbeiten. Dies macht zwei Drittel der Gehaltslücke, der
2483 sogenannten Gender Pay Gap, aus. Ein Drittel ist darauf zurückzuführen, dass Frauen in
2484 vergleichbaren oder gleichen Arbeitsverhältnissen wie Männer schlicht weniger Lohn
2485 erhalten. Wir wollen uns über den Bundesrat dafür einsetzen, dass die Bundesregierung
2486 diesem diskriminierenden Lohngefälle endlich mit einem Entgeltgleichstellungsgesetz
2487 begegnet. Auch müssen gerade diejenigen Branchen aufgewertet werden, in denen
2488 vorrangig Frauen beschäftigt sind. Ein Beispiel ist der Pflegesektor, in dem das Personal
2489 deutlich unterbezahlt ist. Mit Informationskampagnen wollen wir mehr Frauen für
2490 Ausbildungsberufe und Studiengänge begeistern, die bislang eher als Männerdomäne
2491 gelten.

2492 **Geschlechtergerechtigkeit im Landeshaushalt durchsetzen**

2493 Wir GRÜNE begreifen Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsaufgabe für alle
2494 Politikbereiche, daher beziehen wir in alle Entscheidungen und Beschlüsse die
2495 Auswirkungen auf das Geschlechterverhältnis mit ein (Gender Mainstreaming). Dieses

2496 Prinzip ist bereits seit 2004 in der saarländischen Landespolitik verankert, fand aber außer
2497 bei einzelnen Pilotprojekten bislang kaum Anwendung. Wir kämpfen für eine echte
2498 Umsetzung dieses Ansatzes in allen Politikbereichen. Die Geschlechtergerechtigkeit wollen
2499 wir auch in Rechnung stellen, wenn es um die Verteilung öffentlicher Gelder geht. Bislang
2500 werden die Ausgaben im Landeshaushalt lediglich nach Politikbereichen verteilt - ohne zu
2501 hinterfragen, wie sich die Ausgaben auf Frauen und Männer verteilen und welche
2502 Auswirkungen damit verbunden sind. Wir GRÜNE wollen analysieren, ob Frauen und
2503 Männer von Ausgaben und Förderungen einen Nutzen haben und wer von Einsparungen
2504 betroffen ist. Bei der Ressourcenverteilung ist auf die Gleichstellung von Frauen und
2505 Männern zu achten. Wir sehen Gender Budgeting als Instrument zur Umsetzung von Gender
2506 Mainstreaming und zur Transparenz der staatlichen Finanzen. Grundgedanke dabei ist: Es
2507 gibt keine geschlechtsneutrale Haushaltspolitik.

2508 **Geschlechtergerechtes Gesundheitssystem**

2509 Wir wollen, dass Frauen und Männer gleichermaßen gut medizinisch versorgt werden.
2510 Deshalb machen wir uns für ein geschlechtergerechtes Gesundheitssystem stark. Bisher
2511 werden neue Medikamente vorwiegend an Männern getestet. Inzwischen ist aber klar, dass
2512 Medikamente bei Frauen und Männern unterschiedlich wirken. Wir wollen deshalb ein
2513 saarländisches Forschungsprogramm an der Universitätsklinik einrichten, das sich u.a. mit
2514 dieser Frage beschäftigt und die unterschiedliche Wirkung von Operationen und die
2515 unterschiedliche Betroffenheit von verschiedenen Krankheiten und Krankheitsbildern bei
2516 Frauen und Männern untersucht. In die Aus- und Weiterbildung aller Gesundheitsberufe
2517 muss künftig viel stärker das Wissen um geschlechtsspezifische Unterschiede von
2518 Gesundheit und Krankheit einfließen.

2519 **Null Toleranz für Sexismus und Gewalt an Frauen**

2520 Leider ist körperliche, vor allem sexualisierte Gewalt gegen Frauen nach wie vor alltäglich.
2521 Jede siebte in Deutschland lebende Frau wird in ihrem Leben mindestens einmal zum Opfer
2522 eines sexuellen Übergriffs. Wir GRÜNE sehen es als staatliche und gesellschaftliche
2523 Pflichtaufgabe, Gewalt gegen Frauen und Kinder zu verhindern sowie den Opfern
2524 rechtsverbindlichen Schutz und Hilfen bereitzustellen. Wir setzen uns dafür ein, dass
2525 Informationen über das Unterstützungssystem aus Frauenhäusern, Zufluchtwohnungen,
2526 Notrufen, Frauenberatungsstellen und Interventionsstellen an geeigneten Orten und in
2527 verschiedenen Sprachen für alle zugänglich gemacht werden. Präventionsprojekte müssen
2528 ausgebaut werden, damit bereits Kinder und Jugendliche gewaltfreie Konfliktlösungen
2529 erlernen. Zur Bekämpfung von sexualisierter Gewalt, Frauenhandel, Zwangsverheiratung
2530 und Zwangsprostitution werden wir die Rechte der Opfer stärken und uns für ein dauerhaftes
2531 Bleiberecht für jene einsetzen, die den Mut haben, gegen die Täter auszusagen.
2532 Wir kämpfen dafür, dass Genitalverstümmelung von Mädchen und Frauen ausdrücklich als
2533 schwere Körperverletzung ins Strafgesetzbuch aufgenommen wird. Dies wäre ein klares

- 2534 Signal an Ärztinnen und Ärzte, Eltern und Opfer, dass eine solche
2535 Menschenrechtsverletzung von unserem Staat nicht geduldet wird. Länder, in denen
2536 Genitalverstümmelung in einem nicht unerheblichen Ausmaß stattfindet, dürfen nicht als
2537 sichere Herkunftsländer eingestuft werden.